CENTRAL-VEREINS-DIENST

MITTEILUNGEN AUS DER HAUPTGESCHÄFTSSTELLE
DES CENTRAL-VEREINS DEUTSCHER STAATSBÜRGER JÜDISCHEN GLAUBENS E.V.

Berlin SW 68, Lindenstr. 13 / Fernruf: Dönhoff 3594/95 / Drahtanschrift: Centralglauben Berlin

Nr. 3/4 | **abgeschlossen am 30. Mai 1927** | **Jahrgang IV**

Inhaltsverzeichnis.

Rassenfragen in der Schule.

Die Feststellungen, die ein Berliner Studienrat (Naturwissenschaftler und Biologe) in diesem Aufsatz gemacht hat, fußen lediglich auf der Lektüre der preußischen Lehrbücher. **Wir bitten daher unsere Landesverbände und Ortsgruppen in den Freistaaten Anhalt, Baden, Bayern, Hessen, Sachsen, Thüringen und Württemberg an Schulmänner, die mit der Materie vertraut sind, heranzutreten, damit sie uns ebenfalls eingehend über die hier angeschnittenen Fragen berichten.**

Im letzten Jahre hat man auffallend wenig von antisemitischen Uebergriffen oder direkter Verhetzung in der Schule gehört. Eine fast beängstigende Stille, beunruhigend für den, der weiß, daß auch im öffentlichen Leben — abgesehen von den Vorgängen in den allerletzten Wochen — die völkischen Kreise ihre Methoden vom Krawall zur Taktik des kalten, „legalen" Weges umzustellen sich bemühen. Sollte das auch in der Schule im Gange sein? Tritt hier etwa schon an die Stelle der offenen Kränkung oder Zurücksetzung die indirekte durch „rassische Aufklärung", durch einseitige Behandlung der „Rassenkunde". Dieser Methode gegenüber würden die Schüler noch hilfloser sein als bisher, weil sie im Gewande der „Wissenschaft" auftritt und zu ihrer Bekämpfung ein hohes Maß von Sachkenntnis erfordert, — ganz besonders wehrlos aber, weil sich die Folgen nicht sofort zeigen, sondern erst mit der Zeit sich auswirken. Soll hier nicht unabsehbares Unheil angerichtet werden, müssen alle jüdischen Eltern schon jetzt — obwohl noch keine beunruhigenden Berichte vor-

liegen — aufs schärfste die Vorgänge im Biologie- und Erdkundeunterricht beobachten.

Aufpassen, ehe es zu spät ist! Denn die sogenannte „Rassenkunde" ist Lehrstoff der Schule geworden. — Bis vor kurzem wurde gewöhnlich in der Schule die „Wissenschaft" gelehrt, die zwanzig Jahre vorher aktuell war. Die Schulaufsichtsbehörde hat diesen Zustand als unhaltbar erkannt und — prompt über das Ziel geschossen, indem sie selbst solchen Fragen Eingang in die Schule verschaffte, die noch garnicht spruchreif sind. Sie hat anscheinend geglaubt, allen Zeitproblemen Rechnung tragen zu müssen und so die Behandlung derart umstrittener Kapitel wie der „Rassenkunde" teils — für die Erdkunde, — vorgeschrieben teils — für die Biologie — durch Genehmigung von Schulbüchern, die diesen Abschnitt enthalten, gebilligt.

In den „Richtlinien für die Lehrpläne der höheren Schulen Preußens" (Deutsches Philologenblatt XXXIII [1925] S. 225—307) finden sich eine Reihe von Stellen, die — sicher gegen die Absicht der Behörde — völkisch eingestellten Lehrern Handhaben und einen Schein des Rechtes geben, ihre Anschauungen an die Schüler heranzutragen. Die Formulierung ist oft so unglücklich, daß man ohne große Mühe ganz harmlosen Sätzen einen dem Sprachschatz des Antisemitismus entnommenen Sinn unterschieben kann.

Seite 234. Volkskunde: „. . . . . Manchmal wird die Eigenart des Deutschen durch Vergleich mit Fremden besonders deutlich gemacht werden können." Seite 238. Erdkunde: „. . . . Er soll die räumliche Verbreitung der nach Rassen (!) und Völkern . . . . gegliederten Menschheit . . . . . kennen lernen." Auf Seite 240 werden „völkerpsychologische Betrachtungen" gewünscht. In den Einzellehrplänen finden wir schon in U III: „Einige Tatsachen der Völkerkunde"; in O III: „Erweiterung der Völkerkunde"; in U II: „Die völkische, religiöse und politische Gliederung Mitteleuropas"; in O II: „Die Menschenrassen und ihre Verteilung"; in O I: „Die ethnographischen und politischen Verhältnisse Mitteleuropas".

Gewiß sind alle diese Stellen — sinngemäß verstanden — einwandfrei und harmlos. Der Gesamtton der „Richtlinien" dokumentiert auch ganz zweifelsohne, daß man ihnen in keiner Beziehung vorwerfen kann, sie begünstigten völkisches Treiben. — Die kulturhistorische „Ethnographie" gehört ja häufig zum Arbeitsgebiet der Geographen. Warum aber wird die rein naturwissenschaftliche „Rassenkunde" dem Erdkundler ausgeliefert, der sicher nicht oft über die dafür notwendigen anthropologischen, anatomischen und erbkundlichen Kenntnisse so souverän verfügt, daß er vorurteilsfrei über diese umstrittenen Fragen sprechen kann. Nach meiner Ansicht gehören Rassenfragen, die gegenwärtig ja nicht so sehr Materie der Wissenschaft als vielmehr des politischen Parteigezänkes und Kampfes sind, überhaupt nicht auf die Schule. — Und wenn nun gar — wie so oft — der Erdkundeunterricht nicht einmal von einem Geographen erteilt wird, so kann man sich leicht vorstellen, wie dann die Behandlung dieses Gebietes aussehen muß: Ist der Lehrer bequem, begnügt er sich mit dem, was in seinem Schulbuch steht, und lehnt weitergehende Fragen ab; im anderen Falle greift er zu dem „Günther", der ja in den meisten Schulen existiert, und dann wird sicher die in den „Richtlinien" geforderte „Völkerpsychologie" mit Günthers — von allen wirklichen Forschern, auch E. Fischer — abgelehnten „Rassenpsychologie" durcheinandergebracht, und die Folgen bleiben nicht aus. Was steht nun aber in den Schulbüchern? (Ich beschränke mich auf die Erdkunde, obgleich in den Biologiewerken z. T. noch schlimmeres enthalten ist.)

In dem verbreiteten Fischer-Geistbeck: Erdkunde für höhere Lehranstalten. (Einheitsausgabe, VI. Teil. Oberstufe) merkt man dem Abschnitt: „Die Menschenrassen" (S. 92—98) deutlich an, daß dem Bearbeiter nicht sehr wohl dabei zu Mute war. In dem Bemühen, eine objektive, neutrale Darstellung zu geben, schwankt er zwischen den Extremen Luschan und Günther hin und her. Er trennt zwar scharf zwischen Rasse, Volk und Sprache, kommt aber wieder nicht von den „seelischen" Rassenmerkmalen los. Charakteristisch für die Unsicherheit ist folgende Stelle:

> „Auch die Erblichkeit geistiger Anlagen ist erwiesen. Bei der starken Rassenmischung aller Völker ist es aber nicht richtig, aus körperlichen Rassenkennzeichen ohne weiteres auf eine ebenfalls vererbte seelische Beschaffenheit zu schließen. In einer Mischbevölkerung kann ein Mensch, der körperlich vorwiegend dunkle Rassenmerkmale hat, als verdecktes Erbgut die seelische Verfassung seiner blondrassigen Vorfahren haben und umgekehrt."

Wie gefährlich sind solche Sätze! Kein Schüler merkt ohne direkten Hinweis, daß hier die erwiesene Erblichkeit „geistiger Anlagen" in eine ebensolche der „seelischen Verfassung" umgefälscht und ihr untergeschoben wird! Vielleicht merkt es auch mancher Lehrer nicht! Wie diese „seelische Verfassung" der Einzelrassen beschaffen ist, wird nur von den Negern gesagt. Infolgedessen bleibt dem Lehrer nur die Wahl, entweder den Abschnitt des Schulbuches als Unsinn zu erklären oder — zum Günther bezw. Scheid zu greifen. Denn eins ist sicher: In einer halbwegs intelligenten Klasse fragt bestimmt mindestens ein Schüler auch nach den anderen Rassen! Und wenn die Frage nicht von selbst kommt, fällt es einem böswilligen Lehrer nicht schwer, sie zu provozieren!

Daß es auch Juden gibt, wird im Fischer-Geistbeck überhaupt nicht erwähnt, wird — sicher in bester Absicht — verschwiegen. Aber nur ein sehr geschickter Lehrer wird glatt über diesen Punkt hinwegkommen können und nur ein wohlgesinnter auch wollen. Fragen danach seitens der Schüler sind heutzutage kaum zu vermeiden: und was geschieht dann?! —

Zusammenfassend kann man sagen: Der durch die „Richtlinien" und neuen Lehrbücher geschaffene Zustand im Erdkunde- (und ebenso im Biologie-) unterricht ist höchst bedenklich! Der neutrale Lehrer kommt in eine Zwangslage, über Dinge zu sprechen, denen

er entweder nicht gewachsen ist oder die er gern vermeiden möchte. Lebt er aber selbst in völkischen Gedankengängen, so hat er jetzt die allerbeste Gelegenheit, auf „legalem“ Wege unangefochten das Gift des Rassenantisemitismus in das Herz der Jugend zu träufeln und, statt gegenseitiges Verständnis und wahre Gemeinschaft zu fördern, bereits in die Schule den Rassenkampf zu tragen, unter dem wir Erwachsenen zwar auch leiden, in dem wir aber unsern Mann stellen können, während die Kinder in ihm wehrlos unterliegen müssen.

Also, Eltern! Schärfste Aufmerksamkeit auf den Geist, in dem in der Schule die Rassenkunde behandelt wird. Wenn die Kinder nicht selbst berichten, so fragt sie! Und nötigenfalls sofortige Meldung an den C. V.! Denn nur, wenn Ihr Eltern Euch rührt, kann Euern Kindern geholfen werden.

Wichtige Mitteilungen an die Mitarbeiter.

An dieser Stelle werden, um Porto und Arbeit für Rundschreiben zu ersparen, Fragen an unsere Landesverbände, Ortsgruppen und Mitarbeiter gerichtet, um deren Beantwortung wir dringend bitten.

An die auswärtigen Vorstandsmitglieder und die Vorsitzenden der Ortsgruppen.

Es ist in der letzten Zeit wiederholt vorgekommen, daß auswärtige Vorstandsmitglieder und Vorsitzende der Ortsgruppen ohne vorherige Anmeldung in unsere Centrale gekommen sind, um mit mir Wichtiges zu besprechen. Ich muß mich außerstande erklären, einen geordneten Geschäftsgang aufrecht zu erhalten, wenn die betreffenden Herrschaften nicht die Güte haben, sich in Zukunft einige Tage vorher anzumelden. Mein Arbeitsprogramm kann ich keinesfalls erledigen, wenn nicht diese unbedingt notwendige Rücksicht auf mich genommen wird. In der Mehrzahl der Fälle dürften übrigens Besprechungen mit den Dezernenten zu demselben Ziele führen. So sehr ich mich freue, mit Kollegen aus dem Vorstande zusammen sein zu können und so sehr ich deren Opferwilligkeit und Freude an der Sache anerkenne, so wenig wird man es mir verargen können, wenn ich mich nicht in der Lage sehe, ohne jede vorherige Vereinbarung mich täglich mitten aus der Arbeit herausreißen zu lassen. Bei geeigneter Anmeldung wird sich immer eine Stunde finden lassen, in der man zu beraten vermag.

Dr. L. Holländer,
Direktor des C. V.

Müller-Verband „Glück zu“.

Wir erfahren, daß der Müller-Verband „Glück zu“ einstimmig den Beschluß gefaßt hat, Juden in den Verband nicht mehr aufzunehmen.

Wir bitten unsere Landesverbände und Ortsgruppen, die Persönlichkeiten, für die dieser Beschluß von Bedeutung sein kann (also jüdische Mühlenarbeiter, Direktoren von Mühlenwerken, Aufsichtsratsmitglieder von Mühlen-Aktiengesellschaften, Inhaber von Getreidefirmen usw.) von dem Sachverhalt zu unterrichten.

„Siegfried“-Jugend.

In Nürnberg hat sich eine neue Jugend-Organisation „Siegfried - Jugend“ gebildet, die der Organisation „Reichsflagge“ nahe zu stehen scheint.

Wir bitten diejenigen Ortsgruppen, in deren Bereich die gleiche Gründung erfolgt ist, um zweckentsprechende Mitteilung.

Deutscher Frauenorden.

Die vaterländischen Verbände haben für notwendig befunden, neben dem „Königin-Luise-Bund“ einen neuen Frauenbund unter dem Namen „Deutscher Frauenorden“ aufzumachen. Bezeichnend für die Mitglieder dieses Bundes ist es, daß der erste und zweite Vorsitzende und der Geschäftsführer männliche Angehörige der „Reichsflagge“ sind.

Unsere Mitarbeiterinnen werden gebeten, in neutralen Frauenversammlungen evtl. darauf hinzuweisen.

Ein neuer völkischer Verband?

In Oberschlesien und anderswo hat man in einzelnen Orten das Auftauchen eines neuen Verbandes „Spielschaar Roßbach“, hinter dem der frühere Oberleutnant Roßbach steht, feststellen können. Nach Erkundigungen an anderer Stelle glauben wir Grund zu der Annahme zu haben, daß diese Spielschaar in Verbindung mit der Singspielschaar „Ekkehard“ steht, die ihrerseits mit der „Schilljugend“ zusammenarbeitet.

Nachrichten aus den Kreisen unserer Ortsgruppen über Beobachtungen über die oben erwähnten Verbände, sowie Material über die Zusammenhänge wären uns sehr erwünscht.

Völkische Redner.

In letzter Zeit wiederholten sich die Anfragen unserer Ortsgruppen, in denen in letzter Minute Vortragsmaterial zu Diskussionen gegen völkische Redner angefordert wurde.

Wir bitten dringend, uns sofort nach Bekanntwerden solcher Versammlungen zu benachrichtigen und nicht bis zum letzten Augenblick zu warten, da es oft Schwierigkeiten verursacht, das Material noch rechtzeitig abzusenden.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir darauf hinweisen, daß wir von einem großen Teil der völkischen und der nationalistischen Redner die Vorträge, die im allgemeinen immer die gleichen sind, im Wortlaut besitzen, sodaß es möglich ist, Diskussionsredner schon vorher im wesentlichen mit den Ausführungen ihrer Gegner bekannt zu machen.

Gegenredner.

Bei der stärker einsetzenden Versammlungstätigkeit, insbesondere der Nationalsozialisten, wünschen Ortsgruppen öfters Gegenredner. Die Landesverbände werden gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß möglichst in allen größeren Ortsgruppen, insbesondere aber im Vorort des Landesverbandes, Gegenredner stets bereit sind. Ob es sich empfiehlt, einen Gegenredner zu entsenden und auftreten zu lassen, haben die

Landesverbände wie üblich, in Gemeinschaft mit der betr. Ortsgrupppe zu entscheiden. Sollten die Landesverbände ausnahmsweise aus irgend einem Grunde einen Redner nicht zur Hand haben, so werden sie sich tunlichst an benachbarte Landesverbände, notfalls an die Centrale selbst, wenden.

Tätigkeitsberichte.

Wir machen unsere Beamten erneut darauf aufmerksam, daß der Hauptgeschäftsstelle monatlich ein Bericht über die Tätigkeit des von ihnen geleiteten Landesverbandes erstattet werden soll. Diese Einrichtung scheint ganz in Vergessenheit geraten zu sein, da solche Berichte nur ganz einzelt, zuletzt nur vom Landesverband Ostpreußen, eingegangen sind. Wir möchten daher die Beamten wiederholt an die monatliche Einsendung der Tätigkeitsberichte erinnern.

Protokolle der Hauptvorstandssitzungen.

Auf verschiedene Anfragen teilen wir mit, daß Hauptvorstandsprotokolle grundsätzlich nur an Hauptvorstandsmitglieder versandt werden. Damit aber unsere Beamten über Beschlüsse des Hauptvorstandes, welche die Führung der Vereinsgeschäfte betreffen, jederzeit unterrichtet sind, werden die Herren Vorsitzenden der Landesverbände gebeten, die Beschlüsse der Hauptvorstandssitzungen auf ihre Auswertung hin mit den leitenden Beamten durchzusprechen.

Oberstaatsanwalt Frieders.

Falls die Person des Oberstaatsanwalts Frieders Gegenstand der Behandlung in unseren Ortsgruppen wird, bitten wir Sie, sich zwecks näherer Information an die Hauptgeschäftsstelle zu wenden.

Aus der Arbeit des C. V.

Die C. V.-Zeitung in der Provinzpresse!

Auf der Hauptvorstandssitzung am 16. Januar und der darauf folgenden Beamtentagung am 17. Januar wurde eine eingehende Aussprache über die Möglichkeiten herbeigeführt, die dazu dienen könnten, nicht nur die Presse der großen Städte, sondern vor allem auch die Blätter auf dem flachen Lande von uns aus zu erfassen. Es wurde als notwendig bezeichnet, wenigstens die maßgebenden Redakteure über die Grundlagen und Ziele unseres Kampfes zu unterrichten. In den Etat wurde zu diesem Zweck ein besonderer Betrag eingestellt.

In Verfolg der gegebenen Anregungen haben wir eine umfangreiche Liste der Provinzpresse des ganzen Reiches zusammengestellt und nunmehr mit dem Versand der Wochenausgabe der „C. V.-Zeitung" an die Redaktionen begonnen . Es sind bisher über 800 kleinere Blätter erfaßt worden. Es besteht die Absicht, diese Zahl noch im Laufe der Zeit zu vergrößern.

Daß wir mit dieser Aktion auf dem richtigen Wege sind, beweist die Tatsache, daß uns bereits verschiedene Zeitungen vorliegen, die Aufsätze aus der „C. V.-Zeitung" teils unter Bezugnahme auf uns, teils ohne Namensnennung übernommen haben.

Gegen die rumänischen Judenverfolgungen.

Vor einiger Zeit wurde uns bekannt, daß sich zurzeit führende rumänische Persönlichkeiten in Berlin aufhalten, um eine rumänische Anleihe in Deutschland unterzubringen. Wir haben daraufhin mit dabei beteiligten jüdischen Bankkreisen Fühlung genommen, um zu erreichen, daß bei den Verhandlungen eventuell darauf hingewiesen wird, daß die Zustände, wie sie sich in Rumänien gegenüber den Juden herausgebildet haben, nicht dazu angetan sind, derartige Verhandlungen mit aufrechten jüdischen Persönlichkeiten zu fördern.

Der judenfeindliche Hund.

In Nr. 10 und 11 der Zeitschrift „Der Hund" vom Jahre 1925 stand ein Aufsatz von Dr. Görlitz, Bad Harzburg: „Beurteilungen über die Bewußtseinstätigkeit des Hundes". In der „Zeitung des Vereins für deutsche Schäferhunde" Nr. 1 vom 1. Januar 1927 kam dann der Verfasser in einem Artikel „Vom Hirnleben des Hundes" auf dieses Thema zurück; er schrieb:

> „Daß er (der Hund) Juden, auch getaufte, nicht leiden konnte und stets anfiel, ebenso wie einmal einen mir begegnenden Neger, habe ich in der Zeitschrift „Der Hund" erzählt."

Wir haben Veranlassung genommen, Herrn Dr. Görlitz um Aufklärung darüber zu bitten. Dr. Görlitz verwahrt sich sehr entschieden dagegen, Antisemit zu sein. Was die ihm selbst unerklärliche Eigenschaft seines Hundes anbetrifft, äußerte er sich darüber folgendermaßen:

> „Die Untugend des Deutsch-Langhaarrüden habe ich mir nie erklären können. Ich kaufte den Hund von dem Administrator, eines im Felde gefallenen Rittmeisters a. D. und Rittergutsbesitzers, als er bereits 4 Jahre alt war. Ob er früher in der fraglichen Beziehung verdorben worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis. So lieb der Hund mir und meiner Familie sonst war, so habe ich ihn doch, schon mit Rücksicht auf meine jüdischen Patienten verkauft und zwar im Jahre 1921.
>
> Krankheitserscheinungen irgendwelcher Art habe ich bei dem Tiere nie beobachtet. Jedenfalls nützte keine Strafe und Korrektur. Es tut mir leid, daß sich jüdische Mitbürger durch Erzählung eines Kuriosums beleidigt fühlen und mir ohne weiteres antisemitische Tendenzen unterstellen, die mir wirklich Meilen fernliegen, wie jeder weiß, der mich kennt. Ich habe mit jüdischen Bekannten und Freunden öfters über die bei dem Hunde merkwürdige Erscheinung gesprochen. Niemand von diesen hat sich beleidigt gefühlt."

Da Dr. Görlitz den Hund schon vor Jahren verkauft hat, so läßt sich jetzt wohl nicht mehr feststellen, worauf diese sonderbare Eigenschaft des Hundes beruht.

Wiener Messe A.-G.

Im Heft 36 der Zeitschrift „Der Weltkampf" (Deutscher Volksverlag Dr. E. Boepple, München) befindet sich folgende Notiz:

> „Das Wiener Messe-Reform-Komitee hat festgestellt, daß von der Messe A.-G. bloß einundeinhalb Milliarden als Reingewinn ausgewiesen wurden, obzwar der Reingewinn tatsächlich wenigstens 15 Milliarden betragen hat. Wohin sind nun die übrigen Milliarden gewandert? Nun, in die Taschen jener sozialdemokratischen Juden, die die Herren in der Messe A.-G. sind. Für gemeinnützige Zwecke natürlich."

Wir haben uns mit der „Union deutsch-österreichischer Juden" in Verbindung gesetzt, die uns mitteilt, daß ihr von der Leitung der Wiener Internationalen Messe erklärt worden sei, die im „Weltkampf" enthaltenen Angriffe seien vollkommen frei erfunden, die Mutmaßungen seien töricht und der Zweck und die Absicht der Notiz ohne weiteres erkennbar. Die Messeleitung habe nicht die Absicht, sich in eine Polemik hierüber einzulassen, da im Präsidium und im Verwaltungsrat der Messe Vertreter des Bundes, des Landes und anderer öffentlicher Körperschaften sitzen, die es nicht nötig haben, sich vor einer Zeitschrift vom Ruf des „Weltkampf" zu rechtfertigen.

Briefverschlußmarken.

Eine Buchhandlung in Braunschweig empfing einen eingeschriebenen Brief, auf dem judenfeindliche Verschlußmarken angebracht waren. Auf eine Verschlußmarke war ein Hakenkreuz gemalt, auf der anderen war aufgedruckt: „Kauft nicht bei Juden". Unsere Ortsgruppe Braunschweig wandte sich aus diesem Anlaß an die Oberpostdirektion mit dem Hinweis darauf, daß die Beförderung eines derartigen Briefumschlages unstatthaft sei.

Zur Begründung wurde ein Bescheid herangezogen, den der Reichspostminister unterm 7. August 1920 unter Min. I. O. 4090 a an den Central-Verein gerichtet hatte und der folgendermaßen lautete:

„Der Brief, dessen Umschlag beiliegt, hätte wegen der angeklebten, Anstoß erregenden Zettel nach den bestehenden Postvorschriften von der Beförderung ausgeschlossen und dem Absender zurückgegeben werden müssen. Den Dienststellen und dem Personal sind nunmehr die einschlägigen Vorschriften durch eine allgemeine Verfügung in Erinnerung gebracht worden. gez. Giesberts."

Die Oberpostdirektion antwortete darauf folgendermaßen:

„Der Einschreibebrief zum wieder zurückfolgenden Umschlage hätte wegen der vom Absender verwendeten, Anstoß erregenden Verschlußmarke auf Grund des § 4 Ziffer I der Postordnung vom 22. Dezember 1921 von der Annahme und Beförderung ausgeschlossen und dem Absender zurückgegeben werden müssen. Dem Personal des Postamts in Braunschweig und den Postanstalten des Oberpostdirektionsbezirks Erfurt sind die einschlägigen Bestimmungen erneut zur genauen Beachtung in Erinnerung gebracht worden.
I. V. gez. Unterschrift."

Leipziger Polizeipräsidium.

Das Leipziger Polizeipräsidium hat anläßlich eines Diebstahles den Dieb folgendermaßen charakterisiert:

„. . . . . Etwa 30 Jahre alt, mit rundem vollem Gesicht von jüdischem Aussehen . . . . ."

Diese Notiz fand naturgemäß sofort Aufnahme in der völkischen Presse und wurde dahingehend kommentiert, „daß das Polizeipräsidium endlich in aller Offenheit zugibt, daß die Juden ein fremdes Volk sind, die man nach ihrem „Aussehen" von den Ariern im ersten Augenblick unterscheiden kann."

Wir haben uns durch unsere Ortsgruppe Leipzig sofort mit dem Polizeipräsidium in Verbindung gesetzt und konnten dabei feststellen, daß es sich in diesem Falle tatsächlich um keine beabsichtigte antisemitische Aeußerung handelt, da der betreffende Leiter der Kriminalabteilung, seiner politischen Einstellung nach zu urteilen, sich lediglich von sachlichen Gesichtspunkten leiten ließ. Nachdem wir das Unkluge und Bedenkliche dieses Vorgehens charakterisiert hatten, wurde uns die bestimmte Zusicherung gemacht, daß derartige Unbedachtsamkeiten in Zukunft unter allen Umständen vermieden werden würden.

Einzelrichter Berlin-Lichtenberg.

Ein Einzelrichter des Amtsgerichts Berlin-Lichtenberg machte in einer Strafsache folgende Bemerkung, die mit der Sache selbst in keinem Zusammenhang stand:

„Nur wenn aut dem Judenkirchhofe Begräbnisse sind, dann natürlich rasseln die Autos eines nach dem andern."

Auf eine Beschwerde gab der Präsident des Landgerichts II folgenden Bescheid:

„Der Richter hat nach seiner dienstlichen Erklärung die Behauptung des Angeklagten widerlegen wollen, daß dieser deshalb wieder nach Weißensee gefahren sei, um dort noch einen Fahrgast zu finden. Die von Ihnen beanstandete Aeußerung ist nicht zu billigen. Der Richter hat Abschrift dieses Schreibens erhalten."

Auseinandersetzung über die Rassenfrage.

In einem kürzlich erschienenen geographischen und anthropologischen Werke befinden sich Aufsätze über verschiedene europäische Länder aus der Feder eines Studienrates.

Die Beurteilung, die den Juden, namentlich der östlichen Randstaaten, in diesen Aufsätzen zuteil wird, zeigt deutlich das Bestreben des Verfassers, alle Juden, die sich den anderen Landesbewohnern gleichstellen wollen, was ihnen als „Niederrasse" nicht zukommt, als kaltherzige, gewinnsüchtige Herrenschicht hinzustellen, die eine Gefahr für das „Wirtsvolk" bedeutet.

Einer unserer Freunde am Wohnsitz des Verfassers hat sich daraufhin in dankenswerter Weise mit diesem über die Judenfrage auseinandergesetzt. Unter Heranziehung zahlreichen Materials hat er dem Verfasser, der sich gegen den Vorwurf der Judenfeindschaft verwahrt, die falschen Voraussetzungen und höchst bedenklichen Folgen seines Urteils vor Augen geführt. Die Vereinbarung einer baldigen mündlichen Aussprache läßt uns hoffen, daß der Studienrat zum mindesten Verständnis für unsere Gedanken und damit auch für unsere Arbeit gewinnen wird, wenn auch wohl nicht anzunehmen ist, daß er seinen grundsätzlichen Standpunkt aufgibt.

Konfessionelle Ärztelisten.

In einem katholischen Kirchenblatt war ein Verzeichnis katholischer Spezialärzte enthalten. Wir haben erfahren, daß an die in dem Blatte genannten Aerzte folgendes Schreiben ergangen ist:

„In Nr. 1 des Katholischen Kirchenblattes der Fürstbischöflichen Delegatur für Berlin, Brandenburg und Pommern vom 1. Januar 1927 befindet sich eine Abteilung „Spezialärzte", in der eine Reihe von Aerzten mit Angabe der Adresse und des Fernsprechanschlusses aufgeführt ist. Darunter befindet sich auch Ihre Anschrift.

Wir geben ihnen hiervon Kenntnis mit der Bitte, dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft Ihr Name nicht mehr aufgeführt wird.

Die übrigen in der Zeitung genannten Kollegen haben ein gleichlautendes Schreiben erhalten.
gez. Unterschriften."

Aufklärungsarbeit an Fachschulen.

Der Vertrauensmann der Hörerschaft einer schlesischen Bergschule hatte sich des öfteren durch judenfeindliche Aeußerungen und Beschimpfungen jüdischer Kaufleute unliebsam bemerkbar gemacht. Auf die Beschwerde unseres Vertrauensmannes hin, veranlaßte der Direktor der Schule den betreffenden Schüler sich persönlich zu entschuldigen. Es kam daraufhin eine Unterredung zwischen unserem Vertrauensamnn und diesem Schüler zustande, in der sich zeigte, daß der letztere durch völkische Lektüre einseitig orientiert war und sich dadurch zu Herausforderungen jüdischer Bürger hatte hinreißen lassen.

Der Schüler erhält von jetzt ab regelmäßig die „Monatsausgabe" der „C. V.-Zeitung" und aufklärende Broschüren, die, wie wir hoffen, ihre Wirkung nicht verfehlen werden.

Künstler-Kaffee, Berlin W.

Einer unserer Mitarbeiter hatte kürzlich Gelegenheit, in einem Kabarett des Berliner Westens festzustellen, daß von einem jüdischen Ungarn Vorträge gehalten wurden, die geeignet waren, das Gefühl der jüdischen Zuhörer zu verletzen. Er besprach diesen Vorfall mit dem Leiter des Kabaretts und erhielt nach einigen Tagen die folgende Zuschrift:

„Auf Grund einer Rücksprache mit Herrn . . . . erkläre ich hierdurch als Geschäftsführer und Künstlerischer Leiter des Künstler-Kaffees, W 50, Budapester Straße 14: In meinem Kabarett werde ich meine Künstler und Künstlerinnen anweisen, in Zukunft alle Vorträge, die das jüdische Publikum verletzen könnten, zu unterlassen, und ich lege auf jüdisches Publikum weiterhin großen Wert."

Judenfeindliche Prospekte.

Der „Juristischen Wochenschrift" und den „Aerztlichen Mitteilungen" für Deutschland lagen vor einiger Zeit ein Prospekt der Zeitschrift „Deutsches Volkstum", Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg, bei, in dem sich u. a. folgender Satz befand:

„Die Emanzipation der Juden lief aus in die angreiferische Verlästerung deutscher und christlicher Werte."

Wir haben daraufhin die verantwortlichen Stellen darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht angängig sei, derartige Prospekte beizufügen, die einen gewissen Teil der Leserschaft dieser Zeitschriften in den Augen der übrigen Abonnenten herabsetzen. Wir haben von beiden Blättern befriedigende Antworten erhalten, die inhaltlich im Wesentlichen übereinstimmen; wir lassen die Antwort der „Juristischen Wochenschrift" hier folgen:

„Ich bestätige mit verbindlichstem Dank den Empfang Ihres gefälligen Schreibens vom 15. Februar d. Js. und freue mich, Ihnen bestätigen zu können, daß bei der Aufnahme des fraglichen Prospektes lediglich ein Uebersehen vorgelegen hat. Der Prospekt ist, soviel ich habe feststellen können, kurz vor dem Erscheinen des Heftes, dem er beigefügt wurde, eingegangen und ist bei der Prüfung seines Inhaltes der fragliche Passus übersehen worden. Selbstverständlich hätte der Prospekt nicht aufgenommen werden dürfen.

gez. Unterschrift."

„Lustige Blätter".

Die „Lustigen Blätter", gegen die wir zuletzt Anfang 1925 vorgehen mußten, hatten in letzter Zeit wiederum in unangenehmer Weise den sogenannten jüdischen Witz in Wort und Bild gepflegt. Verschiedene unserer Mitglieder haben sich beschwerdeführend an die Redaktion gewandt und ziemlich übereinstimmende Antwortschreiben, etwa folgenden Inhalts, bekommen:

„Wir haben von dem Inhalt Ihres Schreibens Kenntnis genommen, es geht leider nicht ganz klar daraus hervor, ob der Text oder das Bild, von dem Sie schreiben, Sie gestört hat. Jedenfalls liegt unsererseits dem Bild keine andere Tendenz zugrunde, als die, die Geschäftsaufsicht eines hiesigen Revuetheaters zu glossieren, und wir können nicht einsehen, in welcher Form Sie sich dadurch gekränkt fühlen sollten. Sollten die wiedergegebenen Typen Ihren Unmut erregt haben, so können wir dazu bemerken, daß wir diesen Einwand dem Zeichner weitergeben werden. Jedenfalls bitten wir Sie, unserem Blatt Ihr Interesse auch weiterhin zu erhalten und auch weiter Zerstreuung bei der Lektüre der „Lustigen" zu suchen. Wir glauben sie Ihnen bestimmt zusagen zu können."

Realgymnasium Swinemünde.

An dem Realgymnasium in Swinemünde ereignete sich ein Vorfall, der den Landesverband Pommern veranlaßte, an den Direktor der Anstalt folgende Eingabe zu richten:

„Wir gestatten uns ergebenst, Ihnen Folgendes mitzuteilen:

Das dortige Gymnasium bezw. ein Verein des dortigen Gymnasiums hat sich eine Tambour-Musikkapelle angeschafft. Die Uebungen desselben finden in der Turnhalle statt. Wie uns von Mitgliedern unseres Vereins mitgeteilt worden ist, haben diese gehört, daß durch den Tambour-Chor häufig „Hakenkreuz am Stahlhelm" gespielt wird.

Die weit schallende Musik ist in der ganzen Umgebung zu hören. Das Lied verletzt das Empfinden nicht nur der jüdischen Schüler des Gymnasiums, sondern auch der jüdischen Bewohner der Stadt; voraussichtlich auch bei Beginn der Badesaison das der jüdischen Badegäste.

Wir halten es für selbstverständlich, daß Sie, Herr Oberstudiendirektor, nicht davon unterrichtet sind, daß Schüler Lieder spielen, die geeignet sind, die Empfindungen eines Teiles der deutschen Bevölkerung zu verletzen.

Wir bitten Sie daher ergebenst, das Erforderliche zu veranlassen und uns hiervon Kenntnis zu geben."

Der Direktor antwortete darauf folgendermaßen:

„Indem ich den Empfang Ihrer Zuschrift vom 5. d. Mts. hiermit bestätige, teile ich mit, daß ich das Erforderliche veranlaßt habe.

Hochachtungsvoll
gez. Unterschrift.
Ob.-Stud.-Dir."

Die „Bürger'sche Krankheit".

In der Nummer 37 der Zeitschrift „Der Weltkampf" wurde auf eine neue in Paris auftauchende Krankheit hingewiesen, von der nur Juden betroffen seien. Bei dieser sogenannten Bürgerschen Krankheit faulen die Füße ab und müssen amputiert werden. Es wurde die Bemerkung daran geknüpft, daß diese Krankheit wiederum ein Beweis für die den europäischen Nationen vollkommen fremde Rasse der Juden ist.

Die „Alliance Israélite Universelle" bestätigte uns auf Anfrage im wesentlichen die oben gemachten Angaben, soweit sie sich auf das Tatsächliche beziehen. Das ärztliche Gutachten lautet dahin, daß die Bürgersche Krankheit, von der bisher nur eingewanderte russische Juden betroffen wurden, eine Folgeerscheinung von Typhus ist.

Schundliteratur.

In Nr. 3 (Seite 45) und Nr. 4/5 (Seite 65) des „C. V.-Dienstes“ Jahrgang 1926, hatten wir uns bereits mit dem Märchenbuch von Fritz Halbach: „Wischelwaschelwusch“ (Verlag Herm. A. Wiechmann, München) beschäftigt.

Im Anschluß an unsere Korrespondenz mit dem Verlag der „Jugendschriften-Warte“ bringt diese jetzt in Nummer 2 vom Februar 1927 unter der Rubrik: „Beurteilungen der Vereinigten deutschen Prüfungsausschüsse“ folgende Kennzeichnung des genannten Buches:

„Man kann dieses geschmacklose, tendenziöse, gehässig-antisemitische Machwerk nicht heftig genug ablehnen.“

Rechtsschutz.

Zur Anwendung des groben Unfugparagraphen.

In der letzten Nr. des „C. V.-Dienst“ brachten wir eine Notiz „Bemerkenswertes über den § 360 Ziffer 11“. Von einem uns nahestehenden jüngeren Juristen geht uns eine sehr wertvolle Ergänzung zu diesem Thema zu, die wir im Folgenden veröffentlichen. Wir betonen dabei nochmals unseren schon im ersten Artikel dargelegten Standpunkt, daß man die Anwendung des Paragraphen nur in solchen Fällen vornehmen soll, in denen die pöbelhafte Form des feindlichen Presseerzeugnisses ihn rechtfertigt, daß man ihn aber nicht zur Vernichtung uns weltanschauungsmäßig oder politisch unbequemer Meinungen heranziehen soll.

Die Zuschrift lautet:

Das Anwachsen der judenfeindlichen Bewegung während der Nachkriegszeit in Deutschland ist besonders durch das völkische Schrifttum, das durch erhebliche Massenauflagen in Stadt und Land eine ungeheure Verbreitung gefunden hat, gefördert worden.

Die Verfasser derartiger Schriften, die in der Regel von verleumderischen Beleidigungen des deutschen Judentums strotzen, gehen fast immer straffrei aus, weil die Rechtsprechung den Tatbestand der Beleidigung (§§ 185 ff Str. G. B.) bei der Beleidigung unter einer Kollektivbezeichnung („die Juden“) nicht als erfüllt ansieht, obwohl eine Durchbrechung dieses Rechtsgrundsatzes in ähnlich gelagerten Fällen festgestellt werden konnte.

Aber selbst durch eine strenge Bestrafung völkischer Schriftsteller wird das völkische Schrifttum kaum wirksam bekämpft werden können, da es sich um sogenannte Ueberzeugungsvergehen handelt, bei denen der fanatische Täter nur versuchen wird, sich im Glanze eines unverdienten Märtyrertums zu sonnen. Wesentlich ist vielmehr, zu verhindern, daß das völkische, undeutsche Gift immer tiefer in den deutschen Volkskörper eindringt.

Die Bekämpfung des bewußt und gewollt verhetzend wirkenden völkischen Schrifttums muß und kann in besonders typischen Fällen unter Inanspruchnahme der ordentlichen Gerichte durchgeführt werden. Die gesetzliche Handhabe hierzu bietet § 41 in Verbindung mit § 42 St. G. B. § 41 bestimmt, daß alle Exemplare einer Schrift, Abbildung oder Darstellung, deren Inhalt strafbar ist, unbrauchbar zu machen sind. Daß der Inhalt völkischer Schriften nur selten den Tatbestand der Beleidigung (§ 185 ff St. G. B.) erfüllt, ist bereits erwähnt. Es fragt sich daher, ob eine andere strafrechtliche Norm ein Vorgehen auf Grund der §§ 41, 42 St. G. B. ermöglicht. Diese Frage ist zu bejahen.

§ 360 Ziff. 11 St. G. B. stellt die Verübung groben Unfugs unter Strafe. Groben Unfug verübt, wer den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung gefährdet. In einer begrüßenswerten Entscheidung erklärt das Bayerische Oberste Landesgericht in einem Urteile vom 5. November 1926 (Deutsche Richterzeitung 1927 Spruchbeilage Nr. 173) den Begriff des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung als

„die durch Gesetz und Gesellschaftssitte geregelte, auf gleicher gegenseitiger Achtung und Duldung beruhende Form des äußeren Zusammenlebens der Menschen. Sie hat zur Voraussetzung und verlangt, daß sich jeder frei und unangefochten bewegen kann. Diese Form des äußeren Zusammenlebens wird aber gestört, wenn durch die Lektüre einer Schrift bei einem nicht abgegrenzten Teile der Bevölkerung die Besorgnis wörtlicher oder gar tätlicher Feindseligkeiten hervorgerufen werden kann. Nicht erforderlich ist hingegen, wie auch das Bayerische Oberste Landesgericht betont, daß es tatsächlich zum offenen Ausbruch von Gewalttätigkeiten kommt.“

Welche völkische Schrift gesteht nun dem jüdischen Deutschen den Anspruch auf gegenseitige Achtung und Duldung zu? Ruft nicht ihr Inhalt vielmehr die Besorgnis wörtlicher und tätlicher Feindseligkeiten bei dem jüdischen Teile der deutschen Bevölkerung hervor? Es ist wohl nicht nötig, in diesem Zusammenhange an Beispiele wie Borkum, Plauen und Nürnberg zu erinnern! Daß Schriften derartigen Inhalts auf Grund des § 360 Ziff. 11 St. G. B. in Verbindung mit §§ 41, 42 St. G. B. vernichtet werden können, ist nicht zweifelhaft und wird auch von dem Bayerischen Obersten Landesgericht ausdrücklich anerkannt und zwar selbst dann, wenn eine Strafverfolgung wegen Verjährung nicht mehr möglich ist. Erfüllt eine völkische Schrift den Tatbestand des § 360 Ziff. 11 St. G. B., so wird mit aller Entschiedenheit darauf zu dringen sein, daß die gesetzliche Möglichkeit ausgenutzt wird, derartige Erzeugnisse zu vernichten.

Assessor Dr. Hermann Goldmann.

Terminverlegung an hohen jüdischen Feiertagen.

Die Frage, ob jüdische Parteien oder Zeugen verpflichtet sind, einer Gerichtsladung Folge zu leisten, wenn diese auf einen Sabbath oder hohen Feiertag fällt, hat uns in der Praxis mehrfach beschäftigt. Wir haben dabei festgestellt, daß eine Verfügung des Preußischen Justizministers vom 2. 8. 1873 existiert — L. 2765 — die folgenden Wortlaut hat:

„Der Justizminister.

I. 2765. Berlin, den 2. August 1873.

Das (tit.) erhält hierneben Abschrift der an den Justizminister gerichteten Vorstellung des Rabbiners Dr. Jacob Glück in Samter vom 9. v. Mts., betr. die Anberaumung von gerichtlichen Terminen auf jüdische Sabbaths- und Festtage, mit dem Eröffnen, daß nach den zur Zeit geltenden Gesetzen den Juden allerdings das Recht nicht zustehen mag, die Anberaumung von Terminen, deren Wahrnehmung ihnen obliegt, — insofern es sich nicht etwa um eine Eidesleistung handelt, also der § 319 Titel 10 der

Prozeß-Ordnung Anwendung findet, auf andere als die bezeichneten Tage zu fordern. Es wird hierdurch jedoch keineswegs ausgeschlossen, daß die Gerüchte aus Gründen der Billigkeit und Humanität, soweit die Umstände es gestatten, und es mit den sonst zu nehmenden Rücksichten sich verträgt, in den betreffenden Fällen nicht gerade die jüdischen Sabbats- und Festtage zu Terminstagen wählen, zumal wenn ihnen bekannt ist, daß der vorzuladende Jude die Besorgung eines gerichtlichen Geschäfts an einem solchen Tage mit seinen religiösen Ueberzeugungen nicht in Einklang zu bringen weiß, daß diese Rücksichtnahme auch bei der Entscheidung auf Verlegungsgesuche eintrete, falls deren Bewilligung die Rechte einer anderen Partei nicht zu beeinträchtigen vermag.

Indem der Justizminister das (tit.) veranlaßt, das Kreisgericht zu Samter in diesem Sinne mit näherer Anweisung zu versehen, überläßt er dem Kollegium, den Rabbiner Dr. Glück in entsprechender Weise zu bescheiden.

I. V. Unterschrift.

An das

Königliche Apellationsgericht."

Wir bemerken hierzu, daß, wie wir im Ministerium festgestellt haben, die Verfügung noch heute wirksam ist, sodaß darauf gegebenenfalls hingewiesen werden kann.

Der „Judenspiegel".

Wir hatten am 24. 12. 1926 bei der Staatsanwaltschaft in Leipzig den Antrag auf Beschlagnahme der im Weltfrontverlag, Aussig, und im Hammerverlag, Leipzig, erschienenen Druckschrift „Der Judenspiegel" von Karl Relink gestellt, weil auf dieser Schrift der nach § 6 notwendige Vermerk des Namens und des Wohnorts des Druckers fehlte.

Hierauf fragte die Staatsanwaltschaft am 14. Januar bei uns an, ob wir den Nachweis liefern könnten, daß der Judenspiegel im deutschen Reich verbreitet werde, da voraussichtlich der Hammerverlag geltend machen werde, daß Druck und Verbreitung in der Tschechoslowakei erfolgt seien. Wir waren in der Lage, diesen Nachweis zu führen. Darauf erfolgte die Beschlagnahme des Buches. Am 12. 3. erging Strafbefehl gegen Theodor Fritsch. Am 22. 3. erhielten wir die Nachricht, daß Fritsch gegen den Strafbefehl Einspruch erhoben habe und daß der Judenspiegel noch nicht eingezogen worden sei, sondern daß nur die Unbrauchbarmachung zweier in moralischer Beziehung anstößiger Bilder angeordnet worden sei. Später teilte uns die Staatsanwaltschaft Leipzig mit, daß in der Hauptverhandlung Fritsch zwar wegen der Anschuldigung der Verbreitung unzüchtiger Flugschriften freigesprochen worden ist, daß dagegen die Beschlagnahme des Judenspiegels gemäß Pressegesetz § 23 Abs. 1 wegen Unterlassung der Benennung des Druckers vorgenommen wurde.

Wenige Tage darauf erschien in der Presse eine Notiz des Inhalts, daß in der Berufungsverhandlung vor dem Amtsgericht Leipzig die Beschlagnahme wieder aufgehoben sei. Die Staatsanwaltschaft hat Berufung eingelegt.

Politische Mitteilungen.

Die Judenfrage in Frankreich.

Darmstadt, den 13. März 1927.

Unterhaltungen mit führenden Persönlichkeiten der französischen Judenheit und Einblick in die zeitschriftliche u. a. Literatur haben mich davon überzeugt, daß die Verhältnisse der französischen Juden völlig andere sind als die der deutschen. Ein antisemitisches Problem, wie wir es in Deutschland kennen, gibt es in Frankreich nicht. Jedem französischen Juden ist der Aufstieg in führende politische, militärische und gesellschaftliche Stellen ohne weiteres möglich. Gesellschaftliche Zurücksetzungen finden, offiziell wenigstens, kaum statt. Die kleine Gruppe der französischen Royalisten bringt zwar hie und da antisemitische Aeußerungen und Schriften. Sie sind aber nicht tragisch zu nehmen und haben im Kräftespiel des politischen und gesellschaftlichen Lebens keinerlei entscheidende Bedeutung. Es gibt daher in Frankreich auch keinerlei Abwehrorganisation. Französische Bischöfe halten in den Kirchen gegenwärtig philosemitische Reden. Eine Zusammenarbeit von jüdischen und nichtjüdischen Geistlichen ist durchaus an der Tagesordnung. Die ganze wissenschaftliche, philosophische und soziologische Problematik der Judenfrage, wie wir sie in Deutschland kennen, existiert nicht in Frankreich, und wo der Antisemitismus sich literarisch äußert, da sind es nachgesprochene Ideen aus Deutschland. Der französische Nationalismus (Barrés, Maurras) bekämpft den Protestantismus als eine besondere Form des jüdischen Messianismus und sieht in diesem Messianismus eine Gefahr für die Stabilität des auf dem Katholizismus beruhenden französischen Nationalgefüges. Aber, wie schon gesagt, haben diese literarischen Aeußerungen in der Wirklichkeit des Tages keinerlei verhängnisvolle Bedeutung. Eine wertvollere Zeitschriftenliteratur gibt es unter den französischen Juden nicht. Ich halte es für ausgeschlossen, daß z. B. der „Morgen" irgendwelche Bedeutung für die französischen Juden haben könnte. Der Unterschied zwischen der französischen Geistesart und der deutschen Geistesart ist gar zu groß. Die Franzosen sind entweder Voltairianer oder, wenigstens äußerlich, strenggläubig. Was dazwischen liegt, das eigentlich Bewegende der metaphysisch gehaltenen Probleme, ist den meisten verschlossen. Die einzige liberale Gemeinde, die es in Frankreich gibt, ist die von Germain Lévi in Paris, die 300 Mitglieder umfaßt. Alle anderen Gemeinden sind orthodox aufgebaut, und es gehört zum guten Ton, an hohen Feiertagen die Synagogen zu besuchen. Das gewöhnliche Leben läuft jenseits aller synagogalen Beziehungen ab.

Der Zionismus als politische Partei spielt in Frankreich keine Rolle. Man hat Interesse am Aufbau, lehnt aber den nationaljüdischen Gedanken in den weitesten Kreisen ab. Der französische Nationalgedanke wird stark betont. Die vor einiger Zeit gegründete zionistische Zeitschrift, die ein internationales Redaktionskomitee hatte, ist nach wenigen Monaten wieder eingegangen.

Ueber einzelne interessante neue Bücher werde ich in der nächsten Nummer des „Morgen" Bericht erstatten.

Julius Goldstein.

Ernst von Wolzogen-Spende.

Wir erfahren, daß der bekannte jüdische Kabarettleiter und Operettenkomponist Rudolf Nelson anläßlich seines 20jährigen Bühnenjubiläums eine Sammlung für eine Ehrengabe für den Begründer des Ueberbrettls, Ernst v. Wolzogen, eingeleitet hat. Die gute Absicht des Herrn Nelson in allen Ehren! Wir zweifeln aber daran, ob Ernst v. Wolzogen nicht selbst diese Spende ablehnen wird, nachdem sich bei ihm vor einigen Jahren ein solch grundsätzlicher Gesinnungswechsel gegenüber seiner früheren Ansichten vollzogen hat, daß er sich nicht scheut, Sätze, wie die folgenden, zu schreiben:

„Bei uns in Deutschland wird das gesamte Volk, soweit es überhaupt noch rassisch empfindet, von einer bis zum physischen Ekel steigernden Abneigung gegen das Volk Israel beherrscht", oder: „die berüchtigten Lehren des Buches „Schulchan aruch", die den verruchten Geist des orientalischen Hasses gegen Fremdlinge predigen", oder

„. . Bald sitzest Du als letzter Christ
Auf Deinem Berg von Scherben.
Bedenke: wer vom Juden frißt,
Der muß am Juden sterben."

Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband.

In Nr. 5 der „Deutschen Handelswacht" vom 9. 3. findet sich unter der Rubrik „Briefkasten" folgende Notiz:

„**K. M., Frankfurt.** Wir nehmen gern von der Drohung des Herrn Staatsrat Dr. Cohn Kenntnis, der sich am 24. Januar in Frankfurt zu der Drohung verstieg: „Der jüdische Arbeitgeber soll den Angestellten, der in einem gewissen Hamburger Verbande organisiert ist, unsanft auf die Straße setzen, selbst wenn er noch so tüchtig ist." — Der jüdische Arbeitgeber, der diesen törichten Rat befolgt, würde damit eine kapitale Dummheit begehen, über deren Folgen er sich inzwischen bei Herrn Weinberg in Herford erkundigen kann."

Da es der deutschnationale Handlungsgehilfenverband, dessen Organ die „Deutsche Handelswacht" ist, von jeher abgelehnt hat, Juden in seine Reihen aufzunehmen und da er selbst dafür kämpft, daß in christlichen Geschäften nur christliche Angestellte beschäftigt werden, so mutet diese Notiz etwas sonderbar an. Im übrigen möchten wir darauf hinweisen, daß diese Einstellung des D. H. V. nicht etwa neueren Datums ist, sondern bereits im Jahre 1903 zum Ausdruck kam. Damals sahen sich zwei seiner Führer, Franz Schneider und Ernst Lenz zu folgenden Ausführungen veranlaßt:

„Laßt Euch nicht anlügen! Die sogenannten ‚alten Kämpfer' im D. H. V. treiben nichts weiter als antisemitische Parteipolitik und verraten dabei die Interessen Eures Standes." Später: „Die antisemitische Partei hat gesprochen, deshalb sollten wir den Mund halten, und weil wir es nicht taten, weil uns die Interessen unseres Standes mehr gelten als aller Parteikram, darum die Hetze gegen uns, die ausgesprochenermaßen nicht eher ruht, bis wir aus unseren Stellungen aufs Pflaster geworfen sind. Darum klagen wir an. Unsere Gegner im eigenen Lager haben unsere Standesinteressen verraten, denn sie bekämpfen den Reichstagskandidaten, der unsere Interessen vertreten wollte, sie taten es, weil sie in unserem Verband nur eine Filiale der antisemitischen Partei sahen."

Bund der Guten.

Der „Bund der Guten" wurde im Juli 1920 gegründet. Seine Ziele sind deutlich aus der Zeitschrift „Rote Erde" 1921 zu ersehen. Die für uns wichtigen Stellen auf Seite 17 des Heftes lauten „Das Weltgericht":

„In den arischen Bund der Guten in allen Ländern finden ausnahmslos Menschen der weißen (arischen) Rasse Aufnahme . . . . Aus diesem Grunde können Neger, Mongolen, Malayen, Indianer, Juden usw., in den Bund nicht aufgenommen werden. Die Juden gehören zwar nicht zu den farbigen Rassen, aber auch nicht zu den Ariern. Sie bilden überdies eine eigene religiöse Kultgemeinschaft, in die sie Andersrassige nicht aufnehmen. In der arischen Rasse haben sie bislang nicht aufgehen wollen, da sie sich für das „auserwählte Volk" halten und Weltherrschaftspläne für ihre eigene Rasse und Kultgemeinschaft haben. Sie können deshalb für das Wohl und Wehe arischer Völker kein Verständnis haben und wirken stets auflösend und zersetzend, wo sie in arische Gemeinschaften hineingelangen. Das gilt auch für getaufte Juden oder Abkömmlinge von solchen . . . . Es bleibt aber allen nichtarischen Menschen unbenommen, dem Bund der Guten entsprechende Gemeinschaften selbst zu bilden, so mag z. B. ein Bund der guten Juden entstehen. Sofern solche Gemeinschaften nachweislich dieselben sittlichen Grundsätze zur Richtschnur ihres Handelns machen, würde eine Fühlungnahme und ein Zusammenwirken nur zum Wohle und zum Fortschritt der gesamten Menschheit dienen können.

§ 1 der Satzungen lautet:

Der Bund der Guten im deutschen Volke macht es sich zur besonderen Aufgabe, die Leitsätze des Bundes unter allen Völkern zu verbreiten und den brüderlichen Zusammenschluß aller Gleichgesinnten herbeizuführen. Jedes Volk bildet einen eigenen Lebenskreis. Die Besten aus jeder Volksgemeinschaft der Guten schließen sich zu einem Völkerrat zusammen.

§ 3 der Satzungen lautet:

Aufnahmefähig ist jeder deutsche Mensch beiderlei Geschlechts, der das 18. Lebensjahr vollendet hat. Jüngere Personen verbleiben bis zu diesem Jahre in den Jugendgruppen. Bedingung für die Aufnahme als Mitglied ist die Abstammung von ariogermanischen Eltern und Vorfahren. Für jedes Mitglied wird ein Stammblatt angelegt.

Laut § 4 beträgt die Aufnahmegebühr Mk. 3,—, der Beitrag halbjährlich Mk. 6,—.

Bis zum Jahre 1925 erschien eine Zeitschrift „Rote Erde" in zwangloser Folge als Handschrift gedruckt, daher nicht im Börsenblatt des Buchhändlervereins angezeigt. Die „Rote Erde" wurde zuerst in der Buch- und Kunstdruckerei Kurt Bolach, Berlin W. 30, Barbarossastraße 60, später in der Märkischen Buch- und Kunstdruckerei G. m. b. H., Berlin-Schöneberg, Bahnstraße 19-20, gedruckt.

Seit 1925 erscheint die Zeitschrift „Der Femstern", gedruckt bei Otto Kümmel, Königsberg i. Pr. Diese Zeitschrift wird zwar periodisch herausgegeben laut einem Brief des Geschäftsführers des Bundes, Guido Roeder, an das Berliner Polizeipräsidium, ist aber gleichfalls als Handschrift gedruckt und daher nicht im Buchhandel zu haben.

Im Jahre 1925/26 wurde außerdem eine Zeitschriftenreihe „Gotenhort" vertrieben, die nur einer Auseinandersetzung mit Jürgen von Ramin galt. Diese

Hefte sind in der Masurischen Handelsdruckerei in Lötzen und in der Märkischen Buch- und Kunstdruckerei G. m. b. H., Berlin-Schöneberg, erschienen. Sämtliche Hefte befassen sich mit Astrologie, mit Aufzucht von Edelrassen, Blutsadel, Horoskopen usw. Der spiritus rector des Ganzen ist ein Herr H. A. Weishaar.

Die Standarte.

Im Heft 3, Jahrgang 2, 1927 der „Standarte", Zeitschrift des neuen Nationalismus, herausgegeben von Franz Schauwecker und Wilhelm Kleinau, veröffentlichen die Herausgeber einen Aufruf zur Bildung von Standartengemeinschaften. Es handelt sich ohne Frage um die in den Kreisen der Rechtsparteien übliche Gründung von Lesergemeinschaften, wie sie beispielsweise im „Deutschen Herold", Lesergemeinschaft der „Deutschen Zeitung" zur höchsten Entwicklung gekommen ist. Ueber die Standartengemeinschaft geben wir auf Grund des Aufrufes folgende Einzelheiten, die wissenswertes Material über den Geist und die Organisationsmethoden vermitteln:

1. Allgemeines Ziel.

Die Standartengemeinschaften dienen dem Ziel, die Gedanken und Vorschläge des Standartenkreises, die in der Idee eines „Neuen Nationalismus" in allen Teilen Deutschlands schon Eingang gefunden haben, weiter zu verbreiten und allmählich eine Führerschicht zu schaffen, die aus eigener Kraft sich bildet und heranwächst.

2. Zusammensetzung der Standartengemeinschaften.

Die Standartengemeinschaften setzen sich zusammen aus Persönlichkeiten aller deutschen Lager, sofern sie von der Idee des Neuen Nationalismus, der den Querschnitt durch das ganze Volk zieht, aus innerem Zwang heraus erfaßt sind. Die nationalen Bünde bieten den Ansatzpunkt für die Gründung einer solchen Gemeinschaft. Es gilt, ihnen geistig zu helfen. Aber in dieser Gemeinschaft selbst spielt die Zugehörigkeit zu den Bünden, gleichgültig ob sie groß oder klein sind, keine Rolle mehr. So können auch Persönlichkeiten Mitglied der Standartengemeinschaft sein, die keinem Bunde angehören. Ihre nationalistische Weltanschauung und der Wille zur Leistung und Arbeit genügen.

3. Bildung einer Standartengemeinschaft.

Die Bildung einer Standartengemeinschaft wird von der Hauptgemeinschaft der Standarte nicht „befohlen". Sie entsteht überall dort, wo die Notwendigkeit dazu empfunden wird, und jeder, der hiervon überzeugt ist, hat auch die Pflicht, mit der Bildung einer solchen Gemeinschaft den Anfang zu machen. Die Hauptstandartengemeinschaft wirft sich nicht als Führung im Sinne einer Bundesführung auf. Sie gibt lediglich die Anregungen für die Arbeit der Gemeinschaften im Reich, hält dauernde Verbindung mit ihnen, vermittelt die Redner usw. Deshalb ist es Pflicht jeder Gemeinschaftsleitung, ihre Anschrift sofort der Hauptgemeinschaft zu übermitteln. Diese lautet zurzeit: Franz Schauwecker, Berlin SW 11, Dessauerstraße 38, I.

4. Nahaufgaben der Standartengemeinschaften.

Ist ein Kreis von Nationalisten aus allen Lagern, wobei die Zahl ihren Fähigkeiten stets unterzuordnen ist, von einer Persönlichkeit erfaßt und von ihr als Standartengemeinschaft gebildet worden, beginnen die Nahaufgaben dieser Gemeinschaft. In regelmäßigen Zusammenkünften, die mindestens monatlich einmal stattfinden sollen, werden Artikel der Standarte zum Anlaß von besonderen Referaten genommen, die danach in einer allgemeinen Aussprache ihre Klärung finden. Für diese Referate stehen auf Anforderung bei der Hauptstandartengemeinschaft ihre nächsten Mitglieder und besondere Redner zur Verfügung. Jede Standartengemeinschaft erhält hierfür die notwendigen Unterlagen von der Hauptgemeinschaft, welche die Unkosten für die Redner auf das alleräußerste zu beschränken bemüht sein wird.

5. Hauptstandartengemeinschaft.

Die Hauptstandartengemeinschaft wird demnächst in Berlin ihren Sitz nehmen, um unter der Verantwortung einer bestimmten, von ihr beauftragten Persönlichkeit ihres engsten Kreises nicht nur die oben schon erwähnten Aufgaben nachhaltiger in Angriff zu nehmen, sondern auch persönlich die Verbindung mit den einzelnen Gemeinschaften herzustellen. Schon jetzt aber bittet sie, die Bildung solcher Gemeinschaften allerorts, wo die innere Notwendigkeit dazu erkannt ist, in Angriff zu nehmen und zu vollenden.

Hitler gegen ein deutsches Tirol.

Anläßlich seines Wiederauftretens in Bayern hat Adolf Hitler in einer Versammlung in München gesprochen und sich dabei mit der Südtiroler Frage befaßt. Dies geschah in einer Art und Weise, die als eine Verbeugung vor den Italienern zu betrachten ist, nämlich mit der Tendenz, daß man das deutsche Element in Südtirol um Mussolinis willen seinem Schicksal überlassen müsse.

Auf Grund dieser Rede haben nun die „Münchener Neuesten Nachrichten", die bisher keinen Anlaß hatten, gegen Hitler vorzugehen, gegen Hitler protestiert und ihm einen bedenklichen Mangel an wirklich deutschem Empfinden vorgeworfen.

Diese Erkenntnis kommt etwas spät; denn bereits am 14. November 1922 hat Hitler in Haidhausen Folgendes ausgeführt:

> „Mit Italien, das seine nationale Wiedergeburt erlebt und eine große Zukunft hat, wird Deutschland zusammengehen. Dazu ist nötig, ein klarer und völliger Verzicht Deutschlands auf die Deutschen in Südtirol. Das Geschwätz übersieht Tirol, die leeren Proteste gegen die Fascisten schaden uns nur, da sie uns Italien entfremden. In der Politik gibt es keine Sentiments, sondern nur Kaltschnäuzigkeit. Warum sollen wir uns plötzlich über die Schließung von einigen Dutzend deutscher Schulen in Südtirol erregen . . . ."

Nationalsozialistische Ehrenlisten.

Seit einiger Zeit veröffentlicht der „Völkische Beobachter" sogenannte Ehrenlisten von Partei-Mitgliedern, die mit besonderer Energie für die Nationalsozialistische Arbeiterpartei eintreten, insbesondere von solchen, die neue Abonnenten für den „Völkischen Beobachter" geworben haben.

Wir geben nachstehend einen Auszug aus diesen Listen:

Reinhard Arnold, Hattingen (Ruhr). — Th. Benesch, Erlangen. — Otto Benscheid, Hagen i. W. — Kurt Bertram, Wolfenbüttel. — Otto Böhmel, Ziegenhain i. Sa. — Frl. Buchner, München. — Willi Chimiel, Berlin-Schöneberg. — Christoph Degenhard, Nürnberg. — Karl Durst, Treuchtlingen. — Paul Ette, Mannheim. —

Franz Fantur, Wien. — Hermann Gerischer, Meißen i. Sa. — Robert Gratzer jun., Crailsheim. — August Gregorzek, Zaborze. — Ludwig Häring, München. — Hartmann, Braunschweig. — Konrad Hawel, Mödling bei Wien. — Georg Hein, Malapane. — Otto Hoppe, Grasdorf bei Hannover. — J. W. Jungbluth, Koblenz a. Rhein. — Karl Keim, Speier a. Rh. — Ernst Kluge, Berlin-Pankow. — Kögl, München. — Adolf Kutter, Mölkau b. Leipzig. — Alfred Lanzendorf, Stücken i. Sa. — Leopold Leitwein, Großsachsen. — A. Lindner, Frankfurt a. M. — Rudolf Melzer, Apolda i. Th. — Fanny Miklis, Gleiwitz (Oberschlesien). — Ernst Nöltner, Mannheim. — Walter Obst, Leipzig. — Gottfried Pfrenger, Trostberg (Oberbayern). — Franz Pillmayr, Aue i. Erzgeb. — Hans Plöhn, Itzehoe. — A. Rahmel, Berlin. — Wilhelm Reber, Mannheim. — Henry Schirmer, Brinkum. — Hans Schmidt, Nürnberg. — Wilhelm Schwimm, Oberkainsbach. — Gustav Simon, Elsterberg i. Sa. — Max Steinegger, Wangen Allg. — Heinrich Tagsold, Ansbach. — Herbert Tonnhofer, Plauen im Vogtl. — Hans Uebler, Traunstein. — Emil Veil, Eßlingen a. N. — Rudolf Wendt, Stolp i. Pomm. — Karl Wienecke, München. — J. Wohlfahrt, Aschersleben. — Frd. Zankel, Mürzzuschlag. — R. Zimmermann, Neuhausen i. Sa. — Herm. Adam, Alt-Tschau. — Gerh. Albin, Tilsit. — Heinr. Becker, Düsseldorf. — Paul Behringer, Koburg. — Karl Bernhardt, Oberröblingen. — Otto Biedinger, Ludwigshafen. — Friedrich Bleysteiner, Nürnberg. — Eberhard Branthin, Magdeburg. — H. Heinrich Dierks, Schleiz. — Dönges, München. — H. Dries, Lampertheim. — Rudolf Friedrich, Oelsnitz. — Hedweg Graf, Bad Dürkheim. — Groß, Flottbeck. — Gümbel, Laufach. — Walter Heyse, Frankfurt a. M. — Anton Huber, München. — Rudolf Jordan, Fulda. — Helmut Klapper, Breslau. — Max Köhler, Kassel. — Rudolt Kummerlore, Leipzig. — Alb. Leister, Nienburg. Bab. Levy, München. — Heinrich Lüer, Sarstedt. — Otto Mann, Rottweil. — Ernst Mayr, Hamburg. — Karl Mayer, Stuttgart. — Karl Müller, Dillenburg. — Karl Ostberg, München. — Dr. E. Repfennig, Pasewalk. — Otto Röck, Stuttgart. — Robert Runne, Rössing. — Paul Sänger, Schleiz. — Frl. Schleifer, München. — Paul Schmidt, Helmstedt. — Semmelmann, München. — Anton Specht, Darmstadt. — Jakob Spornberg, Düsseldorf. — Stapelmann, Durlach. — Heinrich Trambauer, München. — Gerwien Walk, Darmstadt. — Hans Weithas, Schleiz. — Klara Weitz, Bochum. — Walther E. Weller sen., Plauen. — Rudolf Zigaus, Mettingen.

Deutscher Roland-Ritter-Orden.

In Dresden hat sich der Deutsche Roland-Ritter-Orden (die Organisation der Reichs- und Auslandsdeutschen, Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Blockhausg. 3, Briefanschrift vorläufig: Heinrich Böhme, Dresden-N., Blockhausgasse 3) aufgetan, der es sich zur Aufgabe stellt, die Ideen Adolf Hitlers zu verbreiten. Eigene Kandidaten stellt er zu Wahlen nicht auf, sondern empfiehlt seinen Anhängern, die Nationalsozialistische Arbeiterpartei zu unterstützen. Im inneren Aufbau unterscheidet er aktive und passive Mitglieder. Mitglied kann jeder Deutsche arischer Abstammung werden, der keiner Freimaurerloge oder sonstigen Geheimorganisation angehört. Der Mitgliederbeitrag beträgt 2 Mk. Von den eingehenden Geldern soll ein Fonds geschaffen werden, um Angehörige oder Hinterbliebene im Todesfalle vor äußerster Not zu schützen. Die Vergütung beträgt nach einer Mitgliedschaft von einem Jahre 100 Mk. und steigert sich bei 5 Jahren bis zu 500 Mk. Der Verein vertreibt Ordenskleidung, Abzeichen und Siegelmarken. Er zählt nach unseren Informationen zurzeit ca. 300 Mitglieder im ganzen Reiche.

Völkische Presse.

Im „Merkbuch der Deutschen 1927“, das Bruno Tanzmann im „Verlag für deutsche Art“ in Hellerau bei Dresden herausgibt, findet sich auch ein Verzeichnis der völkisch-vaterländischen Presse. Wir geben daraus zunächst die Liste der Zeitungen wieder:

Deutschvölkische Freiheitsbewegung: „Das Deutsche Tageblatt“, Berlin. — „Mecklenburger Warte“ Rostock. — „Niedersachsen-Herold“, Bremen. — „Deutsche Nachrichten“, Berlin. — „Völkische Blätter“, Gera-Reuß.

National-Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei: „Deutscher Michl“, Augsburg. — „Der Eisenhammer“, Pirmasens. — „Die Flamme“, Bamberg. — „Die Freiheitsfahne“, Frankfurt a. M. — „Der Hakenkreuzler“, Berlin. — „Kurier für Niederbayern“, Landshut. — „Der nationale Sozialist“, Berlin mit den Kopfausgaben: „Berliner Arbeiter-Zeitung“, „Der nationale Sozialist für Norddeutschland“, Der nationale Sozialist für Rhein und Ruhr“, „Der nationale Sozialist für Sachsen und Ostmark“. — „Der Nationalsozialist“, Weimar. — „Niedersächsischer Beobachter“, Bockenem im Harz. — „Der Streiter“, Forchheim. — „Der Stürmer“, Nürnberg. — „Südwestdeutscher Beobachter“, Leonberg-Stuttgart. — „Völkische Nachrichten“, Plauen i. V. — „Völkische Wacht“, Leonberg-Stuttgart. — „Völkischer Beobachter“, München. — „Westdeutscher Beobachter“, Landsberg.

Deutschsoziale Partei: „Deutsches Wochenblatt“, Berlin-Friedenau. — „Die Neue Zeitung“, Berlin.

Völkische ohne Parteistellung: „Arminius“, Berlin. — „Der Deutsche Staat“, Leipzig-R. — „Deutsche Wochenschau“, Berlin. — „Elbwacht“, Magdeburg. — „Lebuser Zeitung“, Lebus bei Frankfurt a. O. — „Marktbreiter Wochenblatt“, Marktbreit i. Bayern. — „Mitteldeutsche Presse“, Staßfurt. — „Der Oberbayer“, Ebersberg i. Oberayern. — „Ostfriesischer Kurier“, Norden (Ostfriesland). — „Schlesische Volksstimme“, Breslau. — „Volk, Freiheit, Vaterland“, Augsburg. — „Völkischer Herold“, Lorch i. Württbg.

Völkisch-Vaterländisch: „Abendländischer Herold“, Berlin. — „Borkumer Zeitung“, Borkum. — „Der Deutsche Vorwärts“, Berlin. — „Deutsche Zeitung“, Berlin. — „Eisleber Zeitung“, Eisleben. — „Fridericus“, Berlin. — „Die Reichssturmfahne“, Stuttgart.

Jüdische Separatisten.

Durch die völkische Presse geht immer wieder die Notiz, daß ein Ferdinand Lilienthal aus Speyer den Nationalsozialisten Ferdinand Wiesmann am 9. Januar 1924 bei den Separatistenkämpfen in Speyer erschossen habe. Diese Angaben beruhen auf Tatsachen. Lilienthal ist allerdings weder in Speyer geboren, noch ist er überhaupt Pfälzer. Er ist geborener Berliner, getauft oder freireligiös und kam als Angestellter der Regiebahn nach Speyer. Er hat sich dann der separatistischen Bewegung angeschlossen und sich auch damals in der Residenz dieser Kreise, im Wittelsbacher Hof, befunden. Als dann die Separatisten ausgehoben wurden, hat Lilienthal den Wiesmann erschossen. Er selbst hat eine Wunde erhalten und lange Zeit im Speyerer Krankenhaus gelegen. Dann heiratete er eine Kellnerin und ist nach Aufhebung der Regiebahn verschwunden. Wohin ist unbekannt.

„Hammerverlag" u. „Deutsche Erneuerungsgemeinde".

Die „Deutsche Erneuerungsgemeinde" in Leipzig wird von dem Sohn des Herrn Theodor Fritsch, Willi Kramer, geleitet und arbeitet mit dem „Hammer-Verlag" Hand in Hand. Das geschieht in der Weise, daß er Flugblätter vertreibt, die zuvor im „Hammer" erschienen sind.

Bis jetzt sind 250 Nummern dieser Blätter erschienen und in vielen Millionen in Deutschland verbreitet worden und zwar je nach der Eignung an Lehrer, Geistliche, Rechtsanwälte, Arbeiter usw. Die „Deutsche Erneuerungsgemeinde" pflegt an jedermann, der nur einmal ein Flugblatt bei ihr bestellt oder eine Anfrage gemacht hat, laufend alle Neuerscheinungen kostenlos zu liefern.

Stahlhelmführer Barthel-Roth.

Wegen 14 Fällen von Amtsunterschlagung, Urkundenfälschung, begangen in den Jahren 1915—1927, wurde dieser Führer des Kölner Stahlhelms zu zwei Jahren 6 Monaten Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurde dem Verurteilten die Fähigkeit aberkannt, in den nächsten fünf Jahren öffentliche Aemter zu bekleiden. Auch das Familienleben des Angeklagten, das er selbst als „glücklich" bezeichnete, wurde bei der Verhandlung einer eingehenden Prüfung unterzogen, wobei sich auch auf diesem Gebiete manche nicht einwandfreie Punkte ergaben. Charakteristisch ist auch, daß B.-R. u. a. einen Geisteskranken, für den er als Notar verschiedene Verträge abzuschließen hatte, betrogen hat.

Arthur Herbert Wollnzihn.

Der völkische Agitator Wollnzihn ist im Jahre 1925 wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Wir sind im Besitz eines Haftbefehls gegen diesen früheren Hauptschriftleiter der Kunze'schen „Neuen Zeitung" wegen Nichtleistung des Offenbarungseides.

Wir bitten daher, völkische Versammlungen in Ihren Bezirken genau daraufhin zu überwachen, ob Wollnzihn als Redner angezeigt wird und auftritt. Sollte dies der Fall sein, ist sofortige Benachrichtigung der Centrale notwendig, damit wir den Haftbefehl umgehend zustellen können.

Gymnasium Marienwerder.

Aus Marienwerder wurde uns berichtet, daß auf dem dortigen Gymnasium sich unter den Schülern ein so judenfeindlicher Geist breit mache, daß ein begabter jüdischer Schüler sich veranlaßt gesehen hat, das Gymnasium noch vor dem Abitur zu verlassen. Er ist von seinen Mitschülern so boykottiert worden, daß er es in der Klasse nicht mehr aushalten konnte. Der junge Mann war gezwungen, sich dem kaufmännischen Beruf, der ihn garnicht befriedigt und für den er absolut keine Neigungen zeigt, zu widmen.

Zum Eisenbahnattentat in Leiferde.

Das „Mylauer Tageblatt und Anzeiger" brachte in seiner Nummer 24 ein „Eingesandt" der N. S. D. A. P., das sich mit dem Attentat in Leiferde befaßt und die schon des öfteren widerlegte Behauptung aufstellte, daß Schlesinger Jude sei. Des weiteren wird seine Tat mit einem angeblichen Gebot des Talmud in Verbindung gebracht und als eine religiöse Tat im Sinne des Talmud bezeichnet. Der Landesverband Sachsen des Central-Vereins sandte darauf folgende Berichtigung, die die Schriftleitung in ihrer Nummer 75 vom 30. März brachte:

„1. Es ist nicht wahr, daß der Eisenbahnattentäter von Leiferde, welcher Schlesinger heißt, Jude ist. Wahr ist, daß er von christlichen Eltern abstammt, und daß während des Prozesses einwandfrei seine nichtjüdische Religion und Abstammung festgestellt wurden.

2. Das angebliche Talmudzitat: „Wer das Blut der Nichtjuden vergießt, der tut so viel, als wenn er Gott opfert" ist weder an der angegebenen Stelle (Jalkut Schimoni 145c) noch sonst irgendwie zu finden. Wahr ist, daß Blutvergießen schlechthin von Bibel und Talmud verboten ist, ohne daß dabei jemals ein Unterschied zwischen Angehörigen verschiedener Religionen gemacht wird."

Deutsch-österreichische Reisevereinigung Nord-Süd.

In Oesterreich wurde im Jahre 1924, unterstützt von angesehenen völkischen Verbänden, die „Deutsch-österreichische Reisevereinigung Nord-Süd" mit dem Sitz in Graz gegründet, „um den reichsdeutschen Reiseverkehr nach Deutschösterreich zu lenken und den deutschen Volksgenossen aus dem Reiche das Reisen, Wandern und Ausruhen in Deutschösterreich zu erleichtern." — Die Tendenz dieser Vereinigung ersieht man aus folgenden Stellen des uns vorliegenden „Aufrufes zum Beitritt":

„Mitglied der Vereinigung kann jeder Volksgenosse, Mann oder Frau, deutscher Zunge und deutschen Blutes werden. Etwaige Einnahmeüberschüsse werden deutschvölkischen Zwecken in Oesterreich zugeführt."

Der Aufruf schließt mit folgendem Satz:

„Helft uns, unserm Deutschösterreich den vordersten Platz unter den außerhalb der Reichsgrenzen liegenden Reisezielen zu schaffen, der ihm gebührt kraft seiner landschaftlichen Schönheit, kraft seines kern- und treudeutschen Volkes und im Interesse aller wirtschaftlichen, kulturellen und völkischen Aufgaben einer gemeinsamen deutschen Zukunft."

Der Vorstand wird gebildet aus:

Univers.-Prof. Dr. Hertle, Vors. des Alld. Verb. in Deutschösterreich; Apothekenbesitzer Hruby; Hofrat Dr. Planer; Bankdirektor Eisenzopf; Generalsekretär Geiser, sämtlich in Graz; Hofrat Kupka, Vors. des deutschen Turnerbundes in Wien und Verlagsdirektor Dr. Schmid, Wien.

Briefmarkensammler-Vereinigung „Tirol".

Die Mitteilungen der Briefmarkensammler-Vereinigung „Tirol" in Innsbruck enthalten in ihrer Nr. 1 vom 3. Februar 1927 folgenden Beschluß der Hauptversammlung vom 10. Januar 1927:

„Einlieferungen sollen möglichst nur von arischen Firmen angenommen werden. Sendungen jüdischer Firmen sind zurückzuweisen."

Änderung lästiger Familiennamen.

Im „Berliner Lokalanzeiger" hatte sich eine Firma Berndts & Co., Berlin W. 50, Ansbacher Straße 27, als Vermittlerin bei Aenderungen fremdsprachlicher, vor allem jüdischer lästiger Vor- und Familiennamen, empfohlen.

Genaue Nachforschungen haben ergeben, daß der ganze Betrieb aus einem Herrn Dr. Schielke besteht, der zunächst gegen Nachnahmegebühren von 3,40 Mk. Prospekte versendet, in denen die wesentlichen Bestimmungen, die bei Anträgen auf Namensänderungen beachtet werden müssen, enthalten sind. Ob dieser Herr die Wünsche der Interessenten, von denen er 20 Mk. Gebühren verlangt, zu erfüllen vermag, ist uns nicht bekannt. Das hiesige Unternehmen soll nur eine Filiale des Königsberger Stammhauses sein, das aber unsere Königsberger Geschäftsstelle nicht ermitteln konnte.

Wir bitten unsere Freunde und Mitarbeiter um Mitteilung, ob auch in anderen Orten Filialen dieses Unternehmens aufgetaucht sind, dessen Anzeigen in völkischen Blättern in der gewohnten geschmackvollen Art kommentiert worden sind.

Begnadigte Synagogenattentäter.

Die Leipziger Synagogen-Attentäter, welche zu längerer Zuchthausstrafe verurteilt waren, sind nach Zeitungsberichten begnadigt worden. Die Zuchthausstrafe war seinerzeit auf dem Gnadenwege in eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren umgewandelt worden. Von dieser Strafe haben sie ein Jahr verbüßt und für den Rest jetzt Bewährungsfrist erhalten.

Schulbesuch an jüdischen Feiertagen.

Der badische Minister des Kultus und Unterrichts erließ unterm 12. Januar dieses Jahres eine Verordnung, die ein erfreulich weitgehendes Verständnis für die Empfindungen der gesetzestreuen Juden zeigt. Der Wortlaut der Bestimmungen lautet:

„1. Israelitische Schüler sind auf Verlangen ihrer Eltern oder Fürsorger vom Schulbesuche zu befreien:

a) an den beiden Tagen des Neujahrsfestes,
b) am Versöhnungsfeste,
c) am 1. u. 7. Tage des Pesachfestes (Ostern),
d) am 1. Tage des Wochenfestes (Pfingsten),
e) am 1. und 9. Tage des Laubhüttenfestes.

2. An anderen israelitischen Festtagen und an Sabbaten sind die israelitischen Schüler nur während der Zeit des öffentlichen Gottesdienstes auf Verlangen ihrer Eltern oder Fürsorger von der Verpflichtung zum Schulbesuche zu entbinden.

Keinesfalls aber sollen israelitische Schüler oder Schülerinnen beim Schulbesuch an Sabbaten und Festtagen gegen den Willen ihrer Eltern oder Fürsorger zum Schreiben, Zeichnen oder zur Fertigung von Handarbeiten angehalten werden.

Auch ist bei Festsetzung der Stundenpläne auf die israelitischen Schüler in der Weise Rücksicht zu nehmen, daß, soweit tunlich, der christliche Religionsunterricht auf Samstag und auf die Zeit des israelitischen Gottesdienstes gelegt und auf diesen Tag solche Unterrichtsgegenstände angesetzt werden, bei welchen keine Arbeiten vorkommen, an denen israelitische Schüler nicht teilnehmen können.

Diese Vorschriften finden auch auf die Schüler der Gewerbe- und der Handelsschulen Anwendung.

Im Auftrage
gez. Unterschrift."

Regisseur Eisenstein — Nichtjude.

Die Hetze, die von rechtsgerichteter Seite mit der Aufführung des Potemkin-Films in Deutschland zusammenhängt, und in deren Verlauf oft die Persönlichkeit des Regisseurs Eisenstein, der als Jude bezeichnet wurde, angegriffen worden ist, hat uns veranlaßt, nach dieser Richtung hin Erkundigungen einzuziehen. Wir sind heute ermächtigt, festzustellen, daß Eisenstein nicht Jude ist.

*

Verschiedene Anfragen haben uns zu der Feststellung Veranlassung gegeben, daß Professor Carl Clewing und Fräulein von Debicka von der Berliner Staatsoper nicht Juden sind. Fritz Kortner und Waldemar Liachowski sind Juden. Der Kammersänger Jan Delma soll Dissident sein.

Wirtschaftspolitische Mitteilungen.

Falschmeldung über Jakob Michael.

Der „Völkische Beobachter" vom 27./28. 2. 1927 brachte in großer Aufmachung eine Mitteilung, daß sich der bekannte Großindustrielle Jakob Michael in Paris habe naturalisieren lassen und somit Vollblutfranzose geworden sei. — Auf unsere Veranlassung hat Herr Michael dem „Völkischen Beobachter" eine preßgesetzliche Berichtigung zugehen lassen, die in der Ausgabe vom 22. 3. 1927 in folgender Weise Aufnahme gefunden hat:

„Die Angabe in der 48. Ausgabe, 40. Jahrgang, vom Sonntag/Montag, 27. und 28. Februar 1927 dieser Zeitung, daß Herr Jakob Michael sich habe in Paris naturalisieren lassen und somit Vollblutfranzose geworden sei, ist unrichtig. Wahr ist, daß Herr Michael seit seiner Geburt Deutscher ist und seine Nationalität niemals gewechselt hat."

Reichsbank und der Jungdeutsche Orden.

Die „Eislebener Zeitung" brachte in ihrer Nummer vom 15. 2. 1927 einen Bericht über eine Versammlung, die die dortige Bruderschaft des Jungdeutschen Ordens abgehalten hatte. Der Redner des Abends, Bezirksdirektor Scholz, Halle, kam dabei auch auf die Reichsbank zu sprechen. — Der Vorsitzende unserer Ortsgruppe Eisleben sah sich veranlaßt, an den Großmeister des Jungdeutschen Ordens in Eisleben folgenden

Brief zu richten, den er auch der Schriftleitung der „Eisleber Zeitung“ einsandte, und den das genannte Blatt in seiner Nummer vom 18. 2. veröffentlichte:

Eisleben, den 17. Februar 1927.

Herrn A. Elsner,
Großmeister des Jungdeutschen Ordens,
Hier.

Im Eisleber Tageblatt vom 11. Februar d. Js. und in der Eisleber Zeitung vom 15. Februar d. Js. lese ich den Bericht über die Vollversammlung Ihrer Bruderschaft Eisleben, welche Sie geleitet haben. Ein Herr Bezirksdirektor Alfred Scholz-Halle hielt daselbst einen Vortrag, in dem gesagt wurde, daß eine neue Inflation nicht zu befürchten sei, „haben wir doch im Generalrat der Reichsbank neben sieben Ausländern, sieben Deutsche sitzen. Und diese sieben Deutsche sind Juden“. Obgleich ich von der Unwahrheit dieser Behauptung sofort überzeugt war, habe ich in Berlin bei einem Mitglied des Börsenvorstandes — also bei einer einwandfreien Quelle — Erkundigung eingezogen und erhalte folgende Antwort:

„Es ist richtig, daß der Generalrat der Reichsbank aus sieben Ausländern und sieben Deutschen besteht.

Diese sieben Deutschen sind:

1. Dr. Schacht — Urgermane,
2. Geheimrat Renschaard, München — Urgermane,
3. Franz Urbig, Diskonto-Ges. — Urgermane,
4. Louis Hagen, Köln — als Christ geboren,
5. Franz von Mendelssohn — seit verschiedenen Generationen christlich,
6. Fritz Warburg, Hamburg — Jude,
7. Oskar Wassermann, Deutsche Bank — Jude.

Also in Wirklichkeit nur zwei Juden, die wegen ihrer hervorragenden Stellung und Kenntnisse Anspruch auf einen Sitz im Generalrat haben.“

Ob der Herr Vortragende die falsche Behauptung aus Unkenntnis der Tatsachen gemacht hat oder wissentlich die Unwahrheit sagte, um hierdurch eine antisemitische Stimmung zu erzeugen, das entzieht sich meiner Kenntnis. Wenn derartige Dinge in einer völkisch-antisemitischen Versammlung vom Stapel gelassen werden, so kann man achselzuckend darüber hinweggehen, denn diese Herren sind nicht belehrbar. Wenn aber ein Redner in einer gut besuchten Versammlung des Jungdeutschen Ordens Behauptungen aufstellt, so müssen sie wahr sein und dürfen keinen aufhetzenden Beigeschmack haben.

Da ich eine große Anzahl Ihrer Ordensbrüder persönlich kenne, und von ihnen weiß, daß sie die einseitig eingestellte politische Absicht des Redners nicht billigen, so darf ich von Ihnen, Herr Ordensmeister, wohl erwarten, daß Sie in loyaler Weise Veranlassung nehmen, Ihren Mitgliedern den wahren Tatbestand zugängig zu machen. Auf der gleichen Linie steht die weitere Auslassung des Herrn Vortragenden bezüglich der „anderen Versicherungsgesellschaften“, welche angeblich unter „Einfluß des jüdisch internationalen Kapitals“ stehen. Diese Behauptungen, welche als Propaganda für seine Versicherung gemacht sind, also einen geschäftlichen Zweck verfolgen, sind so durchsichtig, daß darüber kein Wort verloren werden soll. Abschriften dieses Briefes habe ich den beiden hiesigen Zeitungen: Eisleber Tageblatt und Eisleber Zeitung übersandt.

Mit der Versicherung vollkommener Hochschätzung zeichne ich als Ihr ergebener
gez. Benno Goldstein,
Vorsitzender der Ortsgruppe Eisleben
des Centralverbandes deutscher Staatsbürger
jüdischen Glaubens.

Der Großmeister der Bruderschaft Eisleben des Jungdeutschen Ordens antwortete dem Vorsitzenden unserer Ortsgruppe in folgendem Schreiben, das ebenfalls in der Eisleber Zeitung (am 19. 2.) veröffentlicht wurde:

Eisleben (Lutherstadt), den 18. Febr. 1927.

Herrn Benno Goldstein,
Vorsitzender des Centralverbandes der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens, Ortsgr. Eisleben.

Ich bestätige den Eingang Ihres Briefes vom 17. Februar d. Js. Nach persönlicher Orientierung werde ich selbstverständlich etwaige Unrichtigkeiten der Rede des Herrn Bezirksdirektors Scholz-Halle vor demselben Forum richtigstellen.

Den beiden Eisleber Tageszeitungen habe ich Abschriften dieses Briefes übersandt.

Mit der Versicherung vorzügl. Wertschätzung!
Jhr ergebener Arno Elsner,
Großmeister der Bruderschaft Eisleben (Lutherstadt)
des Jungdeutschen Ordens e. V.

Das „jüdische Wirtschaftsmanifest“.

In Nr. 1/2 des „C. V. - Dienst“ vom 15. Februar brachten wir eine Notiz über die Unterzeichner des sog. „Jüdischen Wirtschaftsmanifestes“. Wir schrieben dort, daß von den beiden Unterzeichnern aus Italien, Gino Olivetti und L. Toeplitz, nicht bekannt sei, ob sie noch dem Judentum angehören. — Wie uns von einem Verwandten des Herrn Ludwig Toeplitz mitgeteilt wird, gehört dieser noch dem Judentum an.

Der „Polnische Zentralverband jüdischer Handwerker“.

Der Vorstandssitzung des „Zentralverbandes jüdischer Handwerker Deutschlands e. V.“ vom 27. 12. 1926 wohnte als Gast der Sejm-Abgeordnete und Vorsitzende des „Polnischen Zentralverbandes jüdischer Handwerker“ Rasener bei. Dieser Verband, der allein 560 Ortsgruppen mit rund 120 000 Mitgliedern zählt und neben dem noch ein weniger bedeutender zionistischer Handwerker-Verein existiert, widerlegt das Märchen, von der Unproduktivität der jüdischen Bevölkerung. Da die Ziele des polnischen Verbandes — die Ausbildung und Seßhaftmachung der jüdischen Handwerker im Lande — sich im wesentlichen mit denen des deutschen Verbandes decken, wurde beschlossen, eine — zunächst rein informatorische — Verbindung mit den ausländischen Handwerker-Organisationen aufzunehmen.

Kaufmännische Methoden im Mittelalter.

Bekanntlich können sich die Judenfeinde in der Verurteilung der jüdischen Geschäftsmethoden im Mittelalter nicht genug tun. Ganz abgesehen davon, daß die angeführten Beispiele meist eine übertriebene Darstellung enthalten, berücksichtigt man nie, daß die Moralbegriffe des Mittelalters von den heutigen wesentlich abwichen. Einen wertvollen Beweis dafür, daß das Geschäftsgebaren angesehener christlicher Kaufleute vielfach erheblich gegen das verstieß, was die heutige Zeit vom ehrbaren Kaufmann fordert, liefert

uns ein Aufsatz Armentrudes von Rauhe: „Von kaufmännischer Unmoral im 16. Jahrhundert", der im Jubiläumsband der Hansischen Geschichtsblätter erschienen ist. Wir entnehmen einer Besprechung von Dr. R. Schmidt in Nr. 12 der „Lübeckischen Blätter" vom 20. März 1927 folgenden Abschnitt:

Die Abhandlung Ermentrudes von Rauhe, betitelt: „Von kaufmännischer Unmoral im 16. Jahrhundert", zeigt uns, „daß die geschäftliche Moral besonders des mittelalterlichen Kaufmannes . . . . noch recht bedenkliche Lücken aufwies". Beweis dafür sind einmal die bedenkliche Einschätzung, die dem Kaufmannsberuf unter anderen auch von Luther zuteil wurde, sodann die Einstellung des Kaufmannes in seinem eigenen Beruf. Die Verfasserin behauptet auf Grund ihrer Kenntnis der Handelsakten des Kölner Staatsarchivs, daß es im 16. Jahrhundert „ehrsame Kaufleute" von absoluter Zuverlässigkeit nicht gegeben habe, vielleicht auch nicht geben konnte, weil der Kaufmann in diesen Zeiten wegen der Ungenauigkeit des Maß- und Gewichtssystems, wegen der Mängel in der Konservierungstechnik einfach gezwungen war, seinen Kunden den Schaden aufzuzwingen, den er sonst selber tragen mußte. Dabei begnügte man sich nun allerdings nicht, Kunden zu übervorteilen und öffentliche Zahlungsstellen zu betrügen, sondern die einzelnen Kaufleute prellten einander, wo irgend es anging. Und nicht nur Fremde tun das untereinander, sondern wir haben urkundlich belegte Fälle, in denen ein Bruder dem Handel der Geschwister 6000 Taler für seine „Torheiten" entzieht, einen Schwiegersohn, der den Schwiegervater übervorteilt, einen Sohn, der das Magazin des Vaters bestiehlt, einen anderen, der als Angestellter seines Vaters ein eigenes Geschäft aufmacht und die Kunden des Vaters an sich zieht. Der wird dann vom Vater enterbt nicht nur aus den genannten Gründen, sondern weil er den Vater in einem Wortwechsel halb tot geschlagen hat. Die Verfasserin kommt bei der Frage, ob der Kaufmannsstand im 16. Jahrhundert besonders unmoralisch war, oder ob die allgemeine Moral in dieser Zeit so darniederlag, zu der Feststellung, daß zur Beantwortung dieser Frage noch sämtliche Vorarbeiten fehlen.

Erfolge unserer literarischen Aufklärungsarbeit.

Unser Landesverband Rheinland-Westfalen ist dazu übergegangen, die Bezieher der Monatsausgabe vor allem die Lehrerkreise mit Aufklärungsbroschüren zu versehen. Er fügt den Sendungen ein Anschreiben bei, in dem kurz auf den Zweck der Aufklärungsarbeit hingewiesen und die Bitte ausgesprochen wird, auf der ebenfalls beigefügten Freikarte über die Aufnahme der Broschüren und der C. V.-Zeitung im Kreise des Empfängers Mitteilung zu machen, gegebenenfalls auch Wünsche für die weitere Zusendung zu äußern. Soweit man bisher urteilen kann, hat dieser Weg guten Erfolg gehabt, wie zahlreiche Anerkennungsschreiben beweisen.

*

Der Pfarrer einer westfälischen Gemeinde wurde von uns mit Broschüren über die Rassenfrage beliefert. Nach Mitteilung unseres Vertrauensmannes hat der Pastor erklärt, daß er nach Lektüre der Schriften seinen Standpunkt gründlich revidiert und die Bestrebungen des C. V. als vollständig berechtigt anerkannt habe.

*

Von einem Staatsanwaltschaftsrat, der von uns die Monatsausgabe bekommt, erhalten wir ein Dankschreiben, aus dem wir nachstehende bezeichnenden Sätze unseren Freunden zur Kenntnis geben:

„Ich freue mich, auch hier in Berlin über den geistigen Kampf unserer jüdischen Mitbürger gegen die leider oft allzu niedrige und niedrig gehässige Angriffsmethode der Gegner unterrichtet zu werden; gerade die deutschen Katholiken, zu denen ich mich zähle, kennen die bittere Notwendigkeit einer gemeinsamen entschiedenen Abwehr gegen gewisse Kreise leider ja auch aus trüben Erfahrungen der Vergangenheit und Gegenwart."

*

Der Rektor einer rechtsrheinischen Volksschule, der auf Veranlassung unseres dortigen Landesverbandes die Monatsausgabe der C. V.-Zeitung erhält, sandte folgendes Dankschreiben:

„Sehr geschätzter C. V.! Für die bisherige Zusendung der C. V.-Zeitung sage ich verbindl. Dank. Meine ganze Familie liest sie mit großem Interesse. Danach wandert sie weiter im Bekanntenkreise. So diene ich m. E. am besten der deutschen Volksgemeinschaft, von der auch Sie einen kleinen aber wertvollen Bestandteil bilden. Ich wünsche Ihnen ein recht herzliches Glückauf! zu Ihren segensreichen, dankenswerten Bestrebungen."

*

Von dem Bürgermeister einer westdeutschen Großstadt erhalten wir folgendes Schreiben:

„Der C. V.-Zeitung erlaube ich mir, mit verbindlichstem Dank den Empfang des geschätzten Schreibens vom 12. d. Mts. zu bestätigen. Ich benutze gern die Gelegenheit, Sie zu versichern, daß ich dem deutschen Judentum mit aufrichtigen Sympathien gegenüberstehe. Mein bester Freund ist ein Jude, und ich kenne niemanden, der offener, herzlicher, verläßlicher und opferbereiter wäre, als er. Im übrigen ist es von jeher mein Bestreben gewesen, durch mein eigenes Verhalten dem Judentum gegenüber zu meinem bescheidenen Teil dazu beizutragen, daß es vergessen kann, was es an bitterem Unrecht und törichten und gehässigen Verfolgungen so lange hat leiden müssen und leider noch heute vielfach leiden muß. Hoffentlich kommt endlich die Zeit, da sich das deutsche Brüdergefühl zwischen allen Volksgenossen zum Heile unseres schwer geprüften Vaterlandes siegreich durchsetzt."

*

Von einem Pfarrer aus dem Freistaat Sachsen erhalten wir das folgende Schreiben:

„Seit kurzem geht mir unverlangt die C. V.-Zeitung zu (Monatsausgabe) mit dem Anerbieten, das Blatt auf einige Zeit kostenlos zu überweisen. Ich kann wohl sagen, daß mir das recht ist, zumal ich in der Lage wäre, in unserem Gemeindeblatte mal dies mal jenes — unverbindlich — zu verwerten, was Sie brachten. Zu abonnieren, dazu könnte ich mich kaum verstehen. Aber an „Klärung irriger Anschauungen" liegt mir selbstverständlich auch viel, wie es ja zu meinen Aufgaben gehört, als evangelischer Geistlicher die religiöse Bedeutung des idealen Judentums bei passender Gelegenheit zu vertreten. Daher sehe ich mindestens auf Zeit der Weiterlieferung der C. V.-Zeitung gern entgegen.

Hochachtungsvoll

gez.: Unterschrift."

*

Ein evangelischer Geistlicher schreibt uns u. a.:

„Sie senden mir schon viele Monate Ihr Blatt. Dafür danke ich Ihnen sehr herzlich. Seien Sie überzeugt, daß ich Ihre Interessen schon jahrlang unterstütze. Ihre Feinde sind auch meine Feinde. Es ist sehr bedauerlich, daß viele meiner Kollegen

als protestantische Geistliche aus der Bibel heraus Angriffe gegen das Judentum richten. Ein wissenschaftlich unerhörtes Verfahren! Ein Beweis für das geringe Maß christlicher Gesinnung . . . . .“

Innerjüdisches.

Palästina-Bericht Dr. Wieners.

In der letzten Zeit mehren sich wieder Anfragen unserer Freunde aus dem Reiche, aber auch Gerüchte, die aus einer bestimmten Quelle stammen, daß mein im „Vorbericht“ angekündigtes **Palästina-Buch gegen meinen Willen nicht erschienen sei,** oder daß mein Material die Oeffentlichkeit zu scheuen habe. Von zionistischer oder Zionisten nahestehender Seite ist mir schon wiederholt mitgeteilt worden, die Leitung des C. V. habe ein Erscheinen des Buches verhindert, weil meine Ergebnisse die bisher bestehende Stellungnahme des C. V. gegen den Karen Hajessod nicht rechtfertigen können.

Ich habe dazu das Folgende zu erklären, was teilweise in der C. V.-Zeitung erwähnt worden ist.

1. **Es ist eine grobe Unwahrheit, wenn behauptet wird, die Leitung des C. V. habe das Erscheinen meines Buches aus den oben erwähnten Gründen verhindert.** Das ist niemals der Fall gewesen. Im Gegenteil haben Herr Justizrat Brodnitz und Herr Direktor Dr. Holländer mich wiederholt aufgefordert, das Buch möglichst bald herauszugeben.
2. **Es ist eine grobe Unwahrheit,** wenn in nationaljüdischen Kreisen behauptet wird, die **Ergebnisse meines Berichtes seien so, daß der C. V. die Veröffentlichung zu fürchten habe.** Wer meinen Vorbericht kennt, weiß, daß diese Behauptung nicht im allergeringsten zutrifft.
3. Mein Buch ist deshalb bisher nicht erschienen, weil es kein etwas umredigierter Vorbericht sein sollte. Das Buch sollte planmäßig die Quellen und Grundlagen der gesamten jüdischen Arbeit in Palästina, also auch der nichtzionistischen klarlegen, sollte daher kein gewöhnliches Reisebuch und keine Propagandaschrift, die es beide zu hunderten gibt, sein. Eine solche Veröffentlichung existiert nicht; sie ist aber zur Beurteilung Palästinas unbedingt notwendig. Diese Arbeit würde aber erfordert haben, daß der C. V. mich mindestens zwei Monate nur dieser Arbeit hätte widmen lassen. Das konnte aus Gründen der Geschäftsverteilung der Zentrale nicht geschehen, zumal ich zwei Monate nicht fehlen kann.
4. Im Einvernehmen mit Prof. Goldstein ist beabsichtigt, daß ich für die nächsten Nummern des „Morgen“ Aufsätze über Palästina schreibe. Auch eine ein wenig umredigierte Herausgabe des „Vorberichtes“ kommt — notgedrungen — in Frage.

Dr. Alfred Wiener.

Synagogen-Besichtigungen.

In ähnlicher Weise, wie in letzter Zeit vielfach Führungen von Schülern höherer Lehranstalten durch Synagogen stattfanden, hat Herr Rabbiner Dr. Klein-Düsseldorf, Führungen von Erwerbslosen durch die Synagoge in Düsseldorf veranstaltet. Auch diese Führungen haben sich ebenso wie die Schülerführungen als Mittel zur Aufklärung bewährt.

Bankett zu Ehren von Weizmann und Marshall.

Der Ita, Jahrgang VI Nr. 81 entnehmen wir folgende Berichte, die wir unseren Mitarbeitern hierdurch zur Kenntnis geben:

NewYork, 25. März (J. T. A.) Mehr als 800 prominente Juden New Yorks, Zionisten und Nichtzionisten, wohnten dem Diner bei, welches ein aus Zionisten und Nichtzionisten sich zusammensetzendes Ehrenkomitee den Herren Dr. Weizmann und Louis Marshall gegeben hat.

Richter Lehmann, der die Veranstaltung leitete, hielt an die beiden Ehrengäste eine Ansprache, in der er ausführte:

Als wahre und treue Führer habet Ihr Eure Anhänger aufgefordert, die Ansichten, über die man nicht übereinstimmt, der Zeit zu überlassen und sich sofort über das zu einigen, was jetzt not tut. Diese Versammlung ist die Antwort auf Euern Ruf.

Als sich nun Dr. Weizmann zu einer Ansprache erhob, wurde ihm eine langandauernde Ovation bereitet und ein großer Teil der Anwesenden stimmte die Hymne „Hatikwah“ an. Ich halte es für meine Pflicht, zu betonen, sagte Dr. Weizmann, daß die Kommission, die im Begriff ist, sich nach Palästina und dem Orient zu begeben, um dort Prüfungen und Erwägungen anzustellen, nicht darüber zu entscheiden haben wird, ob Palästina aufgebaut werden soll oder nicht. Eine solche Entscheidung ist schon vor tausenden von Jahren getroffen worden. Die Kommission wird nur darüber zu befinden haben, welches die besten Wege und Mittel zum Aufbau sind. Es ist nicht möglich, die Ergebnisse einer solchen Prüfung vorwegzunehmen; aber es ist mir vollkommen klar, daß ein Teil der bisherigen Methoden abgeändert, modifiziert, ein anderer Teil kritisiert, ein weiterer Teil schließlich gebilligt werden wird. Im Namen aller überzeugungstreuen Zionisten kann ich versichern, daß uns eine faire unparteiische und vorurteilsfreie Prüfung sehr genehm ist, da wir sehr wohl wissen, daß das Resultat einer solchen Prüfung eine Förderung und Intensivierung unserer Bemühungen sein wird. Ich wage es, heute auszusprechen, daß die Besten in Israel, ob sie sich nun Zionisten nennen oder nicht, es deutlich empfinden, daß nun die Zeit gekommen ist, da kein einziger Jude es unterlassen dürfe, einen Stein zu dem Aufbau von Jeruschalajim schel mattah beizutragen, um auf diese Weise eine Verwirklichung von Jeruschalajim schel maalah herbeizuführen zu helfen.

Zu Marshall gewendet, sagte Weizmann: Ich wende mich an Sie, Herr Marshall, der Sie als ein Führer der amerikanischen Judenheit den Weg zur Realisierung dieser fundamentalen Bestrebungen gewiesen haben. In diesem Jahre sind Sie 70 Jahre alt geworden, und Sie haben an Leistungen für das jüdische Volk einen Rekord gestellt. Sie haben nun diesem Rekord eine Tat beigefügt, die ewig fortwirken wird. Palästina macht jetzt eine schwere Zeit durch. Die Schwierigkeiten liegen aber nicht in Palästina selbst, sondern in erster Linie in der ungeheuer kritischen Lage der Juden in Osteuropa. Der Druck an die Tore Palästinas ging über die Aufnahmemöglichkeiten des Landes hinaus. Wir müssen dieser zeitweiligen Schwierigkeiten Herr werden. Ich hoffe, daß Zionisten und Nichtzionisten uns ihre Kräfte hierzu leihen werden, damit der Weg gebahnt wird für weitere Prüfung und weitere Bemühung.

Herr Louis Marshall, von langanhaltendem Applaus begrüßt, führte aus: Jch sehe keinen hier, der es wagte, sich einen Antizionisten zu nennen. Wir haben alle Etiketten vor unseren Namen abgetan und sind als Juden zusammengekommen. Wir sind durch verschiedene Etappen gegangen. Als zuerst die Idee einer jüdischen Kolonisation in Palästina auflebte, da war es notwendig, Propaganda zu treiben, um das Interesse der Juden zu wecken.

Wir sind dann aus dieser Periode heraus und in die Periode des Experiments eingetreten, die in der Anlegung von Siedlungen, in der Heranbringung von Kolonisten und solchen, die Palästina zu ihrer Heimat machten, bestand. Wir sind nun auch über diese Etappe hinaus und in die weitere Etappe des praktischen Aufbaus eingetreten. Wir sind jetzt in einer sehr wichtigen Periode der Geschichte Palästinas und der Geschichte der Juden überhaupt.

Ich bin nicht Zionist, bin nie einer gewesen, fuhr Marshall fort. Einige Leute würden denken, dies sei ein Scherz, aber ich wiederhole es, wie ich es immer gefühlt habe: ich bin etwas Besseres als Zionist oder Nichtzionist — ich bin Jude. Unsere Vorfahren standen alle auf dieser selben Plattform. Es ist nun die Zeit gekommen, da wir über alles andere hinweg an die Tatsache denken müssen, daß das Problem Palästina ein jüdisches Problem ist. Es gab in der Vergangenheit Differenzen, es wird auch in der Zukunft Differenzen geben. Das Leben wäre sehr uninteressant, wenn wir alle nur die gleichen Ansichten hätten. Meinungsverschiedenheiten sollte es stets geben, aus verschiedenen Meinungen kristallisiert sich schließlich die Wahrheit heraus. Die Differenzen der Vergangenheit sind nun schon überwunden, die Wahrheit hat sich herauskristallisiert. Blicken wir nicht zurück, blicken wir vorwärts.

Seitdem die Balfourdeklaration veröffentlicht worden ist, die auch an das American Jewish Committee direkt gerichtet war, steht die amerikanische Judenheit auf der Plattform der Mitarbeit an dem Aufbau Palästinas. Als vor mehr als zwei Jahren Dr. Weizmann, der ein Idealist und Humanist ist, dabei über Diplomatie und feinen Takt verfügt, zu uns kam und uns fragte „Seid Ihr als Nichtzionisten bereit, mit den Zionisten zusammenzuarbeiten, indem ihr in die auf unparteiischer Basis begründete Jewish Agency eintretet?“, da sagten wir aufrichtig „Ja“. Wir wollten in die Agency eintreten. Unnötig, auf die Gründe einzugehen, die die endgültige Aktion hinausschoben. Es mag die Feststellung genügen, daß niemand auch nur einen Augenblick lang daran gedacht hat, die Idee an sich aufzugeben. Heute sind wir an dem Punkt angelangt, da unsere Pläne unmittelbar vor der Vollendung stehen, wir werden in ein paar Tagen in der Lage sein, genau mitzuteilen, was getan werden muß und wer es tun muß.

Es gibt einige, die ungeduldig werden, wenn man im Hinblick auf Palästina von praktischen Erwägungen ausgeht. Ich würde es aber als einen Fehler betrachten, wenn wir fortfahren würden, in der Luft zu schweben. Für uns ist Palästina etwas Lebendiges, kein bloßer Traum. Wir sind duch die Träume hindurchgedrungen. Man kann von Träumen nicht leben, Palästina aber braucht jetzt Brot.

Diejenigen, die mit der Zionistischen Organisation auf der Basis der Jewish Agency zusammenarbeiten wollen, verfolgen keinerlei Privatinteressen. Sie wollen nur ihre Pflicht als Juden erfüllen. Eine besondere Mahnung an diese Juden erübrigt sich, sie wissen, daß die große Sache materielle und moralische Mittel erfordert. Was uns not tut, ist nicht Streit, sondern Frieden und Einigkeit.

Der Belzer Rebbe über den Zionismus.

Das „Argentinische Wochenblatt“ in Buenos Aires veröffentlicht in der Nummer vom 12. Februar ein Interview, das sein Mitarbeiter Ludwig Klingenberger mit dem verstorbenen Belzer Rabbi Socher Beer Rokach im August 1924 in Marienbad hatte. Aus dieser Unterredung, die unter anderen für die Einstellung der Mehrheit der Chassidim zum Zionismus interessant ist, geben wir folgende Stelle wieder:

„Nach den üblichen Begrüßungsworten, bat ich den Rabbiner, mir seine Ansicht über den Zionismus zu sagen, die mich aus dem Munde eines streng orthodoxen Judenpriesters interessiert. Der Rabbi begann mit Zitaten aus gelehrten Schriften, die mir seine „Getreuen“ verdeutschten, um zu beweisen, es sei Gottes Wille niemals gewesen, daß die Juden eine Nation, ein Volk bilden. Die Juden seien von Gott zur Verteidigung ihres Glaubens, ihrer Religion in die ganze Welt verstreut. Für ihren Glauben hätten sie gestritten und gelitten und stark ausgehalten. Nationen, Völker sind zugrunde gegangen. Die Juden aber werden nach dem Willen Gottes als Kämpfer ihrer Religion immer bestehen. Und ein krasses Beispiel gegen die Zionisten: Theodor Herzls Sohn hat sich taufen lassen. Max Nordau hat eine Christin geheiratet. Seine ganze Familie ist vom Judentum abgekehrt. Da muß doch die Idee von der Nation der Juden in sich selbst zusammenfallen, wenn die Familien und die Kinder der Führer der Bewegung ihr „Volk“ verlassen. Krieg und andere Ursachen haben Völker von dem Erdboden verschwinden lassen. Gott wird die Juden als Hüter seiner Lehre ewig beschützen.“

Organisation.

Vorbildliche Arbeit in Ortsgruppen u. Landesverbänden.

Im Gegensatz zu vielen anderen — auch größeren — Ortsgruppen, die sich in Stillschweigen hüllen, hat die Ortsgruppe Vogtland (Plauen und Umgebung) wiederum einen ausführlichen Jahresbericht eingesandt, der die unter Leitung unseres überaus rührigen Hauptvorstandsmitgliedes, Herrn Rechtsanwalt Dr. Goldberg, Plauen, geleistete Arbeit zeigt.

Die Ortsgruppe, der von jeder jüdischen Familie mindestens eine Person als Mitglied angehört, hat es verstanden, durch unaufhörliche Aufklärung und energische Gegenmaßnahmen, die im Vogtland besonders bedrohliche völkische Bewegung — etwa 10 Prozent der Gemeindemitglieder sind persönlich in Mitleidenschaft gezogen worden — einzudämmen und vor allen Dingen die Fabrikanten, die mit den Nationalsozialisten liebäugeln, zu einer öffentlichen Erklärung gegen den völkischen Terror zu veranlassen. Auch eine ungewöhnlich große Anzahl von Strafprozessen gegen nationalsozialistische Unruhestifter zeugt von der erfolgreichen Abwehrarbeit.

Bei der Erledigung innerjüdischer Aufgaben hat die Ortsgruppe besonderen Wert auf die Fühlungnahme mit der deutsch-jüdischen Jugendbewegung und deren Unterstützung gelegt.

*

Die Ortsgruppe Frankfurt a. Main hat eine intensive Werbetätigkeit aufgenommen. Sie bearbeitet den Stadtbezirk zunächst durch Werbeversammlungen in einzelnen Bezirken. Ueber ihr Verfahren berichtet sie Folgendes:

„Zu der Bezirksversammlung Bockenheim wurden Einladungen an zirka 200 Adressen verschickt. Das Material war aus Gemeindekartothek, Gemeindeblatt, Logenadreßbüchern, und mit Hilfe eines Bockenheimer Vertrauensmannes zusammengestellt.

Anwesend waren etwa 70 Personen, davon ca. 50 bereits Mitglieder. Es meldeten sich an Ort und Stelle 11 neue Mitglieder an, zwei schieden als Zionisten und zwei als mittellos aus der Werbung aus, die drei restlichen wird der Vertrauensmann nochmals bearbeiten.

Den zu der Versammlung nicht erschienenen Eingeladenen ging am nächsten Tage die Jubiläumsnummer der C. V.-Zeitung mit einem allgemeinen

Rundschreiben zu. Sie werden nun sämtlich besucht und es meldeten sich bei diesen Besuchen noch vier weitere Mitglieder bis jetzt an. (Es erfolgten erst wenige Besuche.)

Ganz abgesehen davon, daß die Versammlung finanziell gut rentierte, (die Saal-, Druck- und Portokosten betrugen Mk. 40,—) hat sie bei den noch zu besuchenden Nichtmitgliedern guten Eindruck gemacht und wurde viel besprochen. Durch die intensiven Besuche gelingt es leicht, dem C. V. einen moralischen Erfolg zu verschaffen. Wir beabsichtigen, derartige Bezirksversammlungen nach der Reihe in ganz Frankfurt vorzunehmen."

*

Die Ortsgruppe Chemnitz sandte uns im Anschluß an ihre letzte Generalversammlung vom 29. März, die unter dem Vorsitz von Herrn Rechtsanwalt Hartmann stattfand, und in der als Vertreter der Hauptgeschäftsstelle Herr Syndikus Dr. Alfred Wiener ein Referat über „Geistige Strömungen in Deutschtum und Judentum" hielt, einen interessanten und ausführlichen Geschäftsbericht. Die Ortsgruppe hat zur Erleichterung der Arbeit 4 Hauptausschüsse eingesetzt:

1. für politische Angelegenheiten,
2. für Aufklärung unter Andersgläubigen,
3. zur Aufklärung in den eigenen Reihen,
4. für die Rechtsschutztätigkeit.

Außerdem bestehen Kommissionen für: Zeitungsüberwachung, Drucksachen, Verkehr mit den Zeitungen, Werbewesen, Flugblätter, Finanzen und Bearbeitung von Inseraten in der C. V.-Zeitung. Sämtliche Ausschüsse sind im Wirtschaftsjahre außerordentlich tätig gewesen und in 7 großen Sitzungen und in einer Anzahl von Ausschuß-Sitzungen haben die Angehörigen aller Ausschüsse in ständiger Fühlungnahme miteinander gehandelt. In drei großen Mitgliederversammlungen sind die Mitglieder der Ortsgruppe über die Arbeit des C. V. im allgemeinen und die Tätigkeit des Landesverbandes sowie der Ortsgruppen im besonderen fortlaufend unterrichtet worden. Innerjüdische Fragen wurden mit lebhaftem Interesse diskutiert. Die Kassenverhältnisse sind in guter Ordnung. Die vorbildliche Arbeitsweise der Ortsgruppe wird andern Ortsgruppen dringend zur Nachahmung empfohlen.

*

Der Landesverband Norddeutschland versendet unter Beifügung einer Postkarte, auf die ein Beitrittserklärungsformular aufgedruckt ist, eine Werbedrucksache, deren vollständigen Text wir als Beispiel für andere Ortsgruppen folgen lassen.

Achtung!
Ihre allerpersönlichste Angelegenheit!
Das Mittelalter geht wieder um!
„Ritualmord!"

ist die neue Kampfeslosung der gewissenlosen Völkischen. Was vor Jahrhunderten die Anschuldigungen „Brunnenvergiftung" und „Hostienschändung" angerichtet haben, soll heute einmal wieder dieses Märchen schaffen — die Aufpeitschung von Massen. — **Solche Bilder** können heute noch veröffentlicht werden: **Menschen mit typisch jüdischen Aussehen in Feiertagskleidung schlachten einen Knaben!** Zusätze wie: „Denkt an Konitz 1900" sollen den Anschein einer echten Bilddarstellung erwecken und eine Empörung der Volksstimmung, wie vor 27 Jahren herbeiführen. Solche Bilder können verbreitet, öffentlich ausgestellt und angeschlagen werden! Selbst bei uns in Hamburg ist das geschehen.

Ja, auch Sie gehören zu denen, die mit den Bildern gemeint sind. Auch von Ihnen wird öffentlich behauptet, **Sie gehören zu einer Gemeinschaft, die zu religiösem Zwecke Menschen schlachtet!**

Kann ein Mensch, der Ehre im Leibe hat, das hinnehmen? Nein!
Kann ein Besonnener sehenden Auges Zustände reifen lassen, die ihn gefährden? Nein!
Wollen Sie — ein vollberechtigter Bürger — Schändlichkeiten dulden, wie sie nur dem rechtlosen Juden vor Jahrhunderten geboten werden konnten? Nein!

Was tun?

Gegen die Verhetzung im Großen alle Mittel des politischen Großkampfes einsetzen,
für Verbreitung und Sieg der Wahrheit,
für Zusammenschluß aller anständig und gerecht denkenden Deutschen,
zur Vernichtung des Lügengeistes,
für Durchführung unserer Anerkennung im Staate, im Rechtsleben und im Alltag von Mensch zu Mensch!

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, ja jeder Berufstätige hat längst erkannt, daß er im politischen Kampf als Einzelner nichts vermag und hat sich daher im Zusammenschluß seine Interessenvertretung geschaffen. Wollen Sie weniger Einsicht in Anspruch nehmen? Die deutsche Judenheit hat sich ihre Vertretung zur Wahrung ihrer Belange in dem Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens geschaffen. Aber noch immer gibt es Einzelne, die ihm nicht angeschlossen sind, oder die ihm nicht genügend Verständnis und Hilfe entgegenbringen!

Die schmachvollen mittelalterlichen Blutmärchen dürfen nicht geduldet werden! Je stärker der Wille und die Kraft der Betroffenen dem entgegenwirkt, desto schneller wird die politische Atmosphäre gereinigt sein. **Darum:** Kommen Sie zu uns, wenn Sie bisher noch nicht zu uns gehörten. Verdoppeln Sie Ihre Hilfe, wenn Sie bereits bei uns sind. Verbreiten Sie diesen Ruf:

„Jeder ehrliebende und sich selbst achtende deutsche Jude gehört in den C. V.!

Central-Verein deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens
Landesverband Norddeutschland
Ortsgruppe Hamburg-Altona

Bitte, benutzen Sie anliegende Karte!

*

Der norddeutsche Landesverband hat ferner auf seiner letzten Tagung folgendes Mindestprogramm für seine Ortsgruppen aufgestellt, das wir unseren übrigen Landesverbänden hierdurch bekannt geben:

I. Nach Innen.

a) Werbung jedes erwachsenen Juden.
b) Veranstaltung von Vorträgen und Bildung von Arbeitszirkeln.
c) Regelmäßige Einziehung der Mitgliedsbeiträge, Veranstaltung von Versammlungen vertraulichen Charakters zwecks Heranziehung wirtschaftlich gutgestellter Mitglieder zu erhöhten Beiträgen und von einmaligen größeren Sammlungen zum geeigneten Zeitpunkt.

II. Nach Außen.

a) Fühlungnahme mit den maßgebenden Persönlichkeiten am Orte, der Presse, den Parteien und Organisationen.
b) Ueberwachung der Presse und Lanzierung von geeigneten Artikeln in die Zeitungen.
c) Belieferung der genannten Stellen mit der „Monatsausgabe" der „C. V.-Zeitung" und Versand des „Morgen" und der Broschüren des Philo-Verlages an Intellektuelle.
d) Veranstaltung von Notabeln-Versammlungen.

Briefaufdruck.

Der Norddeutsche Landesverband hat einen Stempel anfertigen lassen, der auf der Rückseite sämtlicher Quittungen und Briefe angebracht wird. Der Wortlaut ist folgender:

Beobachtungen wichtiger Vorkommnisse, die unsere Vereinstätigkeit angehen, wolle man sofort der Centrale melden. Graskeller 3, III. Fernspr. Roland 2541.

Vortragsliste

7. 11. 26. Grünberg.
Rechtsanw. Foerder-Breslau: „Geschichte, Sprache, Kultur der Ostjuden".

21. 11. 26. Striegau.
Rabb. Dr. Nellhaus-Hirschberg: „Die soziale Frage im Lichte jüd. Lebensanschauung".

21. 11. 26. Trebnitz.
Rechtsanw. Foerder-Breslau: „Falsche Anschuldigungen".

22. 11. 26. Danzig.
Dr. Wiener-Berlin: „Breslau und Magdeburg, zwei Lehren für das deutsche Judentum." Frau Dr. Gertr. Klausner-Berlin M.D.L.: „Der Fall Haas im Landtag".

22. 11. 26. Landeshut.
Rabb. Dr. Sänger-Breslau: „Die deutschen Kleingemeinden einst und jetzt".

23. 11. 26. Hannover. (Frauengruppe.)
Frau P. Ollendorf-Breslau: „Erziehung zur Ehe".

29. 11. 26. Kiel.
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Das unsichtbare Hakenkreuz".

30. 11. 26. Harburg.
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Das uusichtbare Hakenkreuz".

28. 11. 26. Glatz.
Rechtsanwalt Foerder-Breslau: „Die Stellung des deutschen Juden zu Staat und Umgebung".

28. 11. 26. Gumbinnen.
Frau Dr. Wolfheim-Königsberg: „Warum sind und bleiben wir Deutsche?"

1. 12. 26. Rostock.
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Das unsichtbare Hakenkreuz".

2. 12. 26. Hamburg.
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Das unsichtbare Hakenkreuz".

16. 12. 26. Landeshut.
Landger. Rat. Dr. Schwenk-Görlitz: „Die Juden u. das deutsche Wirtschaftsleben".

3. 1. 27. Hoerde.
Vortrag Waldstein-Essen.

4. 1. 27. Essen.
Hauptversammlung, Referate Dr. Herzfeld, Waldstein, Dr. Krombach.

6. 1. 27. Hamborn.
Vortrag Rabbiner Dr. Neuhaus-Mülheim.

6. 1. 27. Nürnberg.
Dr. Freund-München: „Die Lage in Bayern". Dr. Berlin-Nürnberg: „Vorgehen gegen den „Stürmer". Frl. Dr. Meyer-Nürnberg: „Die Lage in Nürnberg".

8. 1. 27. Spandau.
Chefredakteur Otto Nuschke-Berlin, M. d. L.: „1927 — Wirtschaftliche und politische Streiflichter".

9. 1. 27. Hirschberg.
Bezirksversammlung.

9. 1. 27. Nördlingen.
OLGR. Dr. Neumeyer-München: „Die Entwickelung des Gemeinschaftsgedankens i. d. Isr. Religionsges. i. d. Zeit v. 1813—1926".

12. 1. 27. Königsberg.
Fr. Dr. Klausner, M. d. L.-Berlin: „Die Rechtsnot der deutschen Juden".

12. 1. 27. Duisburg.
Vortrag Rabbiner Dr. Neuhaus — Mülheim.

13. 1. 27. Halle.
Dr. Wiener-Berlin: „Die Weltanschauung des ernsten Völkischen".

13. 1. 27. Osterode.
Sabatzky-Königsberg: „Rechtsnot in Ostpreußen". Fr. Dr. Klausner, M. d- L.-Berlin: „Rechtsnot im Reich".

15. 1. 27. Köln.
Jugendversammlung. Referendar J. Ettlinger-Hamburg: „Wesen und Aufgaben deutsch-jüdischer Jugend".

15. 1. 27. Allenstein.
Fr. Dr. Klausner, M. d. L., Berlin: „C. V.-Probleme von heute und morgen".

16. 1. 27. Siegburg.
Rabb. Dr. Kahlberg-Halle: „Der Kampf um unsere Gleichberechtigung".

16. 1. 27. Altenkirchen.
Dr. Weis-Andernach: „Unser Abwehrkampf, eine moraliche Tat".

16. 1. 27. Rastenburg.
Fr. Dr. Klausner, M. d. L., Berlin: „Unsere Rechtsnot".

16. 1. 27. Mayen.
Rabb. Dr. Neuhaus-Mühlheim a. d. Ruhr: „Die Grundlagen unseres Kampfes".

16. 1. 27. Lünen.
Vortrag Waldstein-Essen.

17. 1. 27. Andernach.
Dr. S. Braun-Köln: „Sorgen und Nöte der deutschen Juden".

17. 1. 27. Gumbinnen.
Fr. Dr. Klausner M. d. L., Berlin: „Unsere Rechtsnot".

17. 1. 27. Wittlich.
Rabb. Dr. Kahlberg-Halle: „Der Kampf um unsere Gleichberechtigung".

17. 1. 27. Düsseldorf.
Vortrag Justizrat Dr. Cohn — Dessau.

17. 1. 27. Berlin-Nordwesten (Frauengruppe).
Frau Dormitzer-Nürnberg: „Erlebnisse auf C.-V.-Fahrten".

18. 1. 27. Erlangen.
Oeffentl. Versammlung. Pastor Windfuhr-Hamburg: „Der Talmud, seine Entstehung und sein Wesen".

18. 1. 27. Berlin-Osten (Frauengruppe).
Frau Dormitzer-Nürnberg: „Die deutsche Jüdin im deutschen Volksleben".

18. 1. 27. Fürth.
Pastor Windfuhr-Hamburg: „Gibt es ein jüdisches Geheimgesetz?".

18. 1. 27. Berlin-Süd, Südwest, Südost (Frauengr.).
Frau Regina Friedmann: „Anti-Anti".

18. 1. 27. Essen.
Justizrat Dr. Cohn-Dessau: „Die Sorgen des deutschen Judentums".

18. 1. 27. Aachen.
Rabbiner Dr. Goldmann-Leipzig: „Vom Wesen des Antisemitismus".

18. 1. 27. Kleve.
Vortrag Frau Jeanette Wolff-Bocholt.

19. 1. 27. Nürnberg.
Oeffentl. Versammlung. Pastor Windfuhr-Hamburg: „Der Talmnd, seine Entstehung und sein Wesen".

19. 1. 27. Geldern.
Vortrag Frau Jeanette Wolff-Bocholt.

19. 1. 27. Viersen und Duelken.
Dr. Alfred Veis-Andernach: „Angriff und Abwehr".

19. 1. 27. Dueren.
Rabbiner Dr. Goldmann-Leipzig: „Die Juden und der Staat".

19. 1. 27. Elberfeld.
Justizrat Dr. Cohn-Dessau: „Die Sorgen des deutsch. Judentums".

19. 1. 27. Nürnberg.
Pastor Windfahr-Hamburg: „Gibt es ein jüdisches Geheimgesetz?".

20. 1. 27. Erlangen.
Pastor Windfuhr-Hamburg: „Gibt es ein jüdisches Geheimgesetz?".

20. 1. 27. Waldenburg.
Rabb. Dr. Sänger-Breslau: „Mose, Christus, Mohammed, ihre Stellung zu Krieg und Frieden".

20. 1. 27. Rastatt.
Vorträge Dr. Freund-München, Dr. Weil-Karlsruhe.

20. 1. 27. Köln.
Kundgebung „Für Heimat und Recht". Dr. Goldmann-Leipzig: „Deutschtum und Judentum"; Dr. Holländer: „Die C. V.-Arbeit als Gegenwartsarbeit".

20. 1. 27. Bonn.
J.-R. Dr. Cohn-Dessau: „Unser ewiger Kampf".

20. 1. 27. Euskirchen.
Vortrag Frau Jeanette Wolff-Bocholt.

20. 1. 27. Moers.
Dr. N. Einstein-Berlin: „Die wirtschaftlichen Lehren der letzten Jahre und das deutsche Judentum".

22. 1. 27. Neuwied.
Dr. Holländer: „Sorgen und Nöte der deutschen Juden".

22. 1. 27. Neuß.
Dr. N. Einstein-Berlin: „Die Leistungen der Juden für den wirtschaftlichen Wiederaufbau".

22. 1. 27. Solingen.
Vortrag Frau Jeanette Wolff-Bocholt.

22. 1. 27. Oberstein.
Dr. M. Marx-Frankfurt: „Neue Formen des Judenhasses".

22. 1. 27. Villingen.
Vorträge Dr. Freund-München, Dr. Weil-Karlsruhe.

23. 1. 27. Kreuznach.
Dr. M. Marx-Frankfurt: „Neue Formen des Judenhasses".

23. 1. 27. Randegg.
Vorträge Dr. Freund-München, Dr. Weil-Karlsruhe.

23. 1. 27. Gailingen.
Vorträge Dr. Freund-München, Dr. Weil-Karlsruhe.

24. 1. 27. Berlin-Osten.
Artur Schweriner: „München- Nürnberg- Köln- Saarbrücken".

24. 1. 27. Hannover.
R.-A. Dr. Bruno Weil-Berlin: „Die jüdische Internationale".

24. 1. 27. Frankfurt a. M.
Dr. Cohn-Dessau: „Staat, Gesellschaft und Judentum".
Dr. L. Haas-Karlsruhe: „Deutschtum und Judentum".

25\. 1. 27. **Lörrach.**
Vorträge Dr. Freund-München, Dr. Weil-Karlsruhe.

25\. 1. 27. **Oppeln.**
Rabbiner Dr. Braunschweiger-Oppeln: „Gegenwartsfragen und -Aufgaben."

26\. 1. 27.
Pfarrer Lic. Dr. Hartmann-Solingen: „Jüdischer und deutscher Geist".

26\. 1. 27. **Grottkau.**
Dr. Jakobowitz-Beuthen: „Unser Weg".

26\. 1. 27. **Berlin-Nordosten.**
Vorträge Wilhelm Sollmann-Köln, Ernst Lemmer-Berlin.

26\. 1. 27. **Stettin.**
Dr. Alfred Wiener: „Die Weltanschauung des ernsten Völkischen".

26\. 1. 27. **Freiburg.**
Akademische Ortsgruppe. Dr. Weil-Karlsruhe: „Die Juden und die deutsche Wirtschaft". Dr. Freund-München: „Organisatorische Fragen".

26\. 1. 27. **Fürth.**
Oeffentl. Versammlung. Pastor Windfuhr-Hamburg: „Der Talmud, seine Entstehung und sein Wesen."

26\. 1. 27. **Mannheim.**
Dr. Holländer-Berlin: „Die Sorgen der heutigen deutschen Juden".

27\. 1. 27. **Danzig.**
J. R. Dr. Cohn-Dessau: „Staat, Gesellschaft und Judentum".

27\. 1. 27. **Neiße.**
Dr. Jakobowitz-Beuthen: „Unser Weg".

27\. 1. 27. **Freiburg.**
Vorträge Dr. Freund-München, Dr. Weil-Karlsruhe.

29\. 1. 27. **Breisach.**
Vorträge Dr. Freund-München, Dr. Weil-Karlsruhe.

29\. 1. 27. **Creglingen.**
Ministerialrat Dr. Hirsch-Stuttgart: „Vom Bestand des Judentums".

29\. 1. 27. **Anröchte.**
Vortrag Prediger Cohn-Warburg.

30\. 1. 27. **Wesel.**
Vortrag Waldstein-Essen.

30\. 1. 27. **Gumbinnen.**
Kantor Wasser-Gumbinnen: „Raschi".

30\. 1. 27. **Ihringen.**
Vorträge Dr. Freund-München, Dr. Weil-Karlsruhe.

31\. 1. 27. **Emmendingen.**
Vorträge Dr. Freund-München, Dr. Weil-Karlsruhe.

1\. 2. 27. **Berlin-Wilmersdorf.**
Dr. Alfred Wiener: „Im Lande der Bibel". (Lichbildervortrag).

2\. 2. 27. **Bruchsal.**
Vorträge Dr. Freund-München, Dr. Weil-Karlsruhe.

2\. 2. 27. **Worms.**
Prediger Vorsanger-Kassel: „Aus jüdischer Vergangenheit und Gegenwart".

2\. 2. 27. **Dresden.**
Vortrag Dr. Holländer.

3\. 2. 27. **Bingen.**
Prediger Vorsanger-Kassel: „Aus jüdischer Vergangenheit und Gegenwart".

5\. 2. 27. **Wetzlar.**
Prediger Vorsanger-Kassel: „Aus jüdischer Vergangenheit und Gegenwart".

5\. 2. 27. **Bretten.**
Vorträge Dr. Freund-München, Dr. Weil-Karlsruhe.

5\. 2. 27. **Gelsenkirchen.**
Geselligkeitsabend.

5\. 2. 27. **Rexingen.**
Ministerialrat Dr. Hirsch-Stuttgart: „Vom Bestand des Judentums"

6\. 2. 27. **Nassau.**
Prediger Vorsanger-Kassel: „Aus jüdischer Vergangenheit und Gegenwart".

6\. 2. 27. **Lübeck.**
Landesverbandstagung. Vortrag Dr. Holländer.

6\. 2. 27. **Naumburg.**
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Die Sorgen des deutschen Judentums".

6\. 2. 27. **Grebenstein.**
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Die Sorgen des deutschen Judentums".

7\. 2. 27. **Treysa.**
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Die Sorgen des deutschen Judentums".

7\. 2. 27. **Arolsen.**
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Die Sorgen des deutschen Judentums".

7\. 2. 27. **Groß-Gerau.**
Prediger Vorsanger-Kassel: „Aus jüdischer Vergangenheit und Gegenwart".

7\. 2. 27. **Offenburg.**
Vorträge Dr. Freund-München, Dr. Weil-Karlsruhe.

7\. 2. 27. **Peiskretscham.**
Dr. Jakobowitz-Beuthen: „Unser Weg".

8\. 2. 27. **Beuthen O.-S.**
Gemeindeversammlung, Aussprache über die Stadtverordnetenwahlen, Referent: Gewerkschaftssekretär Ernst Behrendt.

8\. 2. 27. **Sachsenhausen.**
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Die Sorgen des deutschen Judentums".

8\. 2. 27. **Höringhausen.**
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Die Sorgen des deutschen Judentums".

8\. 2. 27. **Mengeringhausen.**
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Die Sorgen des deutschen Judentums".

9\. 2. 27. **Groß-Berlin.**
Frauenschulungskursus. Gertrud Lichtenberg, Margarete Fried „Frauenarbeit im C.-V."

10\. 2. 27. **Wiesbaden.**
Prediger Vorsanger-Kassel: „Aus jüdischer Vergangenheit und Gegenwart".

10\. 2. 27. **Hindenburg O.-S.**
Dr. Jakobowitz-Beuthen: „Unser Weg".

10\. 2. 27. **Remscheid.**
Vortrag Waldstein-Essen.

12\. 2. 27. **Höxter.**
Vortrag Prediger Cohn-Warburg.

13\. 2. 27. **Nördlingen.**
Dr. Feldmann-Stuttgart: „Die sogenannten Krankheiten der Juden".

13\. 2. 27. **Striegau.**
Rechtsanwalt Foerder-Breslau: „Geschichte, Kultur, und Einwanderung".

13\. 2. 27. **Rastenburg.**
Lehrer Wolkowski-Königsberg: „Jüdische Ethik".

13\. 2. 27. **Lyck.**
Sabatzky-Königsberg: „Unsere Rechtsnot und unsere Wirtschaftsnot".

14\. 2. 27. **Mannheim.**
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Vertrauliche Mitteilungen über die Arbeit der Centrale". (Finanzaktion 27).

14\. 2. 27. **Groß-Berlin.**
Teeabend im Hause Rehfisch. Referat Schweriner: „Über die politische Lage".

14\. 2. 27. **Paderborn.**
Frau Leibholz-Berlin: „Mode, Gesellschaft und Antisemitismus".

15\. 2. 27. **Hamborn.**
Vortrag Rabbiner Dr. Jacob-Dortmund.

15\. 2. 27. **Oberhausen.**
Vortrag Waldstein-Essen.

16\. 2. 27. **Iserlohn.**
Frau Leibholz-Berlin: „Mode, Gesellschaft und Antisemitismus".

16\. 2. 27. **Berlin-Süd, Südwest, Südost.**
Frau Jeanette Wolff-Bocholt, Dr. Bruno Glaserfeld: „C.-V.-Arbeit in Groß-Berlin und im Reiche".

17\. 2. 27. **Berlin-Neukölln.**
Reichstagsabgeordneter Lemmer: „Die politische Lage".

17\. 2. 27. **Hamm.**
Vorträge Frau Leibholz-Berlin: „Die politische Lage der deutschen Juden"; Waldstein-Essen.

17\. 2. 27. **Mülheim.**
Vortrag Rechtsanwalt Dr. Krombach-Essen.

19\. 2. 27. **Essen.**
Geselligkeitsabend. Ansprache von Frau Leibholz-Berlin.

20\. 2. 27. **Cosel.**
Rabbiner Dr. Braunschweiger-Oppeln: „Die Notwendigkeit der C.V.-Arbeit".

20\. 2. 27. **Militsch.**
Dozent Dr. Lewkowitz-Breslau: „Die Bibel u. die Weltanschauung der Gegenwart".

20\. 2. 27. **Neusalz a. O.**
Rechtsanwalt Foerder-Breslau: „Die Stellung des deutschen Juden zu Staat und Umgebung".

20\. 2. 27. **Glogau.**
Rechtsanwalt Foerder-Breslau: „Die Stellung des deutschen Juden zu Staat und Umgebung".

20\. 2. 27. **Cosel O.-S.**
Rabbiner Dr. Braunschweiger-Oppeln: „Die Notwendigkeit der Centralvereinsarbeit".

21\. 2. 27. **Karlsruhe.**
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Vertrauliche Mitteilungen über die Arbeit der Centrale". (Finanzaktion 27).

21\. 2. 27. **Pforzheim.**
Vortrag Prof. Dr. Goldstein-Darmstadt.

21\. 2. 27. **Münster.**
Vorträge Frau Leibholz-Berlin, Waldstein-Essen.

22\. 2. 27. **Steele.**
Vorträge Frau Leibholz-Berlin, Katzenstein-Steele, Waldstein-Essen.

22\. 2. 27. **Berlin-Nord, Nordosten.**
Dr. Bruno Glaserfeld: „Die politische Lage".

23\. 2. 27. **Berlin-Alter Westen.**
Frau Jeanette Woff-Bocholt: „Vergangenheitswogen, Gegenwartsfragen".

23\. 2. 27. **Duisburg.**
Vortrag Pfarrer Lic. Dr. Hartmann-Solingen-Foche.

24\. 2. 27. **Liegnitz.**
Dr. Holländer: „Aus der neuesten Politik des C.V."

26\. 2. 27. **Niedermarsberg.**
Vortrag Lehrer Meyer-Lünen und Rezitationen von Frau Lehrer Meyer-Lünen.

27\. 2. 27. **Namslau.**
Frl. Betty Foerder-Breslau: „Die Bibel als Quelle deutscher Dichtung".

27\. 2. 27. **Gumbinnen.**
Lehrer Wolkowski-Königsberg: „Sozialer Geist im Judentum".

28\. 2. 27. **Berlin-Friedenau.**
Frau Margarete Fried: „Wie verteidige ich mein Judentum".

28. 2. 27. **Danzig.**
Rabbiner Dr. Baeck-Berlin: „Lebensideen des Judentums".

28. 2. 27. **Schivelbein.**
Dr. Gottschalk-Stettin: „Die Rechtsnot der deutschen Juden".

2. 3. 27. **Wittenberg, Bez. Halle.**
Alfred Hirschberg-Berlin: „Rechts- und Wirtschaftsnot der deutschen Juden".

3. 3. 27. **Kolberg.**
Vortrag Dr. Gottschalk-Stettin.

5. 3. 27. **Oels.**
Rechtsanwalt Foerder-Breslau: „Die Stellung der deutschen Juden zu Staat u. Umwelt".

5. 3. 27. **Eppingen.**
Vortrag Dr. Weil-Karlsruhe.

6. 3. 27. **Sinsheim.**
Vortrag Dr. Weil-Karlsruhe.

6. 3. 27. **Frankfurt a. M.**
Justizrat Dr. Brodnitz, Dr. Holländer: „Vertrauliche Mitteilungen über die Arbeit der Centrale". (Finanzaktion 27).

6. 3. 27. **Augsburg.**
Prof. Goldstein-Darmstadt: „Patriotismus und Antisemitismus".

6. 3. 27. **Belgard.**
Dr. Gottschalk-Stettin: „Die Rechts- und Wirtschaftsnot der deutschen Juden".

6. 3. 27. **Saarbrücken.**
Dr. Einstein-Berlin: „Stellung der Juden in der deutschen Wirtschaft".

7. 3. 27. **Offenbach a. M.**
Justizrat Dr. Brodnitz: „Gegenwartsfragen des deutschen Judentums".

7. 3. 27. **Pforzheim.**
Dr. Holländer: „Die Sorgen und Nöte des deutschen Judentums".

7. 3. 27. **Glatz.**
Reg. Rat. Dr. Steiger-Berlin: „Katholizismus und Judentum".

7. 3. 27. **Gunzenhausen.**
Frau Else Dormitzer-Nürnberg: „Erlebnisse auf C. V.-Fahrten".

8. 3. 27. **Halle a. d. Saale.**
Aufklärungs-Versammlung. Professor Goldstein-Darmstadt: „Das deutsche Geistesleben und die Juden".

8. 3. 27. **Darmstadt.**
Dr. Holländer: „Das deutsche Judentum". Dr. Norbert Einstein: „Judentum und Weltwirtschaft".

8. 3. 27. **Bernstadt.**
Rabbiner Dr. Sänger-Breslau: „Die Bedeutung der deutschen Kleingemeinden".

9. 3. 27. **Baden-Baden.**
Dr. Holländer: „Die Sorgen und Nöte des deutschen Judentums".

9. 3. 27. **Cöthen.**
Dr. Goldmann-Leipzig: „Die augenblickliche Lage der deutschen Judenheit".

9. 3. 27. **Regensburg.**
Prof. Goldstein-Darmstadt: „Patriotismus und Antisemitismus".

9. 3. 27. **Stuttgart.**
Frau Dr. Klausner-Berlin, M. d. L.: „Aus der Arbeit des Preuß. Landtags".

9. 3. 27. **Crefeld.**
Dr. Einstein-Berlin: „Die Sorgen der deutschen Wirtschaft und die Stellung der Juden".

9. 3. 27. **Hamburg.**
Prof. Goldstein-Darmstadt: „Die Geistigen und die Judenfrage".

10. 3. 27. **Halberstadt.**
M. A. Loeb-Berlin: „Von der Gegenwartsnot der deutschen Juden.

10. 3. 27. **Heilbronn.**
Frau Dr. Klausner-Berlin, M. d. L.: „Aus der Arbeit des Preuß. Landtags".

10. 3. 27. **Lauenburg.**
Dr. Gottschalk-Stettin: „Die Rechtsnot der deutschen Juden".

12. 3. 27. **Freiburg.**
Dr. Holländer: „Sorgen und Nöte der deutschen Juden".

12. 3. 27. **Schlawe.**
Vortrag Dr. Gottschalk-Stettin.

12. 3. 27. **Philippsburg.**
Vortrag Dr. Weil-Karlsruhe.

12. 3. 27. **Coesfeld.**
Vortrag Waldstein-Essen.

12. 3. 27. **Marienwerder.**
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Das unsichtbare Hakenkreuz"; Sabatzky-Königsberg: „Neue Wege in der C. V.-Arbeit".

12. 3. 27. **Kissingen.**
JR. Dr. Hesslein-Schweinfurt: „Weshalb u. wie wir kämpfen".

12. 3. 27. **Schweinfurt.**
Dr. Freund-München: „Jüdische Gegenwartsfragen".

13. 3. 27. **Ansbach.**
Dr. Freund-München: „Die Lage in Bayern und im Reich".

13. 3. 27. **Marienburg.**
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Die politische Lage und die Tätigkeit des C. V.".

13. 3. 27. **Hockenheim.**
Vortrag Dr. Weil-Karlsruhe.

13. 3. 27. **Fraustadt.**
Dozent Dr. Lewkowitz-Breslau: „Das Judentum in der modernen Kultur".

13. 3. 27. **Borken.**
Vortrag Waldstein-Essen.

13. 3. 27. **Bocholt.**
Vorträge Waldstein-Essen und Frau Jeanette Wolff-Bocholt.

14. 3. 27. **Elbing.**
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Das unsichtbare Hakenkreuz".

15. 3. 27. **Aschaffenburg.**
Dr. Freund-München: „Die geistige und politische Lage der Gegenwart und die Aufgaben der deutschen Juden".

16. 3. 27. **Insterburg.**
Dr. Marx — Frankfurt a. M., Sabatzky — Königsberg, Prof. Dr. Falkenheim—Königsberg: „Die politische Lage und die Tätigkeit des C. V."

19. 3. 27. **Allenstein.**
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Neue Formen des Judenhasses."

20. 3. 27. **Beuthen.**
M. A. Loeb-Berlin und Dr. A. Wiener: „Geistige Strömungen im Deutschtum und Judentum".
Dr. N. Einstein: „Deutsches Wirtschaftsleben und deutsches Judentum".

20. 3. 27. **Peiskretscham.**
R. A. Foerder-Breslau: „Deutschtum und Judentum".

21. 3. 27. **Hindenburg.**
Dr. A. Wiener: „Gegen äußere Feinde und innere Würdelosigkeit"
M. A. Loeb-Berlin: „Gegenwartsfragen des deutschen Judentums".

21. 3. 27. **Gr.-Strelitz.**
Dr. N. Einstein-Berlin: „Die Leistungen der deutschen Juden für den wirtschaftlichen Wiederaufbau".

21. 3. 27. **Königsberg.**
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Das unsichtbare Hakenkreuz".

22. 3. 27. **Osterode.**
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Vertrauliche Mitteilungen aus der Arbeit des C. V."

22. 3. 27. **Oppeln.**
Dr. N. Einstein: „Wer beherrscht die Wirtschaft in Deutschland?".

22. 3. 27. **Ratibor.**
Dr. A. Wiener: „Gegen äußere Feinde und innere Würdelosigkeit".

22. 3. 27. **Tost.**
Fritz Reich-Beuthen: „Die Juden als Rasse und Kulturvolk".

23. 3. 27. **Hof.**
Dr. Freund-München: „Leben wir in einem Ghetto?"

23. 3. 27. **Hindenburg.**
Dr. N. Einstein-Berlin: „Die volkswirtschaftliche Struktur Deutschlands und die Stellung der Juden in der deutschen Wirtschaft".

23. 3. 27. **Leobschütz.**
Rabb. Dr. Melchior-Beuthen: „Die Angriffe auf den Schulchan Aruch".

23. 3. 27. **Cosel.**
Dr. Theodor-Beuthen: „Aus Tharaudschen Judenromanen".

23. 3. 27. **Mikultschütz.**
Rosenthal-Beuthen: „Jüdische Erziehungsfragen".

23. 3. 27. **Duisburg.**
Vortrag Rabbiner Dr. Hahn-Essen.

24. 3. 27. **Hirschberg.**
Dr. Ludw. Cohn-Breslau: „Von Riesser bis Rathenau".

24. 3. 27. **Erlangen.**
Aufklärungsversammlung. Kaplan Roedel-München: „Christentum und Judentum".

24. 3. 27. **Ingolstadt.**
Oberstleutnant Müller-Ingolstadt: „Erlebtes und Erlauschtes bei den Ostjuden".

24. 3. 27. **Kreuzburg.**
Dr. Tarnowski-Breslau: „Die Rechtsnot der deutschen Juden".

24. 3. 27. **Neiße.**
Dr. F. Fränkel-Breslau: „Der geistige Kampf für unser deutsches Judentum".

24. 3. 27. **Neustadt O.-S.**
Dr. E. Fischer-Neiße: „Jud Süß, eine zeitgemäße Reminiszenz".

24. 3. 27. **Katscher.**
Lehrer Levi-Leobschütz: „Jüdische Internationale?".

27. 3. 27. **Bernstadt.**
Rabb. Dr. Sänger-Breslau: „Die Bedeutung der kleinen Gemeinden für das Judentum"

27. 3. 27. **Langendorf.**
Dr. H. Reichmann-Hindenburg: „Deutschtum und Judentum".

28. 3. 27. **Frankfurt a. M.**
Dr. Marx-Frankfurt a. M.: „Unsere politische Tätigkeit in und um Frankfurt".

29. 3. 27. **Chemnitz.**
Dr. A. Wiener: „Geistige Strömungen im Deutschtum und Judentum".

31. 3. 27. **Lippstadt.**
Vortrag Waldstein-Essen.

31. 3. 27. **Gardelegen.**
Marcus-Gardelegen: „Die Nationalsozialisten in der Altmark".

31. 3. 27. **Frankfurt a. Oder.**
Dr. Holländer: „Der jüdische Deutsche und seine Umwelt".

2. 4. 27. **Breslau.**
Dr. Holländer: „Vertrauliches aus der Arbeit des C. V."

5. 4. 27. **Essen.**
Jugendveranstaltung. Vortrag Dr. Ludwig Freund-München.

6\. 4. 27. **Königsberg.**
Julius Bab-Berlin: „Der Anteil der Juden an der deutschen Literatur". Versammlung vor geladenen christlichen Gästen.

7\. 4. 27. **Königsberg.**
Frauengruppe. Julius Bab-Berlin: „Shylock — Nathan — Judith".

7\. 4. 27. **Mülheim.**
Vortrag Dr. Freund-München.

9\. 4. 27. **Langendreer.**
Vortrag Dr. Kurt Heimann-Essen.

10\. 4. 27. **Guhrau.**
R. A. Foerder-Breslau: „Wichtiges aus dem gegenwärtigen Arbeitsgebiet des C. V."

11\. 4. 27. **Königsberg.**
Lehrer Echt-Danzig: „Die Lage der Juden in den abgetretenen deutschen Gebieten".

28\. 4. 27. **Köslin.**
Dr. A. Wiener: „Gegen äußere Feinde und innere Würdelosigkeit".

Hannover (Frauengruppe).
Von Donnerstag, den 2. 12. 1926 bis Ende März 1927 fanden jede Woche Vorträge in Form von Arbeitsgemeinschaften statt, in denen Frau Klara Fulder-Hildesheim über „Religion und Ethik" und Fräulein Dr. med. Elisabeth Müller-Hannover über „Pädagogik" sprachen. An der erstgenannten Arbeitsgemeinschaft nahmen etwa 35, an der zweiten 25 Damen regelmäßig teil.

Bibliothek.

Neuaufnahmen in die C. V.-Bibliothek im Januar 1927.

Arndt, Dietrich: Die Weltverschwörer. Ein Judenroman. Leipzig-Graz. 320 S. Leop. Stocker.

Berdjajew, Nikolaus: Das Neue Mittelalter. Betrachtungen über das Schicksal Rußlands und Europas. Darmstadt 1927. 135 S. Otto Reichl.

Boulachow, Dimitri: Le Bolchévisme et les juifs. Geneve 1926. 80 S. Secrétariat de la Ligue des femmes juives.

Brust, Alfred: Die verlorene Erde. Roman. Berlin 1926. 373 S. Horen-Verlag.

Dubnow, Simon: Weltgeschichte des jüdischen Volkes. Bd. V: Vom 13. bis zum 15. Jahrhundert. Berlin 1927. 526 S. Jüd. Verlag.

Frymann, Daniel: Das Kaiserbuch. 7. Auflage. Leipzig 1925. 222 S. Th. Weicher.

Gèrard, James: Memoiren des Botschafters Gèrard: Meine 4 Jahre in Deutschland. Lausanne 1919. 393 S. Payot & Co.

Grisar, Hartmann: Martin Luthers Leben und sein Werk. Freiburg i. Br. 1926. 560 S. Herder & Co.

Guttmann, Prof Dr. Jakob: Fest- und Sabbath-Predigten. Frankf. a. M. 323 S. I. Kauffmann.

Haiser, Franz: Im Anfang war der Streit. Nietzsches Zarathustra und die Weltanschauung des Altertums. München 1921. 173 S. I. F. Lehmann.

Martin, Hermann: Demokratie oder Diktatur? Berlin 1926. 296 S. Verlag für Politik und Wirtsch.

Herzberg, W.: Jüdische Familienpapiere. 4. unveränderte Auflage. Berlin. 317 S. S. I. Gnadenfeld & Co.

Kisch, Egon Erwin: Der Fall des Generalstabschefs Redl. Berlin 1924. 90 S. Verlag „Die Schmiede".

Kollenscher, Max: Jüdisches aus der deutsch-polnischen Uebergangszeit. Posen 1918—1920. Berlin 1925. 223 S. Ewer-Buchhandlung.

Kurz, Edelbert: Moderne Erziehungsziele und der moderne Katholizismus. München 1927. 85 Seiten. F. A. Pfeiffer.

Michel, Wilhelm: Verrat am Deutschtum. Eine Streitschrift zur Judenfrage. Hannover 1922. 47 S Paul Steegemann.

Preysing, Konrad, Graf: Gesellschaftssitten und Sittengesetz. München 1927. 45 S. F. A. Pfeiffer.

Rilke, Rainer Maria: Das Stundenbuch. Leipzig 1922. 107 S. Insel-Verlag.

Schopenhauer, Arthur: Einleitung in die Philosophie, nebst Abhandlungen zur Dialektik. Leipzig 200 S. Ph. Reclam.

Schroeder, L. von: Houston Stewart Chamberlein. Ein Abriß seines Lebens. München 1918. 114 S. I. F. Lehmann.

Roth, Alfred: Judas Herrschgewalt. Die Deutschvölkischen im Lichte der Behörden und des Staatsgerichtshofes. Eine Streitschrift. Hamburg 1923. 128 Seiten. A. Götting.

Stubmann, Peter Franz: Ballin, Leben und Werk eines deutschen Reeders. Berlin-Grunewald 1926. 307 S. H. Klemm.

Wallraf, Max: Aus einem rheinischen Leben. Hamburg-Berlin 1926. 194 S. Hanseatische Verlagsanstalt.

Wunderle, Georg: Zur Biologie des kirchlichen Lebens. München 1927. 67 S. F. A. Pfeiffer.

Wundt, Wilhelm: Eine Würdigung. Herausgegeben von Arthur Hoffmann. Erfurt 1924. Kurt Stenger.

Wundt, Wilhelm: Die Weltkatastrophe und die deutsche Philosophie. Erfurt 1920. 16 Seiten. Kurt Stenger.

Neuaufnahmen im Februar 1927.

Brunner, Constantin: Faustischer Geist und Untergang des Abendlandes. Sonderdruck herausgegeben von der Constantin-Brunner-Gemeinschaft. Berlin 1927. 11. S.

Döppler, C. B.: Jüdische Wirtschaftsdiktatur in Deutschland? Hamburg. 40 S. Deutschvölkische Verlagsanstalt.

Edon, Richard A.: Seine Hochwürden der Jude. Roman zweier Rassen. Berlin-Leipzig 1926. 183 S. M. Salzer.

Eicken, Dr. Heinr. von: Geschichte und System der mittelalterlichen Weltanschauung. VI. Auflage. Stuttgart-Berlin 1923. 839 S. J. G. Cotta'sche Buchhandlung.

Einstein, Norbert: Der Erfolg. Ein Beitrag zur Frage der Vergesellschaftung. Frankfurt a. M. 1919. 183 S. Rütten & Loening.

Erbt, Dr. Wilhelm: Jesus, der Heiland aus nordischem Blute und Mute. Der Heimweg von dem kirchl. zum wirkl. Heilande. Stuttgart 1926. 160 S. Alfr. Roth.

Feuchtwanger, Lion: Jud Süß. Roman. München 1925. 610 S. Dreimasken-Verlag.

Fischer, Max: Heinrich Heine. Der deutsche Jude. Stuttgart-Berlin. J. G. Cotta'sche Buchhandl.

Freytag-Loringhoven: Von Locarno nach Genf und Thoiry. Berlin 1926. 31 S. Brunnen-Verlag.

Fritsch, Theodor: Die Sünden der Großfinanz. Eine Abrechnung. Leipzig 1927. 128 S. Hammer-Verlag.

Hermann, Georg: Der doppelte Spiegel. Berlin 1926. 91 S. Alweiß.

Jaeger, Dr. Karl: Zeitungswissenschaft (Journalistik) Dünnhaupts Studien- und Berufsführer. Dessau 1926. 80 S. C. Dünnhaupt.

Kloppe-Halle, Stud.-Rat Fritz: Wesensfragen für die Zukunft des deutschen Volkes. Im Lichte der Werwolfbewegung. Halle a. S. 99 S. Werwolf-Verlag.

Kurowski, Gertrud: Heinz Dompnig. Der Landeshauptmann von Breslau. Breslau. 298 S. Hch. Handel.

Mahraun, Arthur: Der nationale Friede am Rhein. Berlin. 30 S. Jungd. Verlag.

Mehlis, Prof. Dr. Georg: Die Mystik in der Fülle ihrer Erscheinungsformen in allen Zeiten und Kulturen. München. 243 S. F. Bruckmann.

Messer, August: Deutsche Wertphilosophie der Gegenwart. Leipzig. 260 S. Emmanuel Reinicke.

Roderich-Stoltheim, A.: Der demokratische Gedanke und das berufsständische Wahlrecht. 3. Aufl. Leipzig 1923. 26 S. Hammer-Verlag.

Roth, Alfred: Judas Herrschgewalt. Eine Streitschrift. Hamburg 1923. 128 S. Deutschvölk. Verlag.

Salburg, Edith: Hochfinanz, Roman. (Psyche des Geldes.) Leipzig 1926. 523 S. Sammer-Verlag.
Salin, Edgar: Die Renaissance in Süditalien. I. Bd. von Eberhard Gothein. 267 S.
— Reformation und Gegenreformation. II. Bd. von E. Salin. 290 S. München-Leipzig 1924. Duncker und Humblot.
Schmitt, Dr. Karl: Politische Romantik. 2. Aufl. München-Leipzig 1925. 234 S. Duncker & Humblot.
— Die giestesgeschichtl. Lage des heutigen Parlamentarismus. 2. Aufl. München-Leipzig 1926. 90 S. Duncker & Humblot.
— Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität. München-Leipzig 1922. 56 Seiten. Duncker & Humblot.
Steinhausen, Georg: Der politische Niedergang Deutschlands in seinen tieferen Ursachen. Osterwieck a. H. 1927. 206 S. A. W. Cieckfeldt.
Sturzo, Luigi: Italien und der Fascismus. Köln 1926. 281 S. Gilde-Verlag.
Tiersch, Edmund: Deutschland empor. Gedanken und Mahnungen eines Deutsch-Amerikaners. Stuttgart 1923. 106 S. Alfred Roth.
Trebitsch, Arthur: Wir Deutschen aus Oesterreich. Berlin-Wien-Leipzig 93 S. Antaios-Verlag.
Ungar, A. W.: Wie ein Buch entsteht. 6. Auflage. Leipzig-Berlin 1927. 142 S. B. G. Teubner.
Verhandlungsbericht der Führertagung des deutschen republikanischen Reichsbundes am 25. und 26. September 1926 im Rathaus zu Berlin. Welche Wege führen zum deutschen Einheitsstaat? Frankfurt a. M. 64 S. Rchs. Vorst. d. dtsch. republ. Rchs. Bds.
Westerisch, Thomas: Deutschvölkische Kulturpolitik. Hamburg 1921. 40 S. Deutschvölk. Verlagsanstalt.

Neuaufnahmen im März 1927.

Abendroth, Alfred: „Werdandi und Freimaurerei". Auseinandersetzungen zu einer neuen Weltanschauung auf humanitär-sozialer Grundlage. Berlin 1926. 223 S. Alfred Unger.

Bürger, Kurt: Deutschtum und Judentum. Berlin 1913. 132 S. Ver. z. Abwehr d. Antisemitismus.
Christliche Zeugnisse gegen die Blutbeschuldigung der Juden. Berlin 1882. 58 S. Walther u. Apolant.

Congrès Internationale des Societés protectrices des animaux. Paris 1867—1880. Soc. prot. des animaux.

Diederich, Franz: Von unten auf. Ein neues Buch der Freiheit. Berlin 1920. 386 S. Vorwärts.

Droop, Fritz: Arbeiterdichtung. Hamburg-Großborstel. 79 S. Dt. Dichter-Gedächtn.-Stiftung.
Ecker, Prof. Dr. Jacob: Die Sittenlehre des Juden. Auszug aus dem Talmud (Schulchan Aruch). Zusammenstellung rabb. Lehren und jüdische Sittengesetze. Stuttgart 1926. 15 S. Alfr. Roth.
Gobineau: Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen. Deutsche Ausgabe von Ludw. Schemann. 4. Aufl. Stuttgart 1922. 1., 2., 3. und 4. Band. Fr. Fromann.
— Namen- und Sachregister zur deutschen Ausgabe von Gobineaus Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen. Herausgegeb. von Dr. P. Kleinecke. Stuttgart 1922. 118 S. Fr. Fromann.
Jacobowski, Ludwig: Der Juden Anteil am Verbrechen. Nach amtl. Quellen dargestellt. Berlin 1892. 40 S. Max Hofschläger.
Jeremias, Dr. Alfred: Jüdische Frömmigkeit. Leipzig 1927. 62 S. J. C. Hinrichs'sche Buchhandl.
Lieblich, Karl: Die Welt erbraust. Jena 1924. 133 S. Eugen Diederichs.
Lütkens, Charlotte: Die deutsche Jugendbewegung. Ein soziologischer Versuch. Frankfurt a. M. 1925. 189 S. Frankf. Sozietätsdruckerei.
Lünel, Armand: Nicolo Peccavi. ou l'affaire Dreyfus à Carpentras. Paris 1926. 251 S. Librairie Gallimard.
Macready, John: Der Aufgang des Abendlandes. Leipzig 1927. 666 S. Wilh. Borngräber.

Moses, Dr. Julius: Die Lösung der Judenfrage. Eine Rundfrage. Berlin-Leipzig 1907. 309 S. Kurt Wigand.

Philippson, Ludwig: Die israelitische Religionslehre. 1. Abt. Einleitung. 2. u. 3. Abt. Die Lehre von Gott, Gottesverehrung. 4. Abt. Der Lebenswandel. Leipzig 1861, 62, 65. Baumgärtners Buchhandlung.

Plato: Der Staat. Deutsch von Kirchmann. Leipzig 1870. 493 S.

Quabbe, Georg: Tar a Ri. Variationen über ein konservatives Thema. Berlin 1927. 189 S. Politik und Wirtschaft.

Rabin, Dr. Israel: Vom Rechtskampf der Juden in Schlesien. (1582—1713). Beilage zum Bericht des Jüd.-theol. Seminars f. d. Jahr 1926. Breslau 1927. 84 S. Th. Schatzky.

Reinach, Josef: Historie de l'affaire Dreyfus. 5. Band. Rennes. Paris 1905. 591 S. Charpentier et Fasquelle.

Reptau, Gustav: Die Vernichtungspropaganda gegen das deutsche Volk. 2. erw. Auflage. Berlin 1927. 110 S. Stier & Stobbe.

Rohling, August: Der Talmudjude. 3. Auflage. Mit einem Vorwort über Gottes- und Menschensatzung, über Herrn Rabb. Dr. Kroner und eine Silberaussicht. Münster 1872. Adolf Rüssel.

Salomonsohn, Dr. H.: Widerspricht der Zionismus unserer Religion? Herausgegeben im Auftrage der zion. Verg. f. Deutschland. Berlin 1898. 16 S. Druck von Itzkowski.

Schaffer, Dr. S.: Das Recht und seine Stellung zur Moral nach talmudischer Sitten- und Rechtslehre. Frankfurt a. M. 1889. 13 S. J. Kauffmann.

Sinclair, Lewis: Dr. med. Arrowsmith. Roman in 2 Bänden. Der Roman des amerikanischen Arztes. München 1925. 342 S. Curt Wolff.

Singer, Dr. Isidor: Der Juden Kampf ums Recht. Vortrag gehalten am 2. Juli 1902 in der New Yorker Educational Alliance veranst. Massenversammlung. New York. 15 S. E. Zumser.

Söderblom, Nathan: Das Werden des Gottesglaubens. Untersuchungen über die Anfänge der Religion. Deutsche Ausg. herausgegeben von Rud. Stübe. 2. neu bearb. Auflage. Leipzig 1926. 345 S. J. C. Hinrichs'sche Buchhandlung.

Spinoza: Abhandlungen über die Läuterungen des Verstandes. Uebersetzt von J. Stern. Leipzig. 64 S. P. H. Reclam.

Spinoza: Der politische Traktat. Uebersetzt von J. Stern. Leipzig. 160 S. P. H. Reclam.

Spinoza: Spinozas Briefwechsel. Uebersetzt von J. Stern. Leipzig. 294 S. P. H. Reclam.

Spinoza: Die Ethik nach Art der Geometrie dargest. Uebersetzt von J. Stern mit einer Einleitung von Werner Schingnitz. Leipzig. 420 S. P. H. Reclam.

Steckelmacher, Dr. M.: Randbemerkungen zu Werner Sombarts „Die Juden und das Wirtschaftsleben. Berlin 1912. 63 S. L. Simion.

Wagner, Adolf: Staatsbürgerliche Bildung. Ein Vermächtnis. Soziale Zeitfragen. Herausgegeben von A. Damasch. Frankfurt a. O. 1927. 16 S. Trowitzsch und Sohn.

Weisel, Georg, Leopold: Aus dem Neumarker Landestor. Die Volkskunde eines Aufklärers. Herausgegeben von Josef Blau. Reichenbach 1926. 239 S. Sudetendeutsch. Verlag.

Xantener Knabenmord vor dem Schwurgericht zu Cleve. 4.—14. Juli 1892. Vollständiger stenographischer Bericht. Berlin 1893. 507 S. Siegfried Cronbach.

Presse, Bücher, Broschüren.

Was jeder Deutsche wissen muß.

Unter dieser vielversprechenden Ueberschrift veröffentlicht die „Neue Zeitung", das Organ des Herrn Kunze, auf zwei Spalten ihrer Nummer 52 vom März 1927 ein Sammelsurium von Behauptungen, die durch ihre häufige Wiederholung in der antisemitischen Presse und Literatur nicht richtiger geworden sind. Es wäre traurig um jeden Deutschen bestellt, wenn er alle diese Lügen, Entstellungen und Verdrehungen glauben wollte. Es würde zu weit führen, alle diese Behauptungen einzeln zu widerlegen. Es seien daher hier einige der markantesten Stellen herausgegriffen.

Da heißt es zunächst:

> „60 Millionen Einwohner zählt das Deutsche Reich, 1 Million sind Juden."

Demgegenüber ist festzustellen, daß die Zahl der Juden im Deutschen Reich nur ca. 630 000 beträgt.

Darauf folgt nachstehende Uebersetzung der Kol-Nidre-Formel, die beweisen soll, daß der Jude einen Eid gegen Nichtjuden nicht zu halten braucht:

> „Alle Gelübde (Kolnidre), Verbindlichkeiten, Beschwörungen und Eide, welche wir heute bis zum nächsten Versöhnungsfest geloben, schwören und zusagen werden, die reuen uns alle und sollen aufgelöst, erlassen, aufgehoben, vernichtet, unkräftig und ungültig sein. Unsere Gelübde und unsere Schwüre sollen keine Schwüre sein."

In Wirklichkeit lautet die wörtliche Uebersetzung des Kol-Nidre folgendermaßen:

> „Alle Gelübde und Entsagungen und Bannungen und unter dem Beinamen qonam oder sonst einem Beinamen oder unter dem Beinamen qones getane Gelübde und Schwüre, die wir gelobt und geschworen und gebannt haben und **durch die wir uns etwas versagt haben:**
> Von diesem Versöhnungstag bis zum (nächsten) Versöhnungstag, der da kommt für uns zum Guten,
> sie alle bereuen wir,
> sie sollen aufgelöst, ungültig, unbündig, aufgehoben und zerstört sein,
> sie sollen nicht haften, noch Bestand haben,
> unsere Gelübde keine Gelübde und
> unsere Eide keine Eide."

Ein Vergleich der Uebersetzungen ergibt, daß hier gerade die wichtigsten Worte ausgelassen sind, wodurch leicht ein falscher Eindruck hervorgerufen wird. Es betrifft nämlich die Auflösung von „Verpflichtungen gegen die eigene Person oder Verpflichtungen in bezug auf rituelle Verordnungen der Gemeinde" und entstammt einer großen religiösen Aengstlichkeit, die sich davor fürchtet, in Sachen des religiösen Gelübdewesens, das, wie in anderen Religionen auch im Judentum eine Rolle spielt, irgend etwas zu versehen.

Des weiteren wird die Behauptung aufgestellt:

> „Die jüdische Sittenlehre ist niedergelegt in der Geheimlehre, Talmud genannt."

Was es mit der Geheimhaltung des jüdischen Schrifttums auf sich hat, hat Strack in seiner Schrift: „Jüdische Geheimgesetze?" klargestellt (S. 7):

> „Innerhalb des gesamten Judentums gibt es weder eine Schrift noch eine mündliche Tradition, welche kundigen Christen unzugänglich wäre. Weder suchen die Juden vor den Christen etwas zu verbergen, noch können sie etwas vor ihnen verbergen."

Ueberhaupt gibt es, wie Strack an anderer Stelle („Einleitung in Talmud und Midrasch") sagt (S. IV):

> „innerhalb des gesamten Judentums weder eine Schrift noch eine mündliche Tradition, welche kundigen Christen unzulänglich wäre. Die Juden sind nicht bemüht, vor den Christen etwas zu verbergen, und sie können auch nicht etwas vor ihnen verbergen. Der Talmud, der Schulchan-Aruch und andere jüdische Schriftwerke sind Geheimbücher nur für diejenigen — Juden nicht minder als Christen —, welche weder die zum Lesen der Grundtexte erforderlichen Kenntnisse sich erworben haben, noch von den vorhandenen Uebersetzungen usw. wissen. Für solche ist auch Cäsars Bellum Gallicum ein Geheimbuch."

Es folgt darauf eine Stelle, in der behauptet wird, daß der Talmud Christus beschimpft und ihn mit allerlei Schmähungen belegt. — Auch hier hat Strack in seiner Schrift „Jesus, die Haerethiker und die Christen" darauf hingewiesen, daß diese Behauptungen unwahr sind. Ebensowenig stichhaltig ist die ohne jede Quellenangabe aufgestellte Behauptung, daß der Talmud alle möglichen Beschimpfungen gegen die Christen enthalte.

Es folgt dann die Behauptung,

> „daß es erlaubt sei, einen Goi zu betrügen und Wucher von ihm zu nehmen."

Gerade das Gegenteil davon ist wahr. Im talmudischen Schrifttum finden sich die nachdrücklichsten Mahnungen, auch einem Nichtjuden gegenüber die Vorschriften über Redlichkeit im Handel und Wandel zu wahren. Es seien hier nur folgende Stellen aus dem talmudischen Schrifttum angeführt:

> Wer sich eines Heiden Gut unrechtmäßig aneignet, handelt schlimmer, als wer sich das Gut eines Juden unrechtmäßig aneignet, weil die damit verbundene Entweihung des göttlichen Namens seine Schuld erhöht (Tosefta Baba kamma 10, 15).
> Man darf auch einen Heiden bei der Abrechnung nicht übervorteilen (Baba kamma 113 b).
> Man darf keinen Menschen täuschen, auch einen Heiden nicht (Cholin 94 b).
> Der Mensch halte sich fern von jeglichem ungerechten Erwerb, sowohl gegenüber einem Juden wie gegenüber einem Nichtjuden (Tanna debe Elijahu c. 28).

Maimonides beschäftigt sich in seinem Religionskodex „Mischne thora" ausführlich auch mit dem Nichtjuden gegenüber zu beobachtenden Verhalten im Handel und Verkehr:

> Es ist verboten, die Menschen bei Kauf oder Verkauf zu betrügen oder zu einer Täuschung Anlaß zu geben, gleichviel ob es Juden oder Nichtjuden betrifft, — darin sind alle gleich. Weiß der Verkäufer, daß der Gegenstand einen Fehler hat, so muß er dies dem Käufer mitteilen. Auch eine Täuschung mit Worten ist verboten (Mischne thora hilchot Mechira [über Verkauf] XVIII, 1 nach Talmud Cholin 94 a).
> Wer mit Juden oder Nichtjuden Handel treibt und falsch mißt oder wiegt, übertritt ein Gebot der Thora; ebenso ist es verboten, einen Nichtjuden bei der Abrechnung zu übervorteilen, vielmehr soll man mit ihm aufs genaueste abrechnen . . . . Dies Verbot der Uebervorteilung ist in den Worten enthalten (5. B. Mos. 25, 16): „Denn ein Greuel des Ewigen, deines Gottes, ist jeder, der solches tut, der Unrecht tut in irgendeinem Falle." (Mischne thora hilchot Geneba (über Diebstahl) VII, 8).

Was die angebliche Erlaubnis betrifft, vom Nichtjuden Zins zu nehmen, so verhält es sich damit folgendermaßen: Die Tora verbietet unter-

schiedslos das Zinsnehmen von jedem jüdischen oder nichtjüdischen Bewohner des Landes und gestattet es nur dem Landfremden (Nochri) gegenüber, der sich zu Handelszwecken im Lande aufhält. — In der Bibel ist wiederholt von der Verwerflichkeit des Zinsnehmens die Rede. Da das Judentum die Verzinsung eines Darlehns ganz verbietet, so kennt es auch nicht den Unterschied zwischen Zins und Wucher, d. h. zwischen einem niedrigen, angemessenen und einem übermäßigen Zins. Auch das deutsche Wort „Wucher" hatte ursprünglich nicht den Sinn von übermäßigem Zins. „Wuchern" hieß nur soviel wie Geld gegen Zins ausleihen. Es ist daher eine Irreführung, wenn man immer wieder schreibt, es sei dem Landfremden gegenüber erlaubt, Wucher zu nehmen. — Der Talmud macht hinsichtlich des Zinsverbotes keinen Unterschied zwischen einem jüdischen und nicht jüdischem Schuldner:

„Wer sein Vermögen durch Zins und Zuschlag mehrt, sammelt es für den, der gegen Arme mildtätig ist" (Spr. 28, 8) . . . Es sprach R. Nachman: Mir sagt Huna: Dies brauchte nicht erst gesagt zu werden, wenn es sich nicht auch auf Zins vom Nichtjuden (nochri) bezöge (Baba mezia 70 b).

Raschi (R. Salomo Jizchaki aus Troyes, 1040 bis 1150), der hervorragende Kommentator des babylonischen Talmud, bemerkt zu dieser Stelle: „Wenn ein Jude vom Nichtjuden (Zinsen) nimmt, geht er zugrunde." (Vgl. auch Maimonides: Hilchot Malwe welowe V. 2 und Schulchan Aruch Abt. Jore Dea 159, 1.)

„Sein Geld leiht er nicht auf Zins aus" (Ps. 15, 5) — auch nicht auf Zins von Heiden (Makkot 24a). Man darf ihm (dem ger toschab — dem Heiden, der bloß den Götzendienst abgeschworen hat, ohne sich zum Judentum bekehrt zu haben) nicht auf Zins Geld leihen und von ihm auch nicht Geld leihen (Gerim III, 3).

In seinen selbst erfundenen Zitaten sieht der Verfasser die Begründung für folgenden von Marx entnommenen Satz: „Der weltliche Grund des Juden ist der Eigennutz, sein Kult der Schacher, sein Gott ist das Geld". Es handelt sich hierbei um eine Stelle aus dem Aufsatz von Karl Marx „Zur Judenfrage", der in dem ersten und einzigen Heft der 1844 erschienenen „Deutsch-Französischen Jahrbücher" veröffentlicht wurde. Es heißt darin:

Welches ist der praktische Grund des Judentums? — Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz.
Welches ist der weltliche Kultus der Juden? — Der Schacher.
Welches ist sein weltlicher Gott? — Das Geld.

Wie dieser Satz verstanden werden muß, hat jüngst Eduard Bernstein in den „Abwehrblättern" Nr. 3 bis 4 vom 21. 2. 1927 klargestellt. Er weist darauf hin, daß Karl Marx als Sohn eines getauften Juden zurzeit der Abfassung dieser Schrift kaum etwas von den Juden und vom Judentum wußte und auch seine spätere Geschichtsauffassung sich damals noch in den allerersten Anfängen befand. Trotzdem aber Marx den Juden einen großen Teil der Verantwortung für die Ausbreitung des Schachers und der Geldherrschaft in der modernen Gesellschaft zuschrieb, hob er doch schon damals hervor, daß diese moderne Gesellschaft selbst den Schacher und das Geld zur herrschenden Macht erhoben habe. Im gleichen Aufsatz nämlich schreibt er:

„Der Jude hat sich auf jüdische Weise emanzipiert, indem durch ihn und ohne ihn das Geld zur Weltmacht und der praktische Judengeist zum praktischen Geist der christlichen Völker geworden ist. Aus ihren Eingeweiden erzeugt die bürgerliche Gesellschaft fortwährend den Juden."

Darum konnte Marx seinen Aufsatz mit den Worten schließen:

„Sobald es der Gesellschaft gelingt, das empirische Wesen des Judentums, den Schacher und seine Voraussetzungen aufzuheben, ist der (so begriffene Jude) unmöglich geworden, weil sein Bewußtsein keinen Gegenstand mehr hat, weil die Basis des Judentums, das praktische Bedürfnis vermenschlicht, weil der Konflikt der individuell-sinnlichen Existenz mit der Gattungsexistenz des Menschen aufgehoben ist.

Die gesellschaftliche Emanzipation des Juden ist die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum."

Diese Sätze wollen besagen, daß die Verwirklichung des Sozialismus auch dem, was man zurzeit die Judenfrage nennt, ein Ende macht. Bernstein weist übrigens auch darauf hin, daß zur Zeit des Erscheinens jenes Aufsatzes es niemanden, auch in konservativen Kreisen, eingefallen ist, den Marx'schen Aufsatz gegen die Bewegung für die staatsbürgerliche Gleichstellung der Juden auszunutzen. Das war erst den antisemitischen und völkischen Kreisen von heute vorbehalten.

Im Anschluß daran sei gleich ein anderes Zitat erwähnt: „Der Jude Kautsky sagt in der Schrift: ‚Rasse und Judentum': „Nur noch das siegreiche Proletariat kann dem Judentum volle Befreiung bringen; an seinem Siege ist das ganze Judentum beteiligt."

Hierzu sei zunächst bemerkt, daß Kautsky weder Jude, noch — wie oft von anderer Seite behauptet wurde — Tscheche sei. Er entstammt einer deutschen Beamten- und Künstlerfamilie aus Prag, die, wie es bei den Beamtenfamilien im alten Oesterreich üblich war, viel fremdes Blut aufzuweisen hatten, nur kein jüdisches.

Was die Stelle selbst anbetrifft, so ist das Zitat unvollständig. In Wahrheit lautet nämlich das Zitat (S. 92):

„. . . . an seinem Siege ist das gesamte Judentum interessiert, soweit es nicht am Kapitalismus hängt."

Durch Weglassung des letzten Teiles wird der Sinn gerade in das Gegenteil verkehrt. Kautsky sagt ausdrücklich:

„Die kapitalistischen Juden selbst geben sich überall mit dem Erreichten zufrieden. Ist es auch nicht immer das, was sie wünschen, so besitzen sie doch durch ihren Besitz Macht genug, kleine Unbequemlichkeiten zu überwinden, selbst in Rußland. Und auch, wo dies nicht der Fall, erscheinen ihnen diese Unbequemlichkeiten nicht groß genug, ihretwillen eine Revolution zu riskieren. Das kapitalistische Judentum selbst wird konservativ und findet sich mit dem Bestehenden ab."

Daraus geht klar hervor, daß nach der Meinung Kautskys garnicht das gesamte Judentum an der Revolution interessiert ist. — Daher ist es auch unsinnig zu behaupten, alle Führer der Sozialdemokraten, Bolschewisten und Kommunisten sind Juden. Hervorragende Führer dieser Parteien in allen Ländern waren nicht Juden. Es sei nur an Männer wie Friedrich Engels, Bebel und Liebknecht und die große Reihe von Partei- und Gewerkschaftsführern Deutschlands erinnert, neben denen die Zahl der Juden verschwindet. Unter den ca. 130 sozialdemokratischen

Reichstagsabgeordneten befinden sich 3 Juden und ca. ein halbes Dutzend Abgeordnete, die von Juden stammen. Nicht anders ist es bei den Kommunisten. Ebenso wird die Zahl der jüdischen Führer in Rußland arg überschätzt. Zudem ist die Zahl und der Einfluß der jüdischen Führer in Rußland immer mehr im Schwinden begriffen. Geradezu unsinnig ist die Behauptung, daß die Zahl der durch die jüdischen russischen Regierenden (jüdische Bolschewisten) Gemordeten auf 47½ Millionen betragen haben soll; demnach wäre ja nicht weniger als ein Drittel der Bevölkerung Rußlands umgekommen.

Doch kehren wir wieder zu den angeblichen Talmud-Zitaten zurück, die mit anderen Behauptungen ein wirres Durcheinander bilden. Die nächste Stelle behauptet:

> „Der Talmud lehrt, daß die Ehe des Nichtjuden (Christen) in den Augen der Israeliten keine Gültigkeit habe und daß der Jude keinen Ehebruch begehe, wenn er ein nichtjüdisches Weib schände. Der Jude tut nach seiner Auffassung sogar ein gutes Werk, wenn er recht viele Christenmädchen schändet."

Diesen immer wiederkehrenden Vorwurf hat bereits Paul Fiebig in seiner Schrift „Juden und Nichtjuden" eingehend widerlegt. Es handelt sich hierbei nur darum, festzustellen, daß nach dem juristischen Begriff des jüdischen Eherechts eine vollgültige Ehe nur dann vorliege, wenn solche nach den jüdischen Rechtsformen vollzogen ist. Nach demselben Grundsatz ist auch die Ehe eines Minderjährigen nach dem jüdischen Recht ungültig. Damit ist aber nicht gesagt, daß ein Jude eine nichtjüdische Frau schänden dürfe. Diese ist, wie aus vielen anderen Stellen hervorgeht, aufs äußerste verpönt. Das jüdische Gesetz sagt hiermit nichts anderes als das Recht der katholischen Kirche, die eine Zivilehe nicht als vollgültig anerkennt.

Der Verfasser kommt dann auf den Ritualmord zu sprechen und erwähnt dabei besonders zwei Fälle und zwar die Ermordung des katholischen Priesters Thomas und seinem Diener vor 70 Jahren in Damaskus und den Mord am Gymnasiasten Winter in Konitz. Heute noch auf den schon zu wiederholten Malen behandelten Ritualmordaberglauben einzugehen, dürfte sich erübrigen. Es sei neben dem Werk von Strack: „Das Blut im Glauben und Aberglauben der Menschheit" auf das neue italienische Werk von Manzini, „L'Omicidio Rituale ei Sacrifici Umani" hingewiesen, das im C. V.-Dienst IV, Nr. 1/2 S. 1 eingehend besprochen wurde (vgl. auch C. V.-Dienst II Nr. 6, S. 42 und I Nr. 11, S. 85).

Es folgt dann eine Zusammenstellung von unsinnigen Anklagen, nach denen die Juden gleichzeitig die Anstifter zur Christenverfolgung und der Inquisition waren. Auch sollen sie die letzten drei Zaren und deren Berater ermordet haben, obgleich Alexander III. eines natürlichen Todes gestorben ist, was freilich der Urheber dieser Anschuldigungen nicht zu wissen braucht.

Eine weitere Anklage bildet eine angebliche Aeußerung eines jüdischen Rechtsanwaltes Loeb. Dieser soll am 24. 1. eines nicht näher angegebenen Jahres in Berlin bei der Versammlung gesetzestreuer Juden erklärt haben:

> „Wir Juden leben in einem christlichen Staat (gemeint ist das deutsche Reich), das ist mit den Interessen des Judentums unvereinbar; der christliche Staat muß zerstört werden."

Es handelt sich hierbei um eine Aeußerung, die in einer Preßfehde des jüngst verstorbenen Generals von Wrisberg mit Franz Oppenheimer in der Frankfurter Zeitung eine Rolle spielte. Nach der Behauptung von Wrisberg soll Rechtsanwalt Loeb in einer Versammlung der „Freien Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums" am 29. 1. 1912 die fragliche Aeußerung getan haben. Was es mit dieser Aeußerung auf sich hat, hat bereits am 31. Januar desselben Jahres der „Reichsbote" in einer Berichtigung klargestellt:

> „Was nun die Bemerkung des Rechtsanwalts Dr. Loeb — der übrigens nicht als Redner der Vereinigung sprach, sondern als letzter Diskussionsredner eine persönliche Meinung äußerte — betrifft, so hat er keineswegs Trennung von Staat und Kirche gefordert, sondern nur betonen wollen, daß die Theorie vom christlichen Staat nicht dahin führen dürte, daß infolge der Ignorierung der Interessen des Judentums seitens des Staates die Aufrechterhaltung von dessen Institutionen in Frage gestellt und damit die Autorität seines Lehrinhaltes bei den eigenen Anhängern des Judentums geschwächt, die Religionslosigkeit — gegen das Interesse des Staates — gefördert werde. Der hier gegebenen Aufklärung entspricht übrigens die bisherige politische Stellungnahme des orthodoxen Judentums, das u. a. zurzeit auch für die Konfessionalität der Volksschule eingetreten ist."

Ebensowenig stichhaltig ist das folgende Zitat von Rathenau:

> „Nimmermehr darf der Tag erscheinen, an dem der Kaiser auf stolzem Rosse, an der Spitze seiner Paladine, als Sieger durch das Brandenburger Tor einziehen wird; denn an diesem Tage hätte die Geschichte ihren Sinn verloren. Keiner von den Großen, die jetzt in den Krieg ziehen, wird den Krieg überdauern. 300 Männer sind es, welche die Welt regieren, von denen einer den anderen kennt und jeder seinen Nachfolger bestimmt."

das immer wieder herangezogen wird, obgleich Rathenau selbst es in dem folgenden Schreiben an den Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei in Rexingen als bewußte Fälschung hingestellt hat:

> Berlin W. 8
> Auswärtiges Amt.
>
> Sehr geehrter Herr!
>
> Für Ihre freundliche Anfrage bin ich Ihnen sehr dankbar. Der von Ihnen zitierte Satz: „Wenn Deutschland siegen würde, hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren", ist das Produkt einer bewußten Fälschung. Der authentische Satz findet sich in der kleinen Schrift „Der Kaiser", von der ich einen Abdruck beifüge, auf Seite 28; es betrifft eine Voraussage, die ich im Jahre 1914 gemacht habe und lautet wie folgt: „Nie wird der Augenblick kommen, wo der Kaiser als Sieger der Welt mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durchs Brandenburger Tor zieht. An diesem Tage hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren. Nein! Nicht einer der Großen, die in diesen Krieg ziehen, wird diesen Krieg überdauern!" Daß dieser Satz sich lediglich auf die Aussichtslosigkeit der damaligen Führer, den Krieg zu gewinnen, bezieht, geht aus dem folgenden Satz hervor: „Moltke stürzte und starb, Falkenhayn, Bethmann, Jagow, Tirpitz stürzten, im letzten Jahre war nur der Kaiser übrig und zum Schluß stürzte auch er." Als zum erstenmal eine Entstellung meiner Ausführungen in der Presse erschien, schrieb mir ein befreundeter Mann, der im Kriege eine hohe und verantwortliche Stellung im Kriegsministerium be-

kleidet hatte, er erinnere sich genau meiner Aeußerung und könne auf seinen Eid jederzeit bezeugen, daß sie in dem Sinne zu verstehen sei, den ich soeben dargelegt habe.

In Ergebenheit

gez. Rathenau.

Der letzte Satz des erwähnten angeblichen Zitates ist übrigens einem ganz anderen Zusammenhang entnommen. Es entstammt nämlich einer anderen Schrift Rathenaus, der im Jahre 1922 erschienenen „Zur Kritik der Zeit". Dort beschäftigt sich der Verfasser auf Seite 206/7 mit der Frage des geschäftlichen Nachwuchses. Es heißt dort:

„Auf dem unpersönlichsten, demokratischsten Arbeitsfelde, dem der wirtschaftlichen Führung, wo jedes törichte Wort kompromittieren, jeder Mißerfolg stürzen kann, wo das souveräne Publikum einer Aktionärversammlung satzungsgemäß über Ernennung und Absetzung entscheidet, hat im Laufe eines Menschenalters sich eine Oligarchie gebildet, so geschlossen wie die des alten Venedig. Dreihundert Männer, von denen jeder jeden kennt, leiten die wirtschaftlichen Geschicke des Kontinents und suchen sich Nachfolger aus ihrer Umgebung."

Daß es sich hier nicht um jüdische Großlogenmeister und überhaupt nicht um das Judentum handelt, sieht jeder, der diesen Satz nur im Zusammenhang liest.

Auch ein anderes berühmtes Zitat ist schon längst in seiner Haltlosigkeit nachgewiesen. Es ist der Ausspruch:

„Die Revolution ist der Stern Judas",

die Grätz angeblich in seinem Geschichtswerk gebracht haben soll. Die Nichtigkeit dieses Wortes ist allerdings schon so anerkannt, daß selbst Fritsch in den neuen Auflagen seines „Handbuches der Judenfrage" auf dieses Zitat verzichtet hat.

Die Zusammenstellung schließt mit einigen Behauptungen, die wieder nur die ganze Unwissenheit ihres Verfassers zeigen. So schreibt er:

„Der Bauer schafft Lebensmittel, der Jude nicht. Der Bauer arbeitet schwer, der Jude handelt. Den Preis macht nicht der Bauer, sondern die jüdische Börse."

Der Verfasser weiß augenscheinlich nichts von jüdischen Bauern, die es nicht nur in Palästina gibt; ebensowenig von der Masse jüdischer Handwerker und Arbeiter, die sich besonders im Osten Europas, aber auch in Amerika zahlreich finden. Es sei hier besonders verwiesen auf den C. V.-Dienst II Nr. 2, S. 16.

Wenn es zum Schluß heißt:

„Seid deutsch und sozial! Kämpfet für wahres Christentum und echtes Deutschtum, für die Bedrängten!"

so können wir dem Verfasser nur zustimmen. Ob dies aber auf dem von ihm vorgeschlagenen Wege geschehen kann, dürfte man wohl bezweifeln.

In diesem Zusammenhang sei auch auf den „Eisenhammer" hingewiesen, der in seiner Nr. 11, Jahrgang 1927, einen Artikel von Fritz Schlegel bringt. Der Verfasser will darin eine jüdische Bestätigung für die sogenannten zionistischen Protokolle nachweisen. Wie seine Beweise beschaffen sind, mögen nur zwei Beispiele zeigen. Zunächst bringt er die angebliche Aeußerung des Rabbi Wise, die dieser in der Familienzeitung „Deborah" zum Weihnachtsfest 1890 getan haben soll. Diese Aeußerung ist schon längst als Fälschung erwiesen. Keiner von denen, die diese Stelle mit Vorliebe zitieren, haben wohl je die Zeitung „Debora" in der Hand gehabt. Er hätte sie darin auch schwerlich gefunden, trotzdem selbst Franz Delitzsch in seiner Schrift „Christentum und jüdische Presse" behauptete, daß sie sich dort befinde. Die Stelle, die Delitzsch bringt, und die von da aus den Weg in die Völkische Presse gemacht hat, findet sich in der von Isaak M. Wise redigierten Zeitung: „The American Israelit" (Bd. 27 Nr. 25 vom 17. 12. 1880), als deren Beilage die „Deborah" erschien. In der genannten englischen Zeitung erschien ein Korrespondenzartikel aus San Francisco, unterzeichnet Maftir. Dieser Maftir leistet sich dort noch mehr Geschmacklosigkeiten, die Wise ohne Kommentar abdruckt. Allerdings trägt die betreffende Rubrik am Kopf die Bemerkung:

„Wir gestatten unseren Correspondenten den Gebrauch unserer Spalten, um ihre Meinung auszudrücken, lehnen jedoch jede Verantwortlichkeit für das, was sie sagen, ab."

Delitzsch selbst scheint weder die „Deborah" noch „The American Israelit" zur Hand gehabt zu haben, sondern ließ sich wohl vom „Christlichen Apologet", Cincinnati, unterrichten. Aus alledem geht aber wohl zur Genüge hervor, daß es sich hierbei keineswegs um die Aeußerung eines irgendwie kompetenten Vertreters der Judenheit handle. Es geht aber keineswegs an, daß die Judenheit in ihrer Gesamtheit oder auch nur der Herausgeber der „Deborah" für die Auslassungen irgendeines obskuren Juden aus San Franzisko verantwortlich gemacht werden kann.

Ebenso als Fälschungen erwiesen sind zwei angebliche Aeußerungen von Cremieux, die seit 40 Jahren in der antisemitischen Literatur eine bedeutende Rolle spielen:

„Ein neues messianisches Reich, ein neues Jerusalem muß erstehen an Stelle der Kaiser und Päpste!"

„Der Katholizismus, unser hundertjähriger Feind, unterliegt, auf das Haupt geschlagen!"

Sie sind einer angeblichen Programmrede entnommen, die Cremieux im Jahre 1860 bei der Gründung der „Alliance Israelite" gehalten haben soll.

Dieser Aufruf ist zuerst im Jahre 1883 von dem französischen antisemitischen Blatt „L'Antisemitique" veröffentlicht worden. Er ist von A bis Z eine grobe Fälschung. Der Gründungsaufruf der Alliance ist von 6 Männern unterzeichnet, unter denen sich Cremieux nicht befand. Diese Fälschung ist übrigens gleich nach ihrem Auftauchen von Dr. S. Neumann in einer Broschüre aufgedeckt worden: „Die neueste Lüge über die Alliance Israelite, ein Probestück aus der israelitischen Moral". Trotzdem treibt diese Fälschung munter ihr Wesen weiter. Die einzige Aenderung, die sie erfahren hat, ist die, daß früher als Gründungsjahr der Alliance fälschlich 1874 angegeben wurde.

Talmudzitate.

Der Erfurter völkische Agitator Adolf Schmalix (vgl. C. V.-Dienst Nr. 1/2 Jahrg. 1927) bringt in seiner Nummer 11/27 des „Echo-Germania" folgendes Zitat aus dem „Talmud Raschi Exod. § 14: Den Besten unter den Christen muß man erwürgen". Dieser alte Ladenhüter aus dem Vorrat gefälschter Zitate wurde bereits ausführlich in Nr. 4 des C. V.-Dienstes 1924 (S. 32) behandelt.

Des weiteren zitiert Schmalix folgende Stelle aus dem „Talmud Schulchan Aruch Eben Haeser § 4:

Hat ein Jude Kinder, die Bastarde oder blödsinnig sind, so hat er seiner Pflicht, zur Fortflanzung des Menschengeschlechts mitzuwirken, genügt. Sind aber seine Kinder Akum (Nichtjuden), ist z. B. ein Nichtjude jüdisch geworden und hat Kinder von früher, die nicht jüdisch geworden sind, dann hat er seine Pflicht, zur Fortflanzung und Erhaltung des Menschengeschlechtes mitzuwirken, nicht erfüllt, weil die Kinder der Akum (Nichtjuden) nicht einmal jüdischen Bastarden und Blödsinnigen gleich zu achten sind."

In Wirklichkeit heißt die betreffende Stelle im Schulchan Aruch Eben Haeser, Abschnitt 1, § 7:

„Hat ein Heide Kinder gezeugt und ist mit seinen Kindern zum Judentum übergetreten, so hat er der Pflicht (der Fortpflanzung) genügt."

Der Kommentar Baër Hetiw bemerkt dazu: „Mahari Sagall entscheidet in seinem Rechtsgutachten Nr. 223:

Selbst wenn seine Kinder nicht mit ihm zum Judentume übertreten, hat er der Pflicht (der Fortpflanzung) genügt."

Mahari Sagall ist Juda Minz (in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts), einer der angesehensten Gesetzeslehrer in Deutschland.

Schließlich bringt Schmalix noch ein Zitat aus dem „Libere David". Ueber dieses angeblich rabbinische Werk hat sich bereits Strack in seinem Werk „Jüdische Geheimgesetze?" (S. 6) geäußert. Zu dem Inhalt des Zitats vgl. übrigens auch E. Munk „Gefälschte Talmudzitate", Seite 4—10. Bfld.

Gustav Freytags Stellung zum Judentum.

Ueber die Stellungnahme Gustav Freytags zum Judentum sind in der letzten Zeit in der rechtsstehenden Presse wiederholt Behauptungen aufgestellt worden, die den Tatsachen nicht entsprechen. (vgl. den Aufsatz von Julius Bab, „Der Gustav Freytag-Lärm" in der Nr. 3 der C. V.-Zeitung vom 21. Januar). Wie Gustav Freytag wirklich über das Problem des Antisemitismus dachte, geht am deutlichsten aus seinem Artikel „Ueber den Antisemitismus" hervor, den er in der Neuen Freien Presse am 21. Mai 1893 veröffentlichte. Dieser Aufsatz wurde übrigens als eine der ersten Publikationen des Central-Vereins noch in demselben Jahre in Form einer Broschüre verbreitet; eine zweite Auflage erschien im Jahre 1910. Er wurde auch in der seinerzeit in Kattowitz erschienenen Zeitschrift „Oberschlesien" und zwar im Aprilheft 1911 abgedruckt. — In Freytag's gesammelten Werken findet sich dieser Aufsatz nicht, wohl aber in den „Vermischten Aufsätzen", 1903. Wir geben einige Stellen wieder, die noch heute von Interesse sind:

„Was jetzt mit aufgebauschtem Namen die „antisemitische Bewegung" genannt wird, ist in Wahrheit noch das alte Leiden, die Judenhetze, wie sie seit dem großen Mainzer Morde immer wieder aufgeregt wurde, nur in ihren Aeußerungen durch die Zeitbildung anders geformt. Jene früheren Verfolgungen hatten scharfen Verlauf, die Juden wurden beraubt und erschlagen oder zur Annahme des Christentums gezwungen; die moderne Verirrung enthält sich, wie in unserer Zeit selbstverständlich ist, Raub und Mord zu empfehlen; dafür ist sie nach anderer Richtung weit grimmiger und unversöhnlicher, denn sie durchsucht bis in irgend welche Vorzeit hinein sogar die Stammbäume der Christen und erklärt auch eine Bekehrung zum Christentum und die Einordnung getaufter Juden in das christliche Familienleben als Unehre und als einen Makel für die Nachkommen aus solchen gemischten Ehen. Diese Auffassung hält sowohl den Mangel an deutscher Gesinnung als die Meinung zu wucherischen Geldgeschäften für eine untilgbare Eigentümlichkeit jüdischer Herkunft, welche auch unter ganz veränderten Verhältnissen in den späteren zum Christentum bekehrten Generationen fortwirkt.

Solch törichte Annahme verdient keine Widerlegung.

Der Germanen-Enkel, welcher dergleichen behauptet, erwägt nicht, daß er damit seinen eigenen Vorfahren die schwere Schuld zuschiebt, einen unauslöschlichen Charakterfehler in das jüdische Leben hineingepeinigt zu haben. Es ist allbekannt, daß die Juden durch mehr als tausend Jahre zwar als Nachkommen der Feinde und Verfolger des Heilands gehaßt und geringgeschätzt von Ehre und gemeinem Recht ausgeschlossen waren, auf der anderen Seite aber vor dem Untergang in der Masse des Volkes durch eine merkwürdige geschäftliche Bevorzugung bewahrt blieben und in einer ganz ungeheuerlichen Stellung dahinlebten.

Aus der römischen Welt war mit dem Christentume das Verbot, Geld gegen Zinsen und Faustpfand zu leihen, in das deutsche Leben gekommen. Es war in einem geldarmen Lande das unsinnigste aller Gesetze. Dem Manne, welcher „Ehre" hatte, das heißt dem Deutschen, waren nach kirchlicher und germanischer Anschauung diese Zinsgeschäfte als gottlos und ehrlos verboten, dem Juden, der ohne den Christengott und ohne Ehre lebte, waren sie erlaubt. Nun konnten aber Päpste und Bischöfe, Kaiser und Fürsten, Edle und Bürger das bare Geld durchaus nicht entbehren, und alle diese mußten wünschen, daß Unehrliche vorhanden wären, welche den christlichen Beschränkungen nicht unterworfen waren. Der Jude aber war, so meinte man, in dieser verwünschten Lage. Er lebte als ein Fremder nach gemeinem Recht rechtlos. Ungenügenden Schutz für Leben und Habe erhielt er nur durch die Gunst des Kaisers und eines mächtigen Herrn, und diese Gunst mußte er erkaufen. Jeder andere Erwerb durch Grundbesitz, Handwerk, ehrlichen Handel war ihm verboten. Von den Christen mußte er sich durch die Kleidung und durch Abzeichen an der Tracht unterscheiden, und durch Demut und Gefügigkeit oder durch Unempfindlichkeit gegen Beleidigungen zu schützen suchen. Dennoch wurde der Verachtete fast notwendig ein reicher Mann, sein Vorrecht des Geldhandels und des Zinsgeschäftes sammelte unablässig das Wertmetall in seinen geheimen Truhen; denn das Geld war selten, die Geschäfte unsicher, der Zinsfuß hoch. (S. 5—8.)

„Alle Fehler und Schwächen, welche man jetzt als spezifisch jüdische Eigenschaft dem Volkstum der Juden zuschreiben möchte, werden durch den tausendjährigen Zwang, in dem der germanisch-christliche Staat des Mittelalters die Juden festhielt, so erklärlich, so selbstverständlich, daß es ein unnötiges Bemühen ist, dieselben Eigenschaften als altjüdische auszurufen, die dem Volke seit der Urzeit anhaften. Bei dergleichen Schlußfolgerungen aus sehr ungenügendem Beweismaterial sollte man mehr Vorsicht und weniger Lieblosigkeit anwenden." (S. 9/10.)

„Alles, was von Besonderheit, von Schwächen und Schäden aus alter, arger Zeit an vielen Einzelnen hängt, das darf die beglückende Ueberzeugung nicht beirren, wie unermeßlich viel von den alten Leiden überwunden wurde, und wir durften hoffen, daß in wenigen Generationen sich ohne große Störungen die völlige Einverleibung in unser Volkstum vollziehen würde, nicht nur in Amt und Beruf, auch in den Herzen und Familien.

Jetzt erscheint vielen diese Hoffnung unsicher.

Fast plötzlich ist der Gegensatz zwischen jüdischer und deutscher Art zum Kampfgeschrei und zum Stichworte politischer Aufregung geworden." (S. 13.)

„Niemand fühlt das Leidige dieses Streites mit so heißem Schmerze als der redliche Jude selbst. Er hat seither friedlich mit dem christlichen Nachbar

verkehrt, als Genosse in der Politik, als Freund im geschäftlichen Verkehr und im Hause, als Vertrauter, vielleicht als Lehrer in wissenschaftlicher Forschung. Er hat in Gesellschaft mit ihm getrunken und gelacht, war geehrter Brautzeuge, wenn sein christl. Freund die Tochter vermählte, und hat trauernd seinen Kranz auf den Sarg des Christen gelegt, er hat seine Söhne für das Vaterland in den Kampf geschickt und hat sich als guter Deutscher gefühlt in Liebe und Abneigung. Jetzt sieht er entsetzt, daß ein Abgrund geöffnet ist zwischen ihm und seinen christlichen Freunden, und daß immer noch das alte grausige Schicksal der Vorfahren über seinem Leben und der Zukunft seiner Kinder hängt. . . . . Er hat für die Christen aufgehört, der Nächste zu sein.“ (S. 14/15.)

Tierschutz und Religion.

Wie wir dem „Chemnitzer Tageblatt“ vom 4. 4. 1927 entnehmen, sprach über dieses Thema am 2. April im Chemnitzer Tierschutzverein Prof. Dr. Max, Herzog zu Sachsen, ein Bruder des letzten Königs von Sachsen und Professor der Theologie an der Universität Freiburg (Schweiz).

Der Redner führte aus,

daß schon in den Religionen der Aegypter: Perser und vor allem der Inder die Tiere unter einen besonderen Schutz gestellt werden. Auch in der monotheistischen jüdischen Religion werden schon im Schöpfungsbericht Tiere und Menschen als eine Einheit dargestellt. Gott führt die Tiere dem Menschen zu wie einem Vater. Er hat allerdings auch den Menschen zum Herrn der Tiere gesetzt, weil er ihnen mit seinem höheren Intellekt das ersetzen soll, was ihnen fehlt. Das mosaische Gesetz hat eine ganze Reihe tierschützender Bestimmungen (der Sabbat auch ein Ruhetag für die Tiere, „Du sollst dem Ochsen, der da drischt, nicht das Maul verbinden“, „Der Gerechte erbarmet sich seines Viehes“).

Interessant waren auch die Schlußausführungen des Redners, in denen er darauf hinwies, daß gerade in katholischen Ländern, wie Italien und Spanien, wenig von Tierschutz zu spüren sei. Er sah darin ein Zeichen des Fehlens echter innerlicher Religiosität:

Eine richtig aufgefaßte und geübte Religiosität muß auch zum Tierschutz führen, beide, Religion und Tierschütz, führen wechselseitig eins zum anaern, eins muß das andere stützen und tragen.

Hans Fr. Blumk, „Zur Rassenbildungsfrage.“

Anläßlich des Erscheinens des Buches von Scheidt, „Rassenbildung der Elbinsel Finkenwärder“ (Verlag J. F. Lehmann, München) schreibt Hans Fr. Blunck im Aprilheft der „Tat“ (Heft 1, April 1927) unter der Ueberschrift: „Zur Rassenbildungsfrage“. Einige Stellen seiner Ausführungen, die von besonderem Interesse sind, mögen im Nachstehenden folgen. Sie sind überdies geeignet, die Ansicht zu widerlegen, als werde die „Tat“ und ihr Verlag Eugen Diederichs, Jena, in judenfeindlichem Geiste geleitet.

„Ich habe während dieser ganzen Jahrzehnte, die mich unsere Volkswerdung fesselt, immer wieder mit Erstaunen gesehen, wie die niedersächsische Landschaft den einwandernden Menschen wandelt una umarbeitet, zumal in seinen Kindern, just wie mir auch der Amerikadeutsche in Nord und Süd schon nach einigen Geschlechtern verändert schien. Gewiß spreche ich dem Blut entscheidende Bedeutung oft durch Jahrtausende zu, aber ich sehe auch wieder Anpassungsvorgänge, wie etwa bei den westdeutschen Juden, die zu leugnen politisch zweckhaft sein mag, aber für den ernsten Beobachter unmöglich ist.

Eins der Bücher, die der Wissenschaft der Rassenkunde schwersten Schaden angetan hatten, scheint mir die Günthersche Veröffentlichung. Günther baut ohne genügende Forscherarbeit eine Reihe von Thesen auf, die für den Laien leicht faßliche Antworten auf uns alle bedrängende Entwicklungsfragen sind, die sogar einen klaren Kopf wie Börries von Münchhausen (nach meiner Vorstellung einer der besten Kerle unseres Volkes) stark beeinflußte, die aber zugleich in unserem Volk verworrene Ideale groß werden ließen, die es bei Umwertung durch die neuere Wissenschaft geradezu verzweifeln machen wird, und zugleich in das Volkstum Spaltungen hineintrieben, die vielleicht auf Geschlechter nicht wieder gutzumachen sind“ (Seite 48).

„Wir bestreiten aus unserer Einstellung heraus, daß sich mit dem sehr starken Selbstbewußtsein auf unsere Volkheit und seine Geschichte notwendig eine feindselige Einstellung zu anderen Völkern und Rassen ergeben müsse. Wir haben von der Küste aus seit Jahrhunderten die Ueberseebeziehungen in einer Weise gepflegt, die uns freundschaftlich mit anderen Erdteilen verband, ohne deshalb etwas unseres Wesens aufzugeben. Wir haben ferner viele Jahrhunderte (wie der Engländer) ohne Verlust die westjüdische Bevölkerung neben uns gehabt, ohne daß wir je einen phantastischen, unser Volk zerreißenden Antisemitismus kannten, wie er heute ausgebrochen ist . . . .

Man könnte einwenden, daß jene Wellen neuester Zeit sind, weil Berlin eine Einwanderung zuließ, vor der die altjüdischen Kreise Deutschlands selbst am dringendsten gewarnt haben. Darf ich da unter den gegebenen Umständen auf eine der wesentlichsten Forschungsfragen aufmerksam machen. Handelt es sich bei jener östlichen Bevölkerung wirklich um rassenjüdische Kreise? Soweit ich höre, wird das vielfach verneint, man sagt, der Ostjude sei zum guten Teil slawischer oder armenischer Prägung. Es erhebt sich also die weiter drängende Frage: Wieviel Fremdbestände haben wir vielleicht schon in früherer Zeit aufgenommen und wie haben diese auf unsere Volkstumbildung eingewirkt?

Es handelt sich ja nun einmal um den Einzug einiger hunderttausend fremder Menschen, zu dem wir irgendwie mit Ernst Stellung nehmen müssen. Ich habe wenigstens noch keinen Antisemitenführer gefunden, der diese Gruppe in Wahrheit wieder hinausdrängen will. Man will nur zweitklassige Stellungen schaffen, sie etwa an Aemtern nur beschränkt teilnehmen lassen, eine Forderung, die äußerst bedenklich ist, da wir Märtyrer schaffen und vielleicht bei deutschen Staatsbürgern die Trägheit der weniger bewegten Geister fördern könnten. Mit anderen Worten, wir stehen vor der großen Frage: Haben wir Aussicht, diese Kreise unserem Volkstum im Laufe der Zeit ohne Schaden einzuschmelzen oder können erhebliche Störungen und Unterentwicklungen sich ergeben?

Mir scheint dabei beachtlich, daß wir in den Colonnenlagern Süddeutschlands eine umfassende Menge semitischen Blutes aufnahmen, größer vielleicht als der heutige jüdische Bestand in unserem Volk. Ferner, daß wir in Vorzeit und Mittelalter große Gruppen Mongolen haben aufnehmen müssen (von Slawen garnicht zu reden), die gewiß heute noch hier und da hervortreten, denen aber niemand die Berechtigung zur Führung des deutschen Namens absprechen wird.

Ich persönlich bin ja überzeugt, wir werden auch die heutige jüdische Bevölkerung, soweit sie nicht im zionistischen Sinn sich bewußt anational entwickelt, zu uns nehmen und uns eingliedern, wenn einmal die Verantwortung an Stelle des Phrasenrausches auf beiden Seiten tritt, und wir ernsthaft überlegen, welche und wie breit die wirkliche Gefahrzone ist. Wir werden allerdings dabei

die Warnung unserer altjüdischen Bevölkerung beherzigen müssen, und so streng etwa wie die Vereinigten Staaten die Grenze gegen jeden weiteren wesentlichen Zuzug vom Osten schließen. Wir werden aber auch die deutsche Gesinnung der jüdischen Bevölkerung unseres Landes vor und während des Krieges, wenn wir gerecht sind, wie einst ehren und anerkennen, so wie wir Ehrung unseres Volksbewußtseins als Teil unseres Menschheitsweges verlangen.

Wir werden als ganzes Volk Dichter deutsch-jüdischer Herkunft wie Lissauer und Wassermann liebhaben. Wir werden mit dem Vorurteil dilettantischer Rassenforschung brechen und nach gewandelten Grundsätzen unsere Zukunft neu bauen, in Stolz auf reiche eigengewordene Wesensart, in Gastfreiheit und Duldsamkeit gegen Wanderer fremder Herkunft, die zu uns kamen, und zugleich mit dem Willen der Versöhnung nach viel, sehr viel Bitterkeit von beiden Seiten. Denn nichts war schmählicher in unserer Zeit als der Tonfall der völkischen Chauffeure, nichts abstoßender als das Inzuchtslob bestimmter jüdisch geleiteter Presseerzeugnisse, die Erniedrigung volksbewußten Schaffens durch sie und der abstoßende Boykott politisch nicht behagender Literatur. Wir werden in Gerechtigkeit und Ehrlichkeit ein neues Bewußtsein erwachen lassen, das die heutige rasende Stimmung Deutschlands gegen Deutsche wie einen Alb hinter uns liegen läßt. Dazu diene die neue Disziplin der Rassenkunde, die der Entwicklung unseres Volkstums, der Ertüchtigung des Menschen dienen und eine der wichtigsten Aufgaben der Wissenschaft werden soll, statt wie bisher Grund sinnloser Selbstzerfleischung zu sein."

Rassenwissenschaft und Rassenwahn.

Unter diesem Titel behandelt Dr. Hugo Iltis in Brünn im Februarheft der „Gesellschaft" (J. H. W. Dietz Nachf., Berlin) ausführlich die Rassentheorie und besonders das Buch Hans F. K. Günthers „Rassenkunde des deutschen Volkes". — Nachdem er eingehend die von Günther in seinem Buche vorgetragenen Theorien dargestellt hat, gibt er folgendes Urteil über sie ab:

„Das was Günther und seine Schule dem Publikum als Endergebnis ihrer Forschung vorzusetzen wagen, das ist keine Rassenwissenschaft, das ist Rassenwahnsinn. Man würde es nicht für möglich halten, das kritische Beurteiler diesen Rattenschwanz größenwahnsinniger Phantasie ernst nehmen könnten. Aber Kritik wird geübt, wenn Interessen in Frage kommen. Wenn sich selbst einzelne nüchterne, sympathische Forscher Schwedens durch den Weihrauch, der immer wieder der nordischen Rasse gestreut wird, benebeln und für den Rassenwahn gewinnen lassen, dann darf man sich nicht wundern, wenn in der politisierten deutschen Wissenschaft auch einzelne hervorragende Vertreter der Vererbungsforschung, der Anthropologie und Prähistorie den rassenfanatischen Verbrechern am deutschen Volksgeist Mauer stehen. Zwar wird man in den Werken dieser Forscher die Phantasien des Rasseglaubens höchstens angedeutet finden. Aber durch wohlwollende Kritik, durch gemeinsame Arbeit mit rassegläubigen Autoren und durch Heranbildung junger Forscher für die Arbeit im Fahrwasser des Rasseglaubens stellen sie sich fördernd hinter die neue Richtung, ungefähr so wie sich die Femerichter hinter die Fememörder stellen. So wenig man es nach den angeführten Kostproben glauben würde: Der Rassenwahn steht im Begriff, sich die Sanktion der deutschen Wissenschaft zu erobern. Da der Klassencharakter dieser Wissenschaft von den breiten Massen noch immer nicht erkannt ist, liegt in dieser Stellungnahme für politisch richtunggebende Anschauungen eine große Gefahr." (S. 108/109.)

Gegenüber dieser sogenannten Rassenwissenschaft stellt Iltis fest, was wirklich als wissenschaftlich haltbar über die Rassen gesagt werden kann:

„Reine" Rassen, sogenannte „reine Linien" sind beim Menschen, selbst bei isolierten Gruppen, viel seltener festzustellen als bei manchen Haustieren und Kulturpflanzen. Denn Isolierung und Auslese vermögen die Rassenkreuzung nicht so zu verhindern wie die nach bestimmten Zielen wirkende Hand des Züchters . . . . . (S. 109.)

Es wäre falsch — und in diesen Fehler verfallen die modernen Rasseforscher zu leicht — die Rasse bloß als durch unveränderliche, starre Erbanlagen bedingt anzusehen. Wenn ein Volk durch Jahrtausende in einem bestimmten geographischen Milieu lebt, können seine rassisch heterogenen Elemente sich diesem Milieu anpassen, gleichsam äußerlich und innerlich „umgeschmolzen", phänotypisch und genotypisch geändert werden. . . . . . . Nach Untersuchungen von Boas gibt es eine „amerikanische Schädelform", an die sich die Nachkommen der Einwanderer aller möglichen Rassen nach mehreren Generationen mehr oder weniger ausgleichen. Und Hellpach hat sogar zu beweisen versucht, daß die Sprache imstande ist, die Gesichtsform einer Bevölkerung zu modeln. Wenn Herr Günther nun darauf verweist, daß die herrschenden Schichten überall „hochgewachsen" sind und dies als nordischen Zug auffaßt, so ist die Erklärung dafür viel eher in dem für die oberen Zehntausend aller Völker stets günstigem Milieu zu suchen. Freilich die Rassegläubigen leugnen die Bedeutung der Umstände, des Milieus, für die Rasseentstehung und für die dauernde Rasseänderung. Aber daß sie diese Bedeutung leugnen, ist eben einer ihrer vielen methodischen Fehler . . . . (S. 109/110.)

Im Gegensatz zu den chauvinistischen Rasseforschern sind wir überzeugt, daß das Milieu, Geographie und Wirtschaft, Kultur und Erziehung, durch andauernde Wirkung eine erbliche Aenderung, Verbesserung oder Verschlechterung der Rasse herbeiführen können. Es ist ein Eintagsfliegenstandpunkt, deshalb, weil wir solche erblichen Wirkungen auf den ersten Blick nicht sehen, ihre Existenz leugnen wollen . . . . . (S. 113.)

Ausführlich setzt sich Iltis auch mit den Werturteilen auseinander, die von völkischer Seite auf Grund dieser angeblich sicheren Ergebnisse der Wissenschaft über die einzelnen Rassen gefällt werden:

Die immer wiederkehrenden Werturteile über die einzelnen Eigenschaften und den gesamten Charakter der Rasse, die die wesentliche Eigenheit der rassegläubigen Werke bilden, ist auch ihr wesentlichster Fehler. Es ist schon eine Anmaßung, die weiße Rasse gegenüber den farbigen höher zu schätzen — auch wenn man von Rousseauschen Naturschwärmereien absieht, braucht man das idyllische Dasein der Eingeborenen auf den Südseeinseln oder das freie Leben der Indianer weder vom Standpunkt der Moral noch von dem des Glückes geringer zu werten als die gehetzte Existenz des überzivilisierten Broadwaymenschen. Und noch viel klarer ist es, daß die Werturteile, durch die die einzelnen, nahe verwandten europäischen Rassen gegeneinander abgewogen werden, nichts als subjektive Spielereien sein können, die mit Wissenschaft nichts zu tun haben. Wenn Herr Günther das unverschämte Wort von der „Rangabstufung der Deutschen nach ihrem Blut" (4, 62) prägt, so sollten ihm darauf alle minderwertigen Deutschen ostischer, dinarischer und ostbaltischer Rasse die gebührende Antwort geben. Der kasten- und ahnenstolze, kriegerische und eroberungssüchtige Vertreter der nordischen Rasse ist für die breite überwiegende Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung unserer Erde — und nur diese hätte das Recht auf Wertung — alles andere, nur kein Ideal. . . . . . Herr Günther propagiert die Selbsthilfe der nordischen Menschen und ruft damit zum Rasse-

krieg auf. Zum Glück ist die weitaus überwiegende Majorität der Menschen nordischer Rasse weder so agressiv, wie sie von den Rassengläubigen geschildert werden, noch so verblendet, solchen Lockrufen zu folgen. Engländer und Norweger, Schweden und Dänen, deren „Blut" nordischer ist als das der Deutschvölkischen, stehen in ihrer überwältigenden Mehrheit zur Demokratie und lehnen die aristokratischen Rassenphantasien und den Rassenhochmut ab . . . . . . (S. 111/112.)

Er schließt seine interessanten Darlegungen mit folgenden Auslegungen:

„Es ist nicht unser Ziel, die Unterschiede zwischen den Rassen zu verwischen. Wir freuen uns an der Buntheit des menschlichen Lebens wie an der Buntheit der Natur, wir unterschreiben gern das Wort des schwedischen Rasseforschers Mjöen, „wir lieben unsere Rasse nicht aus der Erkenntnis heraus, daß sie besser ist als andere — wir lieben sie wie Vater und Mutter, weil sie unsere ist. Aber wenn wir unsere Rasse und unser Volk lieben, so mißachten und hassen wir doch darum nicht die anderen. Wir haben und fordern die Achtung vor allem, was Menschenantlitz trägt. Die Zeit wird kommen, für die der Rassenhaß und der Rassendünkel unserer Tage dasselbe sein werden, was für uns Zauberei und Kannibalismus sind: traurige Reste versunkener Barbarei." (S. 114.)

Ein Arzt über die Judenfrage.

In dem angesehenen Verlag von S. Hirzel in Leipzig ist vor einiger Zeit ein Buch von Paul Schneider erschienen mit dem Titel „Lebensglaube eines Arztes".

Schneider kommt in seinem umfassenden Werk auch auf die Judenfrage zu sprechen. Obgleich die in Betracht kommende Stelle manch schiefes Bild enthält, möchten wir sie doch hier wiedergeben, da sich der Verfasser offensichtlich bemüht, in der Judenfrage eine objektive Haltung einzunehmen:

„In dieses Kapitel gehört nun auch die Judenfrage. Die Antisemiten glaubten, daß die Juden der ganzen Erde sich als eine Rasse fühlen, die die übrigen Völker unter ihre geldliche Abhängigkeit bringen wolle und die Rassenreinheit der Wirtsvölker verderbe. Wir Menschen sind zu leicht dem Irrtum ausgesetzt, das in die Absicht unserer Mitmenschen zu verlegen, was teilweise oder völlig erreichter Erfolg ist. Eine Rassenverschlechterung der Wirtsvölker haben die Juden nicht bewirkt — dazu ist ihre Zahl viel zu gering —, wohl aber die geldliche Abhängigkeit jener von ihnen. Wenn auch die Gewohnheit, von deutschen Juden, statt von jüdischen Deutschen zu sprechen, scheinbar eine Rassenabsonderung der Juden beweist, so zeigt doch andererseits eine rassenwissenschaftliche Untersuchung der Tatsachen, daß es eine jüdische Rasse nicht gibt, daß die angeblichen Rasseneigentümlichkeiten der Juden sich ebenso bei anderen Rassen zeigen, daß die Rasseneigentümlichkeiten anderer Rassen sich häufig bei den Juden finden, z. B. bei den unter den Deutschen lebenden Juden die „indogermanische" Dreiheit von Blondheit, hohem Wuchs und Langköpfigkeit. Die Juden haben nach Fishberg während ihrer 2000jährigen Wanderung viele fremde Rassenelemente in sich aufgenommen, sodaß z. B. der russische Jude dem nordafrikanischen Juden weniger verwandt ist als den Russen, unter denen er lebt. Die Juden haben sich mit den europäischen Rassen schon sehr vermischt, sonst müßte es statt 12 Millionen mindestens 40 Millionen Juden geben. Nur von sehr wenig Juden in Mittel- und Westeuropa ist der jüdische Urgroßvater in diesen Ländern geboren. Die meisten Nachkommen der vor vier Geschlechterfolgen in diese Länder aufgenommenen Juden sind unter den Wirtsvölkern aufgegangen, sodaß sie nicht mehr als Juden zu erkennen sind. Aus Gründen religiösen Hasses ist seit 2000 Jahren die Eigenhilfe der Juden so gehemmt worden, daß sich ihr starker Eigenwille zum großen Teil in erwerbsgierigen Eigennutz verwandelt hat. Macaulay weist mit Recht darauf hin, daß die Geldmacht der Juden gerade deshalb so groß wurde, weil sie im übrigen Erwerbsleben zu sehr gehemmt wurden. Wegen ihres starken Eigenwillens drängen sich bei großen politischen Umwälzungen die Juden in unverhältnismäßig großer Zahl unter die Umstürzler und Vertreter der neu aufkommenden Regierung. Eine streng wissenschaftliche, haßfreie Untersuchung über den Grad der „Verjudung" der Presse, der Rechts-, Wissenschafts- und Kunstpflege scheint noch nicht vorgenommen worden zu sein. Die Anhäufung der Juden in den Großstädten führt wahrscheinlich zur Ueberschätzung der Gefahr des Judentums für das gesamte deutsche Volk. Bestünde sie nachweisbar, so wären staatliche Maßnahmen angebracht, die in thelematologisch richtiger Weise die Eigenhilfe der „arischen" Deutschen schützten, ohne die der Juden zu hemmen. Die uns Deutschen, die wir uns irrtümlich für rassenrein „arisch" halten, unangenehmen bekannten Eigenschaften der noch nicht eingedeutschten Ostjuden werden sich nach den bisherigen Erfahrungen bei ihren Nachkommen in den nächsten Menschenfolgen verlieren, wenn sie mit Nichtjuden sich vermischen. Das beste Mittel, den besonderen jüdischen Typus aus der Welt zu bringen, ist die völlige Verschmelzung der Juden mit den übrigen Menschen, die durch den Einschuß von weniger als 1 Prozent jüdischen Blutes natürlich nicht verdorben werden. Wer den einzelnen Juden als solchen hassen kann, ist weder echter Christ, noch Neugläubiger. Rassendünkel macht Menschenhaß. Man vergesse nicht, daß einige der größten Menschen aller Zeiten Juden waren, wie z. B. der einzigartige Philosoph Spinoza, aus dessen Geist der Quell der Religion der Freude entsprang."

Der Tod des Zaren.

In verschiedenen Zeitungen, darunter auch im „Berliner Lokalanzeiger", „Leipziger Neuesten Nachrichten", „Leipziger Abendpost" und verschiedenen kleineren Provinz-Zeitungen erscheinen zurzeit Veröffentlichungen, die sich mit dem Schicksal der jüngsten Zarentochter Anastasia beschäftigen. Es handelt sich dabei um den Abdruck eines Tagebuches über das Schicksal einer unbekannten jungen Frau, die sich in einem Berliner Sanatorium aufhielt und von der behauptet wurde, sie sei die jüngste Zarentochter Anastasia. Wie sich aber später herausgestellt hat, trifft dies keineswegs zu.

In diesen Aufzeichnungen wird auch der Tod des Zaren geschildert. Dabei spielt auch ein gewisser Jurowsky eine Rolle, von dem behauptet wird, daß er Jude gewesen sei. — Ob Jurowsky Jude gewesen ist, ist zweifelhaft. Seraphim gibt in seiner Broschüre: „Die Tragödie der Zarenfamilie" an, daß er in Tomsk die Synagogen-Schule besucht hätte und später in Berlin den Väterglauben abschwur und Lutheraner wurde. Später sagt Seraphim allerdings: „seine Familie verabscheue ihn als Renegaten zum Christentum".

Bulaschow behauptet dagegen in seiner Schrift: „Bolschewismus und Judentum", daß Jurowsky kein Jude gewesen sei, oder daß sich dies wenigstens nicht nachweisen ließe. Jurowsky soll die Tötung des Zaren mit 10 Leuten, zum Teil Magyaren und Deutschen, durchgeführt haben. Die Hauptschuld gibt Seraphim aber dem Kommissar Swerdlow. Dieser war es, der durch Goloschstekin den Befehl zur Tötung der Zarenfamilie nach Jekaterinburg ergehen ließ. Seraphim sagt darüber:

„Das Los über die Zarenfamilie ist nicht in Jekaterinburg, sondern in Moskau geworfen worden. Goloschstekin hatte persönlich mit Swerdlow in Moskau die Frage beraten, Swerdlow den Befehl zur Ermordung durch ihn an Jurowsky gelangen lassen."

Seraphim gibt die Hauptschuld an dem Tod des Zaren nebst der Schwäche der vorläufigen Regierung der Entente und besonders England.

Vom Zarenadler zur Roten Fahne.

Von befreundeter Seite werden wir auf den im Verlag Olga Diakow & Co., G. m. b. H., Berlin W. 62, erschienenen dreibändigen Roman von Peter Krasnow „Vom Zarenadler zur Roten Fahne" hingewiesen, der bereits in drei Auflagen vorliegen soll. Nach der Voranzeige will der Verfasser in diesem Roman die wahren Gründe des Zusammenbruchs des Zarismus und des Sieges des Bolschewismus darlegen. Das Buch wimmelt von den unglaublichsten Behauptungen über die Juden und gibt die bekannten Behauptungen aus den „Protokollen der Weisen von Zion" wieder. Danach ist die russische Revolution von einer geheimen jüdischen Stelle ins Werk gesetzt worden. Lenin wird als ein Idiot hingestellt, der, lediglich durch jüdischen Einfluß getrieben, angebliche jüdische Gedanken propagiert habe. Durch das ganze Buch zieht sich das immer wiederholte Motto, das Lenin von einem bärtigen Kaftanjuden in der Schweiz ins Ohr geflüstert worden sein soll: „Den Besten der Gojim töte".

Bemerkenswert ist noch, daß dieses antisemitische Machwerk von angesehenen Zeitungen, wie der „Kölnischen Zeitung" und der „Berliner Börsen-Zeitung" unterstützt wird.

Philo-Verlag

Unbenutztes Material.

Wir möchten unsere Mitarbeiter auf die unter dem Titel „Schlaglichter" von Zeit zu Zeit als Flugschriften veröffentlichten Aufsätze aufmerksam machen. Diese enthalten wichtiges Material, das noch immer bei unserer Aufklärungsarbeit gute Dienste leisten kann. Wir fügen ein Verzeichnis der noch vorhandenen „Schlaglichter" bei. Die Blätter werden umsonst abgegeben.

Schlaglichter.

Reihe 1, Folge 1: **Prof. Dr. Erik Nölting, Frankfurt a. M.** Die Ungeistigkeit des Antisemitismus.
„ 1 „ 2: **Prof. Dr. Hugo Preuß, Reichsminister a. D.** Die „undeutsche" Reichsverfassung.
„ 1 „ 3: **Rabbiner Dr. Max Wiener, Stettin.** Deutscher Geist und wissenschaftlicher Antisemitismus.
„ 1 „ 4: **Prof. Dr. Erik Nölting, Frankfurt a. M.** Eine Politik ohne Sinn.
„ 1 „ 5: **Justizrat Dr. Gallinger, Nürnberg.** Um Deutschtum und Judentum.
„ 1 „ 6: **Prof. Dr. Julius Goldstein, Darmstadt.** Das Zitat als politisches Kampfmittel.
„ 2 „ 1: **H. Stern.** Bolschewismus und Judentum.
„ 2 „ 2: **Dr. Alfred Wiener.** Die „furchtbare Enthüllung" des Jungdo.
Reihe 2, Folge 3: **Landesrabbiner Dr. Walter, Dessau.** Der wahre jüdische Geist.
„ 2 „ 4: Wie sie dem Krieger die Treue brachen.
„ 2 „ 5: **Dr. Paul Nathan, Berlin.** Grenzüberschreitungen, Ostjuden und Antisemiten.
„ 2 „ 6: **Julius Bab, Berlin.** Die „verjudete" Literatur.
„ 2 „ 7: **Prof. Dr. Hirsch, Staatssekr. z. D.** Die „jüdische" Finanz- und Wirtschaftsdiktatur.
„ 2 „ 8: **Prof. Dr. Julius Goldstein, Darmstadt.** Ist der Jude schuld?
„ 2 „ 9: **Rabbiner Dr. Levin, Königsberg.** Was verlor die deutsche Judenheit durch den Frieden von Versailles?
„ 2 „ 10: **Prof. Dr. Julius Goldstein, Darmstadt.** Amerikanisches Judentum und deutsches Hilfswerk.
„ 2 „ 11: **Dr. Bruno Weil, Berlin.** Zehn Jahre. Ein Rückblick zum Jahrestag des Kriegsbeginns.
„ 2 „ 12: **Dr. Sternberg, Emden.** Der Sozialismus der mosaischen Gesetzgebung.
„ 3 „ 1: **Freda Maria Gräfin zu Dohna.** „Erotik und Rasse."

Personalia

Eugen Wolbe in der „Deutsche Zeitung".

In der „Deutschen Zeitung" hat vor kurzem ein Artikel des Herrn Professors Eugen Wolbe „Neue Briefe vom alten Kaiser" unliebsames Aufsehen erregt. Herr Professor W. teilt uns dazu mit, daß er den Artikel dem Verlag H. F. Köhler zur beliebigen Verwendung zur Verfügung gestellt hat. Hätte er gewußt, daß der Verlag gerade die „Deutsche Zeitung" für die Veröffentlichung wählen würde, so hätte er sich entschieden dagegen gewandt.

*

Ein langjähriger verdienter Mitarbeiter, dessen wirtschaftliche Lage sich in letzter Zeit verschlechtert hat, sucht einen neuen Wirkungskreis. Er ist zur Zeit selbständiger Getreidehändler, würde aber auch jeden anderen Posten bei dem er seine kaufmännischen Kenntnisse verwerten kann, annehmen. Der Betreffende ist uns nach der menschlichen wie nach der beruflichen Seite hin außerordentlich warm empfohlen.

Berichtigungen

Auf Seite 8 Spalte 2 der Nummer 1/2 des C. V.-Dienstes muß es am Schluß des 1. Absatzes der Urteilsbegründung heißen:

„Zum Schutz solcher Empfindungen dient aber § 360 Ziffer 11 St. G. B. nicht."

*

In Nr. 1/2 des „C. V.-Dienst" vom 15. Februar 1927 berichteten wir auf Seite 7 von einem Vorfall aus einer höheren Töchterschule. Der Vorfall ereignete sich nicht, wie wir irrtümlich angaben, in Aurich sondern in Norden.

Verantwortlich: i. V. Dr. Alfred Wiener, Syndikus des C.-V., Berlin SW 68.
Druck: Max Lichtwitz, Berlin SW 19, Neue Grünstraße 30.